Doppel

blätter des iz3w

nr. 25 juni 73

Herausgeber: Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel 71o28 App.29

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, P. Arntz, S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, H. Heyne, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, B. Stein, M. Weiker, W. Witzel. Konten: BFG Freiburg Nr. 1o.226.233; Postscheckk. Karlsruhe Nr. 148 239-755; Schweiz: Postscheckk. Basel Nr. 4o-35899 (G. Stingl)
Jahresabonnement bei 1o Nummern DM 18,- Einzelpreis DM 1,8o incl. Porto

Chronik der armen Welt
Mitte April bis Mitte Mai

Indochina

Vietnam

Die innervietnamesischen Verhandlungen in La Celle-Saint-Cloud bei Paris, die allgemeine Wahlen in Südvietnam vorbereiten sollen, kommen nur schleppend voran. Die Internationale Überwachungs- und Kontroll-Kommission (ICCS) ist zerstritten. Kampfhandlungen (vor allem im Mekong-Delta), Bombenanschläge, Beschießung von Helikoptern der ICCS (nur mangelhaft gekennzeichnete Helikopter der US-Luftwaffe!) deuten auf den unverminderten Kriegszustand hin. Die USA versucht, durch Anschuldigungen Nordvietnam zum Hauptverantwortlichen zu stempeln, und um den Vietcong mürbe zu machen, drohen die Amerikaner unverhohlen mit einer neuen kriegerischen Intervention.

19.4.:
Die USA stellt die vertraglich vereinbarte Minenräumung vor der Küste Nordvietnams ein. Tags darauf zieht sich die amerikanische Delegation aus der gemischt amerikanisch-nordvietnamesischen Wirtschaftskommission in Paris zurück und sabotiert damit die vereinbarte Wiederaufbauhilfe in Höhe von etwa 2,5 Mia. Do. Unbemannte Flugzeuge fliegen erneut Aufklärungsflüge über nordvietnamesisches Gebiet. Grund: Es fänden andauernd nordvietnamesische Truppeninfiltrationen in Südvietnam, Kambodscha und Laos statt.

25.4.:
Wasuke Miyake, japanischer Unterhändler, verläßt Hanoi, nachdem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten beschlossene Sache zu sein scheint. Japan zeigt sich überdies interessiert, Nordvietnam Wirtschafts- und Wiederaufbauhilfe zu gewähren.
In Paris schlägt die südvietnamesische Delegation Wahlen für den 26. August vor. Die Vertreter der provisorischen Revolutionsregierung lehnen das Angebot ab, weil das Thieu-Regime seit Inkrafttreten des Waffenstillstands systematisch die Rückeroberung der Vietcong-Gebiete betrieben, den Artikel 11 ("freie Wahl des Wohnsitzes") des Pariser Abkommens durch Verhaftung und standrechtliche Erschießung von Personen, die in die befreiten Gebiete umsiedeln wollten, verletzte und Oppositionsparteien unterdrückte. Sie fordern ein neues Waffenstillstandsabkommen zwischen den zwei Parteien als Grundlage für Wahlen.

26.4.:
Laut offiziellen US-Statistiken waren 4,5 Mio. Amerikaner im Vietnamkrieg eingesetzt worden (12 Mio. im 2. Weltkrieg; 4,7 Mio. im Koreakrieg).

27.-30.4.:
William Sullivan, stellvertretender Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, und der nordvietn. Vizeaußenminister Nguyen Co Thach treffen sich im Pariser Vorort Choisy-le-Roi zu Sondierungsgesprächen, um ein neues Treffen zwischen Kissinger und Le Duc Tho vorzubereiten.

28.4.:
Zum ersten Mal und mit einem Tag Verspätung gegenüber dem vertraglichen Termin tauschen Vietcong und Saigoner Regierungstruppen Zivilgefangene aus. Nach Schätzungen des Thieu-Regimes hält der Vietcong 67.000 Anhänger gefangen. Amnesty International beziffert die gefangenen Thieu-Opponenten auf 250.000. Täglich sollen ca. 10.000 neue Gefangene in Konzentrationslager verschleppt werden.

5.-6.5.:
In zwei südvietn. Provinzen finden Gemeindewahlen statt, von denen die provisorische Revolutionsregierung ausgeschlossen ist.

13.5.:
Nach dem nordvietn. Delegationschef Xuan Thuy (14.2.), dem südvietn. Außenminister Tran Van Lam (22.2.) und Präsident Thieu (9.4.) empfängt Past Paul auch den Chef der Verhandlungsdelegation der provisorischen Revolutionsregierung in Paris, Van Hieu.

14.5.:
Radio Hanoi beschuldigt die USA, erneut Luftangriffe auf vom Vietcong kontrolliertes Gebiet zu fliegen. Diese Anschuldigungen werden ein paar Tage später vom Vietcong-Sprecher Major Gioi Sop bestätigt.

16.5.:
Der südvietnamesische Oberst Nguyen Van Ve, der 1971 nach einem weltweiten Proteststurm gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in "Tigerkäfigen" als Direktor des Gefängnisses von Con Son abgesetzt worden war, ist wieder in Amt und Würden. Ein Beamter der Saigoner Regierung bestätigte eine entsprechende Information der Londoner Organisation Amnesty International.

17.-23.5.:
In St-Nom-La-Bretèche beraten Kissinger und Le Duc Tho über einen Vertragsentwurf, der eine einheitliche Auslegung strittiger Punkte des Pariser Abkommens regeln soll.

17.5.:
26 südvietnamesische Parteien werden aufgelöst oder zusammengelegt. Künftig soll es nur noch 4 Parteien geben: die Demokratische Partei Präsident Thieus, die Katholische Liberale Partei, die Sozialdemokratische Allianz und die Vereinigte Buddhistische Sozialdemokratische Partei.

20.5.:
Thieu verkündet ein "Wiederaufbauprogramm", das in 8 Jahren abgewickelt werden soll. Das Geld würden "freundschaftlich gesinnte Nationen" vorstrecken (cf. Thieus "goodwill"-Tour Ende März - Anfang April 73). Als zusätzliche Einnahmequelle biete sich ein Ausbau des Fremdenverkehrs an!

23.5.:
Bis Ende des Jahres sollen 47.000 (der insgesamt 1,1 Mio.) südvietnamesische Soldaten entlassen werden. Es handelt sich dabei um durchgehend über 40-Jährige.
Sullivan reist nach Saigon, Phnom Penh und Vientiane, um über das Ergebnis der Besprechungen Kissinger-Le Duc Tho zu berichten.

28.5.:
Die ICCS ist blockiert, weil Polen und Ungarn nicht in eine Kontrolle von kommunistischen Übergriffen einwilligen würden. Kanada entschließt sich Tags darauf zum Rückzug aus der Kommission.

Kambodscha

Kambodscha ist zum Brennpunkt der Kampftätigkeiten in Indochina geworden. Die "Roten Khmer" kreisen immer mehr die Hauptstadt Phnom Penh ein, das Regime Lon Nols verteidigt sich mit Hilfe massiver amerikanischer Luftunterstützung; mehrere Male gelingt es, den Wasser- und Landweg zur bedrängten Hauptstadt freizuschießen, um diese zu versorgen. Lon Nol muß sich auf Druck der Amerikaner bequemen, seine Regierungsbasis ein wenig zu erweitern. Den Unterhändlern der USA gelingt es aber nicht, Nordvietnam zu Verhandlungen über das Schicksal Kambodschas zu bewegen.

Der Präsident der Exilregierung, Prinz Sihanuk, besucht Nordkorea, Marokko, Senegal, Sambia.

23.4.:
Das kambodschanische Parlament übergibt der Regierung Lon Nols für 6 Monate die "absolute Vollmacht".

10.5.:
Das US-Repräsentantenhaus verweigerte mit 219 gegen 188 Stimmen die Übertragung von nichtverwandten Geldern in der Höhe von 430 Mio. Do. auf defizitäre Posten des Verteidigungsministeriums. Dies wird allgemein als Manifestation gegen die Bombardierungen in Indochina, besonders in Kambodscha, gewertet.

16.5.:
Die neue kambodschanische Koalitionsregierung, der einige Mitglieder der gemäßigten Opposition angehören, wird vereidigt. Sie will auch Unterhandlungen mit den "Roten Khmer" aufgenommen haben, weigert sich aber strikt, mit der Exilregierung des im März 1970 gestürzten Prinzen Norodom Sihanouk in Kontakt zu treten.

17.5.:
Samuel Adams, Kambodscha-Experte des US-Geheimdienstes CIA, ist aus Protestgründen zurückgetreten. In dem Demissionsschreiben wirft Adams der CIA vor, die Ausmaße des Aufstandes in Kambodscha maßlos zu unterschätzen. Adams bezifferte die Zahl der Aufständischen auf 300.000 Mann. Es befänden sich nicht mehr als 2.000 Nordvietnamesen darunter. Nixon rechtfertigte dagegen Bombenangriffe immer mit dem Hinweis auf die nordvietnamesische Intervention.

21.5.:
Der ehemalige Premierminister Son Sann sei offiziell beauftragt worden, mit den Khmers Kontakte aufzunehmen.

28.5.:
Die chinesische Nachrichtenagentur Neues China attackierte heftig die Politik der Sowjetregierung, welche immer noch das Regime von Lon Nol anerkennt.

29.5.:
Die nordvietnamesische Presseagentur dementierte Gerüchte, wonach Nordvietnam mit den USA über einen Waffenstillstand in Kambodscha verhandle. Dies sei eine Angelegenheit des kambodschanischen Volkes.

Laos

16.5.:
Ein Sprecher des Staatsdepartements der USA gibt zu, daß 15.000 - 16.000 thailändischer Streitkräfte in Laos stünden, deren Unterhalt (ca. 100 Mio. Do.) von den USA bezahlt würden.

Südasiatischer Subkontinent

Auf den Südphilippinen (insbesondere der Insel Mindanao) ist seit längerer Zeit ein Guerillakrieg im Gange, den verschiedene Moslemgruppen gegen die Regierung und die christlichen Filipinos führen. Nach unsicheren Quellen hat die Regierung auf kleineren Inseln bis zu 90 % des Territoriums nicht mehr unter Kontrolle. Der Kampf, der als Religionskrieg archaischer Art angesehen wird, besitzt einen handfesten wirtschaftlichen Hintergrund: Der Süden der Philippinen verfügt über zwei Drittel des natürlichen Reichtums des Landes (Silber, Kupfer, Öl, Agrarprodukte). Auf den Zuckerrohrplantagen arbeiten vor allem christliche Filipinos aus dem übervölkerten Norden. Es gelang ihnen, der mehrheitlich moslemischen Bevölkerung große Teile des Bodens abzunehmen, was schließlich deren bewaffneten Widerstand herausforderte. Daß auch die USA die Auseinandersetzungen genauestens verfolgen, beweist die Ernennung von William Sullivan, der Kissingers Verhandlungen mit Hanoi vorbereitete, zum neuen Botschafter in Manila. Die USA verfügt über zwei wichtige Stützpunkte auf den Philippinen.

9.5.:
Zwischen Sikkim und Indien ist ein Abkommen zustande gekommen, das Sikkim von Indien abhängig macht. An der Spitze der Verwaltung Sikkims wird künftig ein indischer Beamter stehen, der König von S. hat nur noch Repräsentationsfunktionen.

Eine Überschwemmungskatastrophe hat in Bangla Desh fast ein Viertel der gesamten Landfläche unter Wasser gesetzt und etwa die Hälfte der erwarteten Ernte vernichtet. Im Nordosten wurden 10.000 Menschen obdachlos.

28.5.:
Die oppositionelle Nationale Sozialistische Partei organisierte einen "Tag des Protests" gegen die Regierung der Awami-Liga. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei.

Vorderer Orient

Türkei

Auch nach der Ablösung der Militärregierung durch ein ziviles Regime dauern die Verhaftungen und Prozesse gegen Demokraten, Oppositionelle und fortschrittliche Kräfte an. Seit der Ausrufung des Ausnahmezustandes in 11 Provinzen im April 1972 wurden nach offiziellen Angaben 1584 Personen verurteilt, nur 143 freigesprochen. Nach Schätzungen türkischer Journalisten harren noch 2500 weitere auf ein Gerichtsverfahren.

Zwei Massenprozesse sind noch nicht abgeschlossen. Seit dem 10.1.1973 läuft in Ankara die Verhandlung gegen 267 angebliche Angehörige der "Türkischen Revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei". Am 16.4.1973 wurden weitere 256 Angeklagte, denen vorgeworfen wird, der revolutionären "Befreiungsarmee" angehört zu haben, vor Gericht gestellt. Die Militäranwaltschaft forderte für sie die Todesstrafe.

26.4.:
Das Militärkassationsgericht bestätigte das Urteil gegen die Vorsitzende der 1971 verbotenen türkischen "Arbeiterpartei", die Soziologieprofessorin B. Boran, und 12 weitere Mitglieder der Partei, die zu je 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden waren.

14.5.:
42 Mitglieder der Geheimorganisation "Einheitsfront" wurden verhaftet.

22.5.:
Der Ausnahmezustand wurde in weiteren 3 Provinzen aufgehoben und soll nun nur noch in 4 Provinzen, darunter Istanbul und Ankara, bestehen.

Libanon

15.4.:
Unbekannte Täter üben einen Anschlag auf die Ölraffinerie der amerikanischen "Transarabien Pipeline Co." in Sidon aus. Die palestinensische Nachrichtenagentur schiebt die Schuld israelischen Commando-Truppen zu, die den Zwiespalt zwischen Palästinensern und Libanesen schüren wollten und bezeichnet die "libanesische revolutionäre Garde", die für den Anschlag verantwortlich sein will, als fiktive Gruppe. Die amerikanische Regierung interveniert im Libanon und drängt auf ein entschlossenes Vorgehen gegen die "arabischen Freischärler". Die Sowjetunion bietet dem Libanon Waffenhilfe an.

2.-3.5.:
Erneut brechen Kämpfe zwischen libanesischen Regierungstruppen und palästinensischen Guerillas aus, in deren Mittelpunkt der Beiruter Flughafen und der Südlibanon stehen. Ein palästinensisches Communiqué beschuldigt die libanesische Armee, das Flüchtlingslager Bourj-Brajneh bombardiert zu haben. In den zahlreichen Flüchtlingslagern haben die Befreiungskämpfer ihr bestes Agitationsfeld gefunden.

7.-13.5.:
Neue Kämpfe. Der Ausnahmezustand wird verhängt, die Regierung (erst 20 Tage im Amt!) tritt zurück, wo-

durch die Armee faktisch die Regierungsgewalt in Händen hat.

In Israel findet am 7.5. eine große Militärparade zu Ehren des 25. Jahrestages der Gründung des israelischen Staates statt.

23.5.:
Aufhebung des Ausnahmezustandes. Pressezensur und Ausgehverbot in der Nacht bleiben weiterhin wirksam.

Ägypten

20.5.:
BRD-Außenminister Scheel weilt zu Gesprächen in Kairo, anschließend fliegt er nach Amman (Jordanien) und Beirut (Libanon) weiter. Diese Besuche dienen nicht nur der Besänftigung der arabischen Seite, weil Brandt als erster deutscher Staatschef nach Israel reist (7.6.). Im Mittelpunkt sind auch Fragen der technischen Hilfe und des arabischen Erdöls (die BRD verfügt, angesichts der drohenden Weltenergiekrise, nicht über genügend Erdölquellen).

Afrika

Portugiesische Kolonien

4.5.:
Auf dem Parteitag der Nationalen Volksaktion (ANP), der einzigen erlaubten politischen Organisation Portugals, bestätigten der Außenminister Rui Patricio und der Minister für die Überseegebiete Joaquim da Silva Cunha, die bisherige Kolonialpolitik in Afrika beibehalten zu wollen.

Vertreter des Deutschen Komitees für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique veranstalten in Bonn eine Pressekonferenz, wo sie Wrackteile eines Düsenjägers vom Typ Fiat G-91 vorzeigen, der in Guinea-Bissao abgeschossen worden ist. Anhand der Materialnummer konnte nachgewiesen werden, daß dieses Flugzeug von der Bundesregierung an Portugal geliefert worden ist, entgegen der Erklärung der SPD/FDP-Regierung, Lieferungen von Kriegsmaterial an Lissabon eingestellt zu haben.

23.5.:
Im Gebiet von Cabora Bassa, in einer Region, die bisher nicht als umkämpft galt, wurden 4 portugiesische Polizisten bei einem Feuerüberfall der Frelimo getötet.

25.5.:
Das portugiesische Oberkommando in Guinea-Bissao meldete, der Stützpunkt Cumbamory der PAIGC, nahe der senegalesischen Grenze, sei von kolonialen Streitkräften eingenommen worden.

26.5.:
Mitglieder der ARA, des bewaffneten Teils der Kommunistischen Partei Portugals, sind verhaftet worden. Die ARA hatte unter anderem Sabotageakte gegen das Schiff "Cunene", welches Kriegsmaterial nach Afrika transportierte, ausgeübt.

28.5.:
Die PAIGC hat den portugiesischen Stützpunkt Guiledje-Camps eingenommen.



Zaire (Kongo-Kinshasa)

2.5.:
Entwicklungsminister Eppler ist zu einem 3-tägigen Besuch eingetroffen.

Insel Mauritius

25.4.:
In der Hauptstadt Port Louis beginnt die Sitzung des Ministerrats der Ocam-Staaten (die meisten franz.-sprechenden Länder Afrikas). Sie soll die Konferenz der Staatspräsidenten vorbereiten, die am 3.5. beginnt. Hauptsächliche Diskussionspunkte: Der Austritt einiger Länder aus der Franc-Zone (schließlich entscheidet sich nur Madagaskar dafür) und der Assoziationsvertrag von Yaoundé (Assoziierung der afrikanischen Staaten an die EWG), der 1975 ausläuft.

Südafrika, Namibia, Rhodesien

24.4.:
Aus dem Nordosten Rhodesiens werden Feuergefechte gemeldet. Kämpfe finden ebenfalls im Caprivi-Streifen von Namibia statt.

16.5.:
Größere Einheiten afrikanischer Befreiungskämpfer sind in den Nordosten Rhodesiens eingesickert und haben u.a. einen Goldgräber aus Europa getötet.

17.5.:
Das Smith-Regime kündigt scharfe Maßnahmen gegen die "afrikanischen Terroristen" an. Es sollen militärische Sperrbezirke geschaffen, Stammesmitglieder umgesiedelt und deren Besitz beschlagnahmt werden.

22.5.:
Nach einem Gesetzesentwurf des südafrikanischen Apartheidregimes soll den Afrikanern künftig ein begrenztes Streikrecht eingeräumt werden: Sie dürfen aber nur in den Streik treten, wenn ein vorher eingesetztes Schlichtungsverfahren gescheitert und eine 30-tägige Frist abgelaufen ist!

Drei afrikanische Freiheitskämpfer in Rhodesien werden erhängt.

Burundi

11.-13.5.:
Hutu-Flüchtlinge aus Rwanda und Tansania dringen nach Burundi ein und werden blutig zurückgeschlagen.

Westafrika

In den Staaten Senegal, Mali, Mauretanien, Obervolta, Niger und Tschad sind etwa 6 der 25 Mio. Einwohner vom Hungertod bedroht, weil seit mehr als 4 Jahren kein Regen mehr gefallen ist. Etwa ein Fünftel des Viehs, einziger Besitz der Nomadenstämme, ist verendet. Die Regierungen bequemten sich erst im Februar dieses Jahres, erste Hilfsappelle ans Ausland zu richten und einzugreifen, obwohl die Hungerkatastrophe seit letztem Jahr unausweichlich war. Grund: Sie bekamen es mit der Angst zu tun, weil entkräftete Nomaden und Bauern aus den Hungerzonen nach Süden strömen und soziale Konflikte heraufbeschwören.

Organisation der Afrikanischen Einheit

17.5.:
In Addis Abeba beginnt die 21. Konferenz des Ministerrates der Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU), welche die Konferenz der Staatschefs vorbereiten soll. Dabei liegt ein Antrag von Lybiens Präsident Khadafi vor, das Hauptquartier der OAU aus Äthiopien in ein anderes Land zu verlegen, weil Äthiopien mit Israel diplomatische Beziehungen unterhält (u.a. wird auch der äthiopische Geheimdienst von Israelis ausgebildet). Ein weiteres Problem ist ein Grenzkonflikt zwischen Somalia und Äthiopien: Somalia beansprucht seit seiner Unabhängigkeit (1960) die von Somali bewohnte Ogaden-Provinz im Süden Äthiopiens. Die Gegend hat unterdessen wirtschaftliche Bedeutung erlangt, weil umfangreiche Ölfunde vorliegen.

24.5.:
Kaiser Hailé Selassi eröffnet die Konferenz der Staatsmänner, die den 10. Jahrestag der OAU-Gründung feiert. Neuer Präsident wird der nigerianische Staatschef Gowon; Nyerere von Tansania erhielt nicht die erforderliche Mehrheit.

Lateinamerika

In verschiedenen Ländern (Mexiko, Guatemala, Kolumbien) kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Manifestanten und Polizei, zu Entführungen Prominenter und von Flugzeugen.

12.5.:
US-Staatssekretär Rogers tritt eine 17-tägige Reise nach Lateinamerika (Mexiko, Nicaragua, Venezuela, Kolumbien, Peru, Brasilien, Argentinien, Jamaica) an.

Chile

20.4.:
3000 Arbeiter des zweitgrößten chilenischen Kupferbergwerks, "El Teniente" bei Santiago (knapp 30 % der chilenischen Kupferproduktion), treten in einen unbefristeten Streik. Grund: Lohnforderungen. Präsident Allende will persönlich vermitteln, weil der Streik beträchtliche Auswirkungen auf die gesamte chilenische Volkswirtschaft hat.

27.4.:
Die geplante Schulreform führt zu Straßenkämpfen zwischen Anhängern und Gegnern der Regierung Allende.

23.5.:
Als Antwort auf einen Aufruf zum unbegrenzten Streik der Privat-Transportunternehmer veranlaßt die chilenische Regierung die Beschlagnahmung aller öffentlichen Verkehrsmittel.

25.5.:
Die chilenische Regierung verfügt den Abbruch des Streiks in der Kupfermine "El Teniente", der 35 Tage gedauert hat.

Der Landwirtschaftsminister Pedro Hidalgo entgeht knapp einem Attentat, als er ein von Bauern besetztes Gut besichtigt.

Argentinien

1.5.:
Der "Ejercitio Revolucionario del Pueblo" (ERP) beendet die "Waffenruhe", welche er während der Präsidentenwahlen beobachtet hatte, übt einen Anschlag auf den Vizeadmiral Guijada

aus, worauf die Militärregierung den Ausnahmezustand über 6 Provinzen verhängt.

23.5.:
Der Belagerungszustand, der seit 4 Jahren über dem Land herrschte, wird ein paar Tage vor dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Cámpora aufgehoben.

Cámpora erklärt, daß er nach seiner Amtsübernahme verstärkt europäisches und japanisches Kapital "für den Aufbau eines fortschrittlichen und freien Argentinien" heranziehen will. Danach sollen keinerlei diskriminatorische Maßnahmen gegenüber bestehenden oder künftigen Privatinvestitionen verfügt werden. Dagegen will er die Kapitalflucht aus Argentinien unterbinden.



Arbeitslose Landarbeiter
in Lateinamerika

25.5.:
Amtseinsetzung Cámporas.
Amnestie für politische Gefangene.

27. Mai 1973: Als erste Amtshandlung Camporas wurden mehr als 500 politische Häftlinge freigelassen.

Bolivien

14.5.:
Oberst Andres Selich soll einen rechtsgerichteten Putsch versucht haben. Tags darauf kommt der gefangene Selich unter mysteriösen Umständen im Gefängnis um.

Forum der Industrie

Jürgen Dornis ist aus dem Deutschen Forum für Entwicklungspolitik ausgetreten. Dornis, ehemaliger Mitarbeiter des Friedensmarsches 70 war einer der ca. 20 Vertreter "aller gesellschaftlichen Richtungen" neben namhaften Vertretern der Deutschen Bank, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, des Raiffeisenverbandes und der AEG-Telefunken. Die Gewerkschaften waren durch ein Mitglied vertreten, ebenfalls einige Stiftungen; das öffentliche Leben durch Gräfin Dönhoff.

Dornis selber galt als Vertreter der Dritte Welt-Gruppen ("Die kritischen Gruppen werden von Jürgen Dornis vertreten." FAZ, 18.8.70), eine Vertretung, gegen die sich besonders die Dritte Welt-Gruppen zur Wehr gesetzt haben.

Dornis führt das Scheitern des Forums (zumindest was seine Vorstellungen von den Aufgaben dieses Forums betrifft) auf die "pluralistische" Konzeption zurück. So gewannen im "freien Streit der Meinungen" in diesem "unabhängigen Gremium von Sachverständigen" immer diejenigen, die mit beträchtlichen Machtmitteln zum Streiten aufwarten konnten:

Eine Dokumentation über die vorurteilsgeladene, rassistische Berichterstattung der Presse zur Invasion in Guinea scheiterte am Einspruch des Präsidiumsmitglieds Dr. Guth (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, dem zur Unterstützung seiner Aktivitäten das sehr guth-willige Präsidiumsmitglied Prof. Dams zur Verfügung stand). Und Gräfin Dönhoff ("Die Zeit") konnte erreichen, daß der Vortrag Helder Camaras auf der ersten und einzigen öffentlichen Veranstaltung des Forums nur gekürzt veröffentlicht und die anschließende Diskussion überhaupt nicht wiedergegeben wurde; und dies entgegen den Beschlüssen des Forums.

Dornis sieht heute die einzige Funktion, die ihm noch zukam, als die eines "linken Feigenblattes". Damit bestätigt sich die Einschätzung, die bei der Aktion Dritte Welt, Freiburg, zu einer Ablehnung der Beteiligung am Forum geführt haben.

Dr. Lefringhausen, der Geschäftsführer des Forums, hatte schon vor einiger Zeit seinen Dienst quittiert. Im privaten Gespräch gab er dafür ähnliche Gründe an wie Dornis; vom iz3w um eine offizielle Stellungnahme zu seinem Rücktritt gebeten, erschien ihm aber eine solche nicht opportun.

Ideologiekritik 6

„Bevölkerungsexplosion": Ursache von Unterentwicklung ?

In dieser Frage bestehen in den westlichen Sozialwissenschaften widersprüchliche Auffassungen: die Wachstumstheorie in den Wirtschaftswissenschaften (1) sieht im Bevölkerungswachstum eine der Ursachen wirtschaftlichen Wachstums (2). Die Vorstellung dabei ist, daß jede Güterproduktion (neben dem "Produktionsfaktor" Kapital) auch den Einsatz von Arbeitskräften erfordert, daß also das mögliche Ausmaß von Produktionssteigerungen (von wirtschaftlichem Wachstum) durch die Größe des Arbeitskräftepotentials eines Landes mit bestimmt ist.

Demgegenüber hat sich in den speziell mit den Ländern der Dritten Welt befaßten Wissenschaftszweigen des Westens die Auffassung durchgesetzt, daß im raschen Bevölkerungswachstum eine wichtige, wenn nicht die entscheidende Ursache der ökonomischen Rückständigkeit der Entwicklungsländer zu finden ist.

Minister Eppler schreibt dazu: Weil der Geburtenüberschuß "nicht sinkt, können die heranwachsenden Millionen kaum besser ausgebildet oder ernährt und nur in Ausnahmefällen produktiv beschäftigt werden" (3). BMZ-Staatssekretär Sohn hält das Bevölkerungswachstum sogar für das "mit Abstand wichtigste Problem der Entwicklungsländer". (4)

Der neueste Wirtschaftsbericht der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) betont die zentrale Bedeutung der "Bevölkerungsexplosion" für die fortdauernde ökonomische Rückständigkeit Lateinamerikas. In einer erst 1972 erschienenen Dissertation mit dem anspruchsvollen Titel "Sozialökonomische Grundprobleme der Entwicklungsländer" heißt es: "Jedem Promille, um das die Bevölkerungswachstumsrate durch gezielte Maßnahmen gesenkt werden kann, kommt für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft entscheidende Bedeutung zu. Jede Reduktion der Geburtenrate befreit die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer von einem Teil jener zusätzlichen Bürde, die ihnen durch die rasche Bevölkerungsvermehrung auflastet, und erleichtert ihren Aufschwung in eine Phase selbsttragenden Wirtschaftswachstums. Sie ermöglicht eine progressiv wirkende Vergrößerung des Investitions- und Konsum-Spielraums." (5)

Hinter der sich in solchen Aussagen dokumentierenden Einschätzung des Bevölkerungswachstums steckt offenbar die Vorstellung, daß der Pro-Kopf-Anteil einer bestimmten Menge an Gütern, eines bestimmten Sozialprodukts, um so größer ist, je weniger Köpfe, Menschen vorhanden sind, unter die der "Kuchen" aufgeteilt wird. Wenn man 100 Dollar auf 10 Personen verteilt, erhält jeder einzelne mehr, als wenn man die 100 Dollar auf 50 Personen verteilt.

So richtig diese Überlegung ist, so banal ist sie offensichtlich auch und so verfehlt ist es, bei ihr stehenzubleiben. Die folgerichtige Strategie, die an diese Einschätzung anknüpft, ist eine Bevölkerungspolitik, eine Familienplanung, durch die die Zahl der Menschen vermindert werden soll, auf die das Sozialprodukt aufgeteilt wird, damit auf den einzelnen ein größerer Anteil entfällt. (Die Vereinten Nationen haben auf Antrag von Indien, Pakistan und Indonesien das Jahr 1974 zum "Weltjahr für Bevölkerungspolitik" erklärt.)

Bei dieser Einschätzung der "Bevölkerungsexplosion" als einer Ursache von Unterentwicklung wird häufig sorgfältig zu sagen vermieden, was denn überhaupt unter der "Überbevölkerung" eines Landes verstanden werden soll. (6) Man begnügt sich dann mit der Erwähnung der hohen Zuwachsraten der Bevölkerung in den Ländern der Dritten Welt. (7) Wenn aber zu erklären versucht wird, was "Überbevölkerung" meinen soll, so sind es zumeist zwei Aspekte, die herangezogen werden: zum einen wird die im Vergleich zur Bevölkerungszahl unzureichende Nahrungsmittelproduktion, zum anderen das Ausmaß von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung als Definitionsmerkmal von "Überbevölkerung" angeführt.

An diesem Punkt, auf dieser definitorischen Ebene brechen die westlichen Sozialwissenschaftler ihre "Analyse" in der Regel ab. Sie sind enthaltsam in bezug auf die sich hier unmittelbar aufdrängenden, nächsten Fragen nach den Bestimmungsgründen der ungenügenden Nahrungsmittelproduktion auf der einen und des Beschäftigungsgrades (Arbeitslosigkeit oder Vollbeschäftigung) eines Landes auf der andern Seite. Dadurch erwecken sie aber den Eindruck, als seien die Größe der Nah-

rungsmittelproduktion und der Grad der Arbeitslosigkeit in ihren Ursachen etwas Vorgegebenes, etwas im Zusammenhang mit der "Bevölkerungsexplosion" nicht näher zu Diskutierendes, obwohl sie doch die "Überbevölkerung" überhaupt nur in bezug auf die Nahrungsmittelproduktion bzw. den Beschäftigungsgrad definieren konnten! Anstelle einer Untersuchung der Bestimmungsgründe der Definitionsbestandteile von "Überbevölkerung" werden nun die unmittelbar zusammengehörigen Probleme auseinandergerissen und unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen und politischen Instanzen zugewiesen: für die "Bevölkerungsexplosion" ist dann die Bevölkerungspolitik, für die Nahrungsmittelproduktion die Landwirtschaftspolitik und für die Arbeitslosigkeit die Beschäftigungspolitik zuständig.

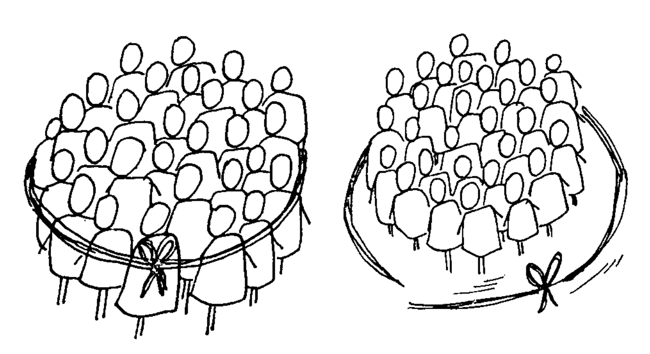
Nur durch das Stehenbleiben bei der Definition von "Überbevölkerung" und durch das Auseinanderreißen der Komponenten eines Problems ist es aber offenbar möglich, "Überbevölkerung" als eine selbständige Ursache von Unterentwicklung zu "erkennen". Der ideologische Charakter dieser These wird ersichtlich, wenn man die zwei genannten Definitionsmerkmale von "Überbevölkerung" auf ihre Ursachen hin befragt.

Wohl niemand wird behaupten, daß die unzureichende Nahrungsmittelproduktion in der Dritten Welt eine Naturkonstante ist; die natürlichen Möglichkeiten einer ausreichenden Nahrungsmittelproduktion sind sicherlich gegeben. (8)

(Viel weniger sind diese natürlichen Voraussetzungen einer ausreichenden Nahrungsmittelproduktion in einigen Industrieländern gegeben, z.B. in der BRD (9).) Im übrigen sind ja diese "natürlichen" Grenzen der einheimischen Nahrungsmittelproduktion für ein einzelnes Land keineswegs mit natürlichen Grenzen der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln identisch. Durch die Möglichkeiten der Industrieproduktion und des internationalen Handels mit Industrieprodukten wurden diese Grenzen der Versorgung der Bevölkerung auf nicht eindeutig fixierbare Positionen hinausgeschoben. Wenn aber – von der Möglichkeit der Industrieproduktion und des Außenhandels sogar einmal abgesehen – die notwendigen natürlichen Bedingungen der ausreichenden, eigenen Nahrungsmittelproduktion in den Ländern der Dritten Welt erfüllt sind, dann ist es offenbar eine gesellschaftspolitische Frage, ob diese Möglichkeiten genutzt werden oder nicht. Die Frage nämlich, wer die Produktionsverhältnisse im landwirtschaftlichen Bereich wie gestaltet, so daß diese Möglichkeiten nicht Realität werden. Also die Frage nach den Eigentums- und damit nach den Machtverhältnissen auf dem Lande.

Damit läßt sich aber durch die Untersuchung des Definitionsbestandteils "unzureichende Nahrungsmittelproduktion" die These von der "Überbevölkerung" als einer Ursache von Unterentwicklung so umformulieren: ein Land ist dann "überbevölkert", wenn die Macht- und Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft so gestaltet sind, daß die Möglichkeiten einer ausreichenden Nahrungsmittelproduktion nicht in Realität umgesetzt werden können.

Nun zum zweiten Definitionsbestandteil von "Überbevölkerung": danach ist ein Land dann "überbevölkert", wenn die Anzahl der Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen (also das Arbeitskräftepotential) die Anzahl der tatsächlich eine Beschäftigung findenden Personen übersteigt, wenn also Arbeitslosigkeit herrscht.



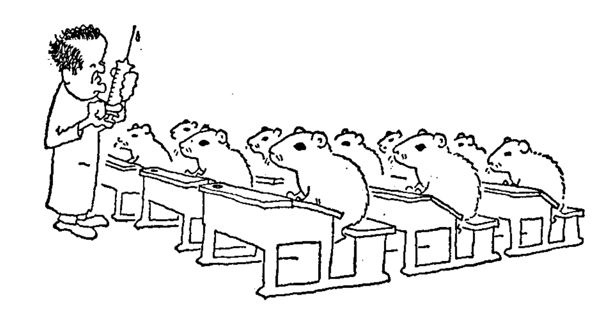
Der Beschäftigungsgrad eines Landes ist aber selbst wieder eine abhängige Größe, abhängig nämlich von denjenigen gesellschaftlichen Kräften, die entweder in ausreichendem Maße Arbeitsplätze zur Verfügung stellen oder die dies nicht tun.

In einem privatwirtschaftlich organisierten Land z.B. ist der Beschäftigungsgrad abhängig von den Gewinnerwartungen privater Unternehmer. Sind deren Gewinnerwartungen günstig, dann tätigen sie Investitionen und stellen so Arbeitsplätze zur Verfügung. Sind ihre Gewinnerwartungen dagegen gering, dann ist ihre "Investitionslust" (so ein gebräuchlicher Begriff für diesen Sachverhalt) ebenfalls minimal, sie stellen also keine Arbeitsplätze zur Verfügung und es herrscht Arbeitslosigkeit.

Für diesen Fall ließe sich also die These von der "Überbevölkerung" als Ursache von Unterentwicklung so umformulieren: ein Land ist dann "überbevölkert", wenn die Investitionslust der privaten Unternehmer nicht ausreicht, um das vorhandene Arbeitskräftepotential zu beschäftigen. In dieser Form aber verweist diese Aussage unmittelbar auf die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, auf die Frage, wo denn die Entscheidungen über Arbeitslosigkeit oder Vollbeschäftigung fallen. Der Frage z.B., warum gerade das an Bevölkerungszahl größte Land der Erde, die Volksrepublik China, kein Problem der Arbeitslosigkeit kennt, sondern

sich im Gegenteil teilweise einem Arbeitskräftemangel gegenübersieht, kann man dann nicht mehr ausweichen. Man wird feststellen müssen, daß China vor der Revolution die typischen Kennzeichen von "Überbevölkerung" im Sinne der hier zu kritisierenden Ideologie aufwies, dieselben Merkmale, wie sie heute in den kapitalistischen Entwicklungsländern anzutreffen sind und daß erst mit der radikalen Umgestaltung der Produktionsverhältnisse in China die "Überbevölkerung" Stück für Stück beseitigt werden konnte (10), obwohl die Wachstumsrate der chinesischen Bevölkerung nicht geringer war als in anderen Ländern der Dritten Welt.

Ebensowenig kann man dann der Frage ausweichen, wo denn die "Überbevölkerung" etwa Brasiliens, die sich in jährlich wachsenden Arbeitslosenzahlen ausdrückt, ihre Ursachen hat.



NEUES FORVM Dezember 1970

Damit läßt sich aber der Kreis schließen: "Überbevölkerung" im hier auf zweierlei Weise definierten Sinn ist keine selbständige Ursache von Unterentwicklung, sondern hat selbst seine Ursachen in der Art der Gestaltung der Produktionsverhältnisse eines Landes (im landwirtschaftlichen und im industriellen Bereich) und kann infolgedessen nicht isoliert von ihnen gesehen werden; die Diagnose von "Überbevölkerung" ist ohne Untersuchung der Produktionsverhältnisse nicht möglich. Nimmt man allerdings die privatwirtschaftliche Gestaltung der Produktionsverhältnisse als gegeben und erwünscht an, dann kann sich die "Überbevölkerung" zu einem scheinbar selbständigen Problem erheben, das scheinbar selbständige Lösungen erfordert.

Offensichtlich wird bei der These von der "Überbevölkerung" als einer Ursache von Unterentwicklung die privatwirtschaftliche Produktionsweise stillschweigend vorausgesetzt. Die These gibt also vor, eine wirkliche Analyse, eine allgemeine Aussage zu bieten, während sie in Wirklichkeit nur eine vordergründige Aussage innerhalb des durch die Privatwirtschaft gezogenen Rahmens darstellt.

Die These wird zur Ideologie, weil ihre Vertreter auf der definitorischen Ebene stehenbleiben, zusammengehörige Fragestellungen auseinanderreißen, damit die Ursachenfrage aus dem Problemkreis hinauskatapultieren und trotzdem zu Schlußfolgerungen (zur Formulierung von "Kausalbeziehungen" und von politischen Strategien) kommen, die kaum eine oberflächliche Plausibilität für sich in Anspruch nehmen können.

fh

---

1) Diese Wachstumstheorien verdienen im Grunde das Prädikat, eine Theorie zu sein, nicht, weil sie die Wirklichkeit nicht erklären. Vgl. dazu etwa die ausgezeichnete Auseinandersetzung von M. Jung mit der sog. Post-Keynesianischen Wachstumstheorie, in: "basis" (Freiburger Studentenzeitung), 1/1972, S. 23-26. (Diese Dritte Welt-Schwerpunkt-Nummer der "basis" kann zum Preis von DM 1,50 beim iz3w bestellt werden.)

2) Neben vor allem der Kapitalakkumulation und dem technischen Fortschritt. Allerdings wird dort nicht behauptet, daß das ökonomische Wachstum notwendig desto größer sei, je größer die Bevölkerung, sondern die verschiedenen Ursachen wirtschaftlichen Wachstums werden in funktionaler Verknüpfung gesehen.

3) E. Eppler, Wenig Zeit für die Dritte Welt, Stuttgart 1971, S. 37

4) K.-H. Sohn, Entwicklungspolitik, München 1972, S. 54

5) H.B. Peter, Sozialökonomische Grundprobleme der Entwicklungsländer, Zürich 1972, S. 62

6) Aber auch die historischen und gegenwärtigen Ursachen dessen, was die Vertreter dieser Einschätzung als "Überbevölkerung" bezeichnen, bleiben in aller Regel unerwähnt. Hier wären historisch vor allem der Kolonialismus und für die Gegenwart die "Entwicklungspolitik" der Regierungen der Länder der Dritten Welt und der Industrieländer zu nennen; diese Politik gibt der Industrialisierung der großen Städte hohe Priorität und vernachlässigt dabei zwangsläufig die Landwirtschaft mit dem Ergebnis, daß sich in den Städten in wachsendem Maße eine "Überbevölkerung" entwickelt, bestehend aus Menschen, die auf dem Lande keine Existenzgrundlage mehr haben.

7) Die in der Tat höher sind als die entsprechenden Zahlen der westlichen Industrieländer zur Zeit ihrer Industrialisierung.

(Fortsetzung auf S.16)

Staatshaushalte und Konzernumsätze

Die größten Staatshaushalte und Konzernumsätze des Jahres 1970 im Vergleich

Vorbemerkung der Redaktion

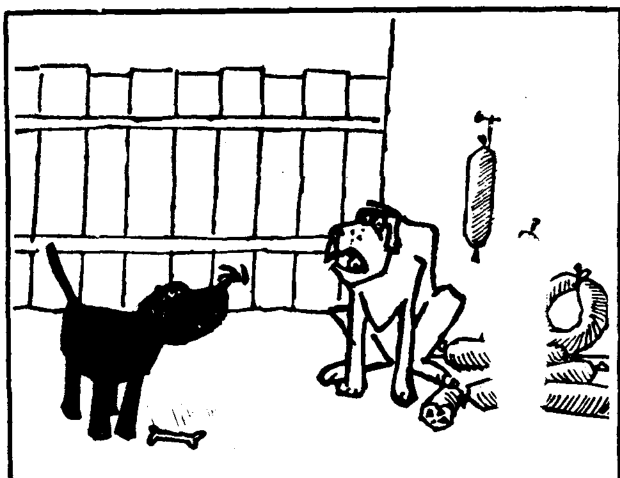
Die folgende Tabelle ordnet die Staatsausgaben der westlichen Industrieländer und der Länder der Dritten Welt sowie die Umsätze der größten Konzerne der Erde gemeinsam dem Umfang nach bis zur Position 100. Von diesen 100 Positionen werden nur 24 von Staatshaushalten eingenommen, davon 16 von Industrieländern. Nur 8 Budgets von "Entwicklungsländern" finden in dieser Aufstellung überhaupt Platz, wobei die Haushalte von so bevölkerungsstarken Staaten wie Indonesien, Thailand, Philippinen, Nigeria, Burma usw. bereits so klein sind, daß sie hier nicht mehr erscheinen. Burma beispielsweise hatte 1970 mit 27 Millionen Einwohnern ein Budget von rund 1,4 Milliarden DM.

Alle Ziffern gelten - sofern nicht anders angegeben - für das Jahr 1970. Quellenangaben in Einheiten der jeweiligen Landeswährung sind über die zur Mitte des Berichtsjahres gültigen Dollarparitäten umgerechnet worden. Berücksichtigt wurden ausschließlich die Ausgaben der zentralen Verwaltungen. Budgets von Teilstaaten oder lokalen Verwaltungen mußten auf Grund der schlechten Quellenlage unberücksichtigt bleiben. Die Haushalte sozialistischer Länder bleiben ebenfalls unerwähnt, weil eine realistische Grundlage zum Vergleich ihrer Währungen fehlt.

Wir sind uns über den beschränkten Aussagewert derartiger Tabellen wohl im klaren. Hinter den globalen Milliardenbeträgen stecken ja z.T. sehr unterschiedliche Aktivitäten der Konzerne auf der einen, der Regierungen auf der anderen Seite. Insofern gibt die Rangfolge der Tabelle nicht unmittelbar eine Rangfolge von Finanzkraft oder gar allgemein eine Rangfolge von Macht wieder. Trotzdem schien uns die Zusammenstellung dieser "gemischten" Tabelle einmal sinnvoll; denn zumindest einige grobe Dimensionen dürften sogar aus diesen nicht weiter aufgeschlüsselten Zahlen ersichtlich werden.

		Milliarden DM	
1.	USA	719,0	
2.	Großbritannien	155,4	
3.	Frankreich	109,8	
4.	Bundesrepublik Deutschland	89,4	
5.	Japan	84,6	
6.	Italien	70,5	
7.	General Motors (Automobile)	70,0	
8.	Standard Oil (N.J.) (Erdöl)	61,8	
9.	Ford Motor (Automobile)	56,0	
10.	Kanada	52,4	
11.	Royal Dutch (Erdöl)	39,3	
12.	General Electric (Elektrotechnik)	32,6	
13.	Schweden	31,6	
14.	Niederlande	29,7	
15.	IBM (Büromaschinen, Computer)	28,0	
16.	Mobil Oil (Erdöl)	27,1	
17.	Australien	27,1	
18.	Belgien	26,3	
19.	Chrysler (Automobile)	26,2	
20.	Unilever (Nahrungs-, Reinigungsmittel u.a.)	25,7	
21.	Indien	24,8	x
22.	ITT (Elektronik, Telephon)	23,8	
23.	Western Electric (Elektrotechnik)	21,9	
24.	Gulf Oil (Erdöl)	20,2	
25.	Texaco (Erdöl)	18,4	
26.	U.S. Steel (Stahl, Zement)	18,2	
27.	Brasilien	17,7	x
28.	Volkswagen (Automobile)	16,1	
29.	Spanien	16,1	x
30.	Westinghouse Electric (Elektrotechnik)	16,1	
31.	Standard Oil of California (Erdöl)	15,6	
32.	Philips (Elektrotechnik)	15,5	
33.	BP (Erdöl)	15,2	
34.	Österreich	14,8	
35.	Standard Oil of Indiana (Erdöl)	13,9	
36.	Ling-Temco-Vought (Flugzeuge, Elektronik, Stahl)	13,9	
37.	Boeing (Flugzeuge)	13,7	
38.	Du Pont de Nemours (Chemie)	13,5	
39.	Nippon Steel Corp. (Stahl)	13,5	
40.	Dänemark	13,4	
41.	ICI (Chemie)	13,1	

		Milliarden DM	
42.	Gen. Telephone & Electronics (Telephon, Elektronik)	12,8	
43.	British Steel (Stahl, Maschinen)	12,5	
44.	RCA (Elektrotechnik)	12,4	
45.	Südafrika	12,1	
46.	Siemens (Elektrotechnik)	12,0	
47.	Goodyear (Reifen)	11,9	
48.	Hoechst (Chemie)	11,8	
49.	Argentinien	11,8	x
50.	Iran	11,8	
51.	Swift (Nahrungsmittel)	11,5	
52.	Türkei	11,5	x
53.	Bayer (Chemie)	11,4	
54.	Union Carbide	11,3	
55.	Daimler-Benz (Automobile)	11,3	
56.	Procter & Gamble (Reinigungs- und Nahrungsmittel)	11,1	
57.	Thyssen (Stahl)	11,1	
58.	Bethlehem Steel (Stahl)	11,0	
59.	BASF (Chemie)	10,7	
60.	Renault (Automobile)	10,6	
61.	Norwegen	10,5	
62.	Eastman Kodak (Photoartikel)	10,4	
63.	Greyhound (Nahrungsmittel, Transport)	10,3	
64.	Kraftco (Nahrungsmittel)	10,3	
65.	Atlantic Richfield (Erdöl)	10,3	
66.	Fiat (Automobile)	10,2	
67.	International Harvester (Maschinen und Fahrzeuge)	10,1	
68.	Continental Oil (Erdöl)	10,1	
69.	Montecatini Edison	9,9	
70.	Toyota Motor Co. (Automobile)	9,6	
71.	Pakistan	9,6	
72.	Lockheed Aircraft (Flugzeuge)	9,5	
73.	Tenneco (Diverse Industien)	9,4	



„Unterlassen Sie dieses klassenkämpferische Schnuppern

		Milliarden DM
74.	British Leyland Motor (Automobile)	9,2
75.	North American Rockwell (Flugzeuge, Elektronik)	9,0
76.	Litton Industries (Elektronik, Schiffbau)	9,0
77.	United Aircraft (Triebwerke)	8,8
78.	Finnland	8,8
79.	Firestone (Reifen)	8,7
80.	AEG-Telefunken (Elektrotechnik)	8,7
81.	Nestlé (Nahrungsmittel)	8,7
82.	Gen. Electric & Engl. Electric (Elektrotechnik)	8,7
83.	General Foods (Nahrungsmittel)	8,5
84.	Phillips Petroleum (Erdöl)	8,5
85.	Occidental Petroleum (Erdöl)	8,4
86.	General Dynamics (Flugzeuge)	8,3
87.	Nissan Motor Co. (Automobile)	8,3
88.	Hitachi Ltd. (Elektrotechnik, Maschinen	8,2
89.	Caterpillar (Landwirtschaftliche Maschinen)	8,0
90.	Mexiko	8,0
91.	Singer (Nähmaschinen, Elektrotechnik)	7,9
92.	Rapid-American (Textilprodukte, Handel)	7,8
93.	McDonnell Douglas (Flugzeuge)	7,8
94.	Continental Can (Verpackungen)	7,6
95.	Mannesmann (Röhren, Maschinen, Stahl)	7,5
96.	AKZO (Chemiefasern, Chemie)	7,5
97.	Matsushita Electric Ind. (Elektrotechnik)	7,5
98.	Ruhrkohle (Kohle)	7,4
99.	Rhône-Poulenc (Chemie, Chemiefasern)	7,4
100.	Monsanto (Chemie)	7,4

Anmerkung: Die durch x gekennzeichneten Angaben über die Staatshaushalte sind die Zahlen für das Jahr 1969.

Verwendetes Material:

- Schweizerische Bankgesellschaft (Hrsg.), Die größten Unternehmen der Welt; Ausgabe 1971
- Der Fischer Weltalmanach 1971
- Der Fischer Weltalmanach 1970
- United Nations Statistical Yearbook. Twenty-third issue. 1971
- United Nations Statistical Yearbook. Twenty-second issue. 1970

Kirche

Kapitalabzug aus dem Südl. Afrika

Neue Schritte des ÖRK zur konsequenten Verwirklichung des Antirassismusprogramms

1. Der Beschluß und seine Vorgeschichte

Am 22. Januar 1973 meldete das Referat Kommunikation des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) in Genf: "Der Ökumenische Rat der Kirchen veröffentlichte heute eine Liste mit den Namen von 650 Gesellschaften, die direkt an Investitionen oder Handel im südlichen Afrika beteiligt sind. Gleichzeitig hat der ÖRK bekannt gegeben, daß er alle Anteile in Gesellschaften, die in dieser Liste aufscheinen, verkauft hat. Der gesamte Marktwert betrug etwa 1,5 Mill. Dollar. (In der ersten Liste, weitere folgen später, sind Firmen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, der Niederlande und der Schweiz genannt).... Dieser Beschluß war entsprechend dem Auftrag gefaßt worden, den der weisungsgebende Zentralausschuß in Utrecht (August 1972) dem ÖRK-Finanzdirektor Frank Northam gegeben hatte. Der Ausschuß hatte beschlossen, die Investitionen zurückzuziehen, da 'ausländische Investitionen im südlichen Afrika die weißen Minderheitsregime in ihrer Unterdrückung der Mehrheit der dortigen Bevölkerung bestärken'. ...

Der Zentralausschuß in Utrecht hatte auch alle Mitgliedskirchen und christlichen Einrichtungen dazu aufgefordert, 'ihren gesamten Einfluß geltend zu machen - einschließlich der Wahrnehmung ihres Einflusses als Aktionäre -, um öffentliche und private Gesellschaften zur Zurückziehung ihrer Investitionen aus und zur Beendigung des Handels mit Ländern des südlichen Afrikas zu veranlassen'." (1)

Dieser Schritt hat eine lange Vorgeschichte: Schon seit Jahren versucht der ÖRK, die rassische Gleichheit aller Menschen nicht nur auf seine Fahnen zu schreiben, sondern sich auch glaubhaft für deren Verwirklichung einzusetzen. Dies beweist das Antirassismusprogramm (ARP) und vor allem sein Sonderfond zur Unterstützung antirassistischer Organisationen in aller Welt. (Er wurde gleichzeitig mit dem Beschluß um 200.000 US-Dollar erhöht.) Um diesen Sonderfond gab und gibt es heftige Auseinandersetzungen, weil aus ihm z.B. auch die Befreiungsbewegungen der portugiesischen Kolonien - MPLA, Frelimo, PAIGC - unterstützt werden. Sicherlich haben gerade diese Auseinandersetzungen wesentlich dazu beigetragen, die Diskussion in der evangelischen Kirche über die Ursachen des Rassismus voranzutreiben. So erscheint der Verkauf von kirchlichen Aktienanteilen an Unternehmen im südlichen Afrika m.E. als Konsequenz aus folgender Erkenntnis: Die Investitionen westlicher Firmen im südlichen Afrika tragen zur Stabilisierung des dort herrschenden Rassismus bei. Damit ist klar, daß antirassistisches Engagement und Beteiligung an Firmen, die durch die Hungerlöhne der schwarzen Arbeiter profitieren, widersprüchlich sind. Und es ist festgestellt, daß die Ursachen des Rassismus nicht allein in Südafrika, sondern vor allem auch in den USA und Europa zu finden sind.

2. Maßnahmen der Nationalkirchen

Wie reagieren nun die Nationalen Kirchen? Welche Chancen hat die Maßnahme des ÖRK auf unterer Ebene?

(Die im folgenden aufgeführten Reaktionen sind sicherlich nicht vollständig, mehr Material liegt dem Verfasser im Moment leider nicht vor.)

In Südafrika führte der Beschluß erwartungsgemäß zu sehr scharfen Reaktionen: Die Kapstadter Tageszeitung "Die Burger" meinte, der Investitionsstop würde "die Schwarzen weitaus härter treffen als die Weißen". (2) Auch der schwarze Bischof Auala der evang.-lutherischen Ovamba-Kango-Kirche Namibias sprach sich wegen der Gefahr der Arbeitslosigkeit für viele Schwarze gegen den Abzug ausländischen Kapitals aus dem südlichen Afrika aus. (3) Jacobus Vorster, Bruder des südafrikanischen Ministerpräsidenten und Moderator der Generalsynode der niederländischen reformierten Kirche, bezeichnete den ÖRK als "Kampforganisation für den Kommunismus". (4)

Die Kirche von England beschloß Mitte September 1972, "alle Geldanlagen bei Firmen, die Verbindungen nach Südafrika unterhalten, zurückzuziehen". (5) Der Anglikanische Bischof Colin O'Brian Winter, wegen seiner offenen Kritik an der Rassenpolitik aus Südafrika ausgewiesen, beschuldigte die westlichen Länder im März 1972, sie machten sich durch Unterstützung der Regierung Vorster gegenüber den ausgebeuteten und

streikenden Ovambos in Namibia mitschuldig. (6) Die Durchführung des o.g. Beschlusses der anglikanischen Kirche scheint aber nicht zu klappen: Der evang. Pressedienst (epd) meldet am 28.2.73, daß auf der Generalsynode der anglikanischen Kirche von England deren zentrale Finanzbehörde bestätigte, daß sie 70.000 Anteile an der hauptsächlich in Südafrika tätigen Bergwerksfirma Consolidated Gold besitze und nicht die Absicht habe, "durch solche Investitionen Druck auf die betreffenden Firmen auszuüben, die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer schwarzen Arbeiter zu verbessern. Angesichts der Empörung in der Generalsynode und des Aufsehens, das die Auseinandersetzungen auch in einer breiteren Öffentlichkeit erregten, wird jetzt eine Änderung dieser Politik für wahrscheinlich gehalten." (7) Die Kampagne gegen die Lohnpolitik britischer Konzerne in Südafrika scheint sich auf die allgemeine Öffentlichkeit in England übertragen zu haben. Die SZ meldet am 20.3.73: "Unruhe über Hungerlöhne in Südafrika - Heath lehnt Untersuchung über Praktiken britischer Konzerne ab." Der "Guardian" hatte (so die SZ) ermittelt, "daß nur 3 britische Großkonzerne den schwarzen Arbeitern Löhne zahlen, die über dem offiziell anerkannten 'Existenzminimum' liegen".

In den USA beschlossen 5 protestantische Kirchen schon Anfang 1972, an die Hauptversammlungen einiger Firmen Anfragen zu richten: Ergebnis einer Untersuchung von 16 amerikanischen Kirchenvertretern war nämlich, daß auch die US-Firmen an Afrikaner weniger als das Existenzminimum zahlen. (8) Dies führte bei einigen Firmen zum Erfolg: U.a. Ford, Xerox, ITT und Texaco haben bis Anfang 1973 zugesagt, "ihre geschäftlichen Operationen in Südafrika offenzulegen". (9)

Der Präsident der amerikanisch-lutherischen Kirche, Knutson, erklärte im September 1972 allerdings, daß er sich bei dem Beschluß in Utrecht seiner Stimme enthalten habe, weil er "sich nicht in der Lage gefühlt" habe, "die amerikanisch-lutherische Kirche auf ein solches Verhalten (den Investitionsstop, d.Verf.) festzulegen". (10)

Der Rat der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beschloß im April 1972 u.a. Untersuchungen "der Auswirkungen der wirtschaftlichen Beziehungen der BRD zum südlichen Afrika, ihrer rüstungswirtschaftlichen Kontakte zu Gebieten akuter Rassenkonflikte sowie der Öffentlichkeitsarbeit Südafrikas, Portugals und Rhodesiens und der Kritiker dieser Staaten". (11)

In der Debatte in Utrecht im August 1972, die dem o.g. Beschluß vorausging, wurden von den Vertretern der evangelischen Kirchen der BRD mehrere praktische Vorschläge eingebracht. "Man hat sich dabei auf solche Empfehlungen konzentriert, die ungeachtet möglicher späterer weiterreichender Maßnahmen, wie man meint, jetzt schon im Rahmen der bestehenden Gesetze verwirklicht werden könnten." (12) Diese Empfehlungen und Argumente sehen - wie aus einer nachträglichen Stellungnahme ersichtlich - so aus:

"Der Rat sieht sich zu folgender vorläufiger Stellungnahme veranlaßt:

1. Der Rat der EKD nimmt die Stimmen verantwortlicher Sprecher der afrikanischen Bevölkerung in Südafrika sehr ernst. Danach hat das Ausbleiben grundlegender rechtlicher und wirtschaftlicher Reformen in Südafrika eine Situation herbeigeführt, in der viele Afrikaner das Vertrauen auf eine friedliche Veränderung mehr und mehr verlieren. Sie würden auch Entbehrungen und Leiden auf sich nehmen, wenn durch wirtschaftlichen Druck von außen eine Veränderung erreicht werden könnte.

2. Der Rat bittet jedoch eindringlich darum, auch die Stimmen derjenigen afrikanischen Kirchenführer und Politiker zu hören, die raten, das wirtschaftliche Engagement westlicher Länder in Südafrika nicht aufzugeben; denn dadurch würden gerade die Unterprivilegierten am schwersten getroffen, und die politische Situation würde noch mehr verhärtet. Nach Ansicht dieser Gruppe komme es darauf an, diejenigen Tendenzen und Kräfte zu unterstützen, die sich in Südafrika für den Abbau der Rassenschranken einsetzen und sich um Abwendung der Konfrontation und um Fortsetzung des Dialogs bemühen. Beispielhaft hierfür sind die bisherigen Ergebnisse der in Südafrika entwickelten und durchgeführten SPRO-CAS-Studien.

3. Angesichts dieser Spannung unterschiedlicher Überzeugungen vertritt der Rat der EKD die Auffassung, daß nichts getan werden darf, was die Situation verschärfen würde. Vielmehr sollten zunächst alle gesetzlich möglichen Schritte unternommen werden, um im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung in Südafrika die Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen herbeizuführen. Der Rat weist in diesem Zusammenhang auf Maßnahmen hin, um deren Prüfung die in Südafrika tätigen ausländischen Industrie- und Wirtschaftsunternehmen gebeten werden mit dem Ziel, sie sobald wie möglich zu verwirklichen:

   a) Betriebliche Ausbildungsmöglichkeiten für schwarze und farbige Arbeiter sollten neu geschaffen und vorhandene verbessert werden. Den dadurch qualifizierten schwarzen und farbigen Arbeitern sollten Stellungen geöffnet werden, die ihrer Qualifikation entsprechen.

b) Es sollte überall gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden, unabhängig von der rassischen Zugehörigkeit.

c) Wo den weißen Kindern unentgeltliche Schulausbildung zur Verfügung steht, der schwarzen und farbigen Jugend aber nicht, sollten die Betriebe Stipendien für die Schulausbildung der Kinder ihrer schwarzen und farbigen Mitarbeiter zur Verfügung stellen.

d) Für die schwarzen und farbigen Arbeiter sollten finanziell unterstützte Gesundheitsdienste geschaffen werden.

e) Die bisher völlig unzureichende Altersversorgung der schwarzen und farbigen Arbeiter sollte durch Zusatzleistungen der Betriebe wesentlich verbessert werden.

f) Für die Verbesserung der vielfach noch menschenunwürdigen Wohnverhältnisse sollten die Betriebe Zuschüsse oder Darlehen gewähren.

g) Um den schwarzen und farbigen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen zu vertreten, sollten die Firmen die gesetzlichen Möglichkeiten für eigene betriebliche Vertretungen der schwarzen und farbigen Arbeiter ausschöpfen.

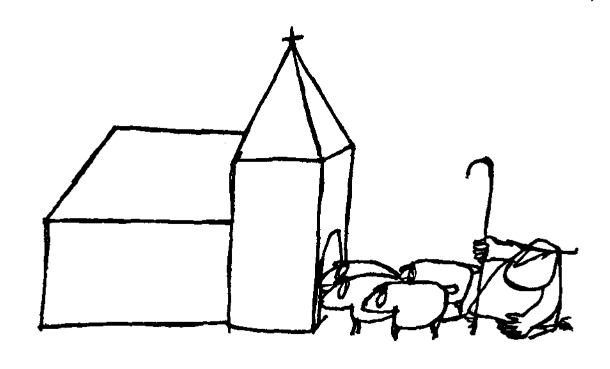
h) Es sollte überlegt werden, inwiefern die Bestrebungen der schwarzen und farbigen Bevölkerung, eigene Betriebe zu errichten, mit Rat und finanzieller Hilfe sowie durch Auftragsvergabe unterstützt werden können.

4. Diese Vorschläge gehen von den gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten aus, die allerdings dringend einer Änderung bedürfen. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Der Rat hält sie aber für realisierbar, wie die Versuche einiger Firmen zeigen. Er wird sich seinerseits darum bemühen, mit den in Frage kommenden deutschen Unternehmen über ihre Verwirklichung zu sprechen." (13)

Da ihnen o.g. Vorgehen durch die ÖRK-Beschlüsse nicht verwehrt wird, stimmten die Vertreter der BRD-Kirchen diesen zu (außer Bischof Lilje, der den Investitionsstop für wirkungslos hält und glaubt, daß unter den geplanten Sanktionen die schwarze Bevölkerungsmehrheit am meisten zu leiden hätte (14)). Die restlichen Vertreter betrachten – trotz ihrer Zustimmung – das in der Stellungnahme der EKD aufgeführte Vorgehen als richtig und für sich bindend. Bischof Dr. Wölber distanzierte sich (für die Lutheraner) sowohl von der Absicht des lutherischen Weltbundes, seine Konten bei allen internationalen Banken, die im südlichen Afrika engagiert sind, aufzulösen, als auch von dem Beschluß des Weltkirchenrates. "Diesen Weg halten wir nicht nur für wirkungslos, sondern für falsch." (15)

An der Basis der EKD sieht es allerdings z.T. anders aus: So forderten die Teilnehmer des Südafrikaseminars der Gossner Mission in Mainz den Rat der EKD auf, seine Haltung in der Frage der Investitionen in Südafrika zu überprüfen und seine vorläufige Stellungnahme (s.o.) wieder zurückzuziehen. (16)

Der "Ausschuß zur Begleitung des ARP des ÖRK des Kirchenkreises Essen-Nord" fordert in einem Brief an alle Verantwortlichen seines Kreises diese auf, sich dem Schritt des ÖRK anzuschließen – "auch und gerade wenn unsere Kirchenleitungen diesem Problem noch hilflos gegenüberstehen" – und ihre Konten bei der Deutschen, der Dresdner und der Commerzbank aufzulösen.
(Untenstehende Aufstellungen "Anlage" zu den Aktivitäten dieser Banken in Südafrika stammt von diesem Ausschuß.)



3. Zu den Argumenten der Beschlußgegner

Den hohen Stellenwert ausländischer Investitionen für die Sicherung des Rassistenregimes in der Südafrikanischen Republik (SAR) beweisen die Bemühungen, die man sich dort um die Schaffung eines guten Investitionsklimas und die Anwerbung internationalen Kapitals macht. Das Argument, der Abzug ausländischen Kapitals schade vor allem den Schwarzen, entlarvt sich selbst, wenn man sich den "Nutzen" dieser Investitionen für die schwarze Bevölkerungsmehrheit genauer ansieht: In dem o.g. offenen Brief der Teilnehmer des Südafrikaseminars der Gossner Mission "wird festgestellt, daß sich mit der wachsenden Investitionstätigkeit ausländischer Firmen in Südafrika zwar die Zahl der nichtweißen Erwerbstätigen erhöht, das Lohngefälle zwischen Weißen und Nichtweißen sich jedoch erheblich verschlechtert habe." (16)

Eine Wirtschaftskommission, die im Auftrag des südafrikanischen Kirchenrats und des christlichen Instituts eine Studie ausgearbeitet hat, kommt

zu dem Ergebnis, "daß die Theorie, wonach zunehmende Industrialisierung und wirtschaftliches Wachstum schließlich zum Zusammenbruch des Apartheid-Systems führen würden, nicht länger haltbar sei." (17) Außerdem bezahlen auch ausländische Firmen, wie oben bereits erwähnt, zum großen Teil nicht einmal Löhne in Höhe des Existenzminimums.

Zola Sonkosi, Vorstandsmitglied der Jugend- und Studentenabteilung der südafrikanischen Befreiungsbewegung "African National Congress" meinte: "Uns schadet ein Boykott nicht, denn wir leben ohnehin schon unter dem menschlichen Existenzminimum." (18)

Dennoch hat das Argument starke Verbreitung gefunden: Auch der lutherische Weltbund hat offenbar aus diesem Grunde bei seinem Beschluß vom 24.7. 1972, die Beziehung zu apartheidsbeteiligten Geldinstituten abzubrechen, zunächst Druck auf die entsprechenden Unternehmen ausüben wollen. (19)

4. Welche Bedeutung hat dieser Schritt?

Sicherlich haben die Maßnahmen des ÖRK und der Nationalkirchen in nächster Zukunft keine unmittelbaren Auswirkungen auf die gesellschaftlich-wirtschaftliche Wirklichkeit in Südafrika. Dennoch haben damit einige Kirchen einen weiteren bedeutsamen Schritt getan: Von der ehemals schweigenden Billigung bzw. tatkräftigen ideologischen Unterstützung zur konsequenten Bekämpfung von Rassismus und Ausbeutung ist der Verkauf der kirchlichen Aktienanteile wichtig, da er die Kirche aus einem Interessenzusammenhang löst, der ihr ganzes antirassistisches Engagement hätte fragwürdig erscheinen lassen. Auf die so bedeutsame ideologische Unterstützung der Kirchen können sich die Nutznießer des Apartheidsystems in Zukunft also noch weniger verlassen.

Zum Schluß: Es bleibt zu hoffen, daß die Kirchen eines Tages verstehen, daß es keine guten und bösen Kapitalisten gibt (von denen letztere im südlichen Afrika investieren), sondern daß die Unterbezahlung des schwarzen Arbeiters in Kapstadt "lediglich" die Folge von gesellschaftlichen Verhältnissen ist, die wir u.a. auch in der BRD, den USA etc. vorfinden: Folge von Besitz- bzw. Produktionsverhältnissen also, die am Gewinn der kleinen Gruppe von Besitzenden orientiert sind, nicht an den Bedürfnissen der Massen.

bm

---

1) ÖRK-Referat Kommunikation (Genf), Nr. 4/73, 22. Januar 1973
2) Evang. Pressedienst (epd)-Zentralausgabe (ZA), Nr. 164, 25.8.1972
3) epd-ZA, Nr. 157, 16.8.1972
4) SZ, 20.2.1973
5) epd-ZA, Nr. 184, 22.9.1972
6) Frankfurter Rundschau, 15.3.1972
7) epd-ZA, Nr. 42, 28.2.1973
8) epd-ZA, Nr. 37, 22.2.1972
9) epd-ZA, Nr. 142, 26.7.1972 und Nr. 51, 13.3.1973
10) epd-ZA, Nr. 183, 22.9.1972
11) epd-ZA, Nr. 80, 25.4.1972
12) epd-ZA, Nr. 161, 22.8.1972
13) epd-ZA, Nr. 166, 29.8.1972
14) epd-ZA, Nr. 209, 27.10.1972
15) laut dpa vom 29.8.1972
16) epd-ZA, Nr. 235, 5.12.1972
17) epd-ZA, Nr. 128, 6.7.1972
18) epd-ZA, Nr. 189, 29.9.1972
19) epd-ZA, Nr. 140, 24.7.1972

Anlage: "DM-Kapital in Südafrika"

Afrikanische Kirchen warnen vor einem „neuen Vietnam"

Tananarive (Madagaskar) (epd)
Auf die Gefahr, daß das südliche Afrika „das Vietnam des letzten Teils dieses Jahrhunderts" werden könnte, hat die afrikanische Kirchenkonferenz in einem Schreiben an die Kirchen in Europa und Amerika aufmerksam gemacht. Sie werden in dem Brief dringend aufgefordert, an alle Regierungen des Nordatlantikpaktes zu appellieren, „das risikoreiche ‚Geschäft des Kalten Krieges', das die Welt während der letzten 25 Jahre bedroht und unermeßliches Leid über die Völker von Indochina gebracht hat, nicht auch in unseren Teil der Welt hineinzutragen."

Die afrikanischen Kirchen erinnern an Berichte, wonach einflußreiche Stellen der NATO die Ausdehnung von Aktivitäten des Nordatlantikpaktes in den Südatlantik sowie in den Indischen Ozean fordern, sowie an die tiefe wirtschaftliche und zum Teil auch militärische Verflechtung von NATO-Staaten mit dem südlichen Afrika. Das Generalkomitee der allafrikanischen Kirchenkonferenz betrachtet diese Entwicklung als Aktivitäten, „die unvermeidlich die unterdrückerischen, rassistischen und kolonialistischen Regierungen im südlichen Afrika weiter unterstützen". Die Kirchen in Europa werden aufgefordert, bei ihren Regierungen darauf hinzuwirken, daß sie an dieser Entwicklung nicht mitschuldig werden.

SZ 5.6.73

Anlage

DM-Kapital in Südafrika

Vorbemerkung: Die folgende Zusammenstellung kann nur einen kleinen Ausschnitt aus der tatsächlichen Kapitalverflechtung wiedergeben, da - aus für den Kapitalgeber verständlichen Gründen - kein lebhafter Öffentlichkeitswunsch besteht. Darüber hinaus kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Beschränkung auf die drei großen Banken in der BRD außer acht läßt, daß fast alle anderen westdeutschen Geldinstitute ebenfalls am Kapitalgeschäft mit Südafrika beteiligt sind.

A. DEUTSCHE BANK

a) 1958 50 Mill. DM-Anleihe an die Anglo-American-Bank Südafrika (1)
b) 1962 7,14 Mill. Rand-Anleihe in einem Konsortium an die Regierung der RSA (Laufzeit 3 Jahre; Zinssatz 5,5 %) (1)
c) 7,14 Mill. Rand-Anleihe in einem Konsortium an die Regierung der RSA (Laufzeit 10 Jahre; Zinssatz 6 %) (1)
d) 1968 Errichtung einer Auslandsfiliale in der RSA (2)
e) 19,25 Mill. Rand-Kredit zur Kupfergewinnung (3)
f) 20 Mill. Rand-Kredit in einem Konsortium unter Führung der DRESDNER BANK an die ECSOM (Electricity Supply Commission, federführend bei der Fertigstellung des Cunene-Staudam-Projekts) (Laufzeit 5 Jahre; Zinssatz 18 1/2 %) (4)

B. DRESDNER BANK

a) 1968 Errichtung der 20. Auslandsfiliale in Johannesburg (2)
b) 100 Mill. DM-Kredit
c) s.o. f) und u. b)

C. COMMERZ BANK

a) Filiale seit den 50er Jahren
b) 19,5 Mill. Rand-Kredit in einem Konsortium (u.a. auch DRESDNER BANK) an die ECSOM (Laufzeit 15 Jahre, Zinssatz 8 %) (4)

D. ALLGEMEIN

a) 50 Mill. DM-Anleihe der ECSOM 1965-80 (5)
100 Mill. DM-Anleihe der ECSOM 1968-83 (5)
100 Mill. DM-Anleihe der ECSOM 1970-75 (5)
b) 100 Mill. DM-Kredit an die Highveld Steel und Vanadium Corp. Ltd. Johannesburg 1966-78 (5)
c) 60 Mill. DM-Anleihe der RSA 1968-73 (5)
100 Mill. DM-Anleihe der RSA 1969-84 (5)
d) 100 Mill. DM-Anleihe der Stadt Johannesburg 1972-78 (6)

Anmerkungen:

1) Rand ungefähr 4,30 DM
1) Recherchen des Generalkonsulats von SAMBIA, Rom 15.10.1970
2) B. Schilling - K. Unger, Die BRD und das südliche Afrika. In: Kursbuch 21, 1970, S. 129 ff
3) Deutsche Außenpolitik 1968, S. 1114 f
4) Cunene-Staudamm-Projekt und der Kampf um die Befreiung des Südlichen Afrika. ÖRK-Profil, Genf 1971
5) Deutsche Bank (Hrsg.), Internationale DM-Anleihen. Übersicht aller DM-Auslandsanleihen, Dezember 1970
6) to the point, 23.9.1972

---

zusammengestellt vom "Ausschuß zur Begleitung des Antirassismusprogramms des ÖRK des Kirchenkreises Essen-Nord" (Kontaktadresse: Pastorin Jutta Dahl, 43 Essen 13, Eckenbergstr. 40), im Februar 1973

Auch eine Bestellung:

Als Gruppenleiterin der KJG fühle ich mich dafür verantwortlich, daß ich meinen zum Teil ziemlich links eingestellten Klassenkameraden etwas entgegnen kann, wenn sie die Tatsachen verdrehen. Dazu muß ich selbst aber mit gutem und möglichst zahlreichem Informationsmaterial versehen sein.

(Fortsetzung von S.9)

8) Dabei ist der Begriff der "ausreichenden bzw. der unzureichenden Nahrungsmittelproduktion", wie er hier verwendet wird, selbst ideologieverdächtig. Er unterstellt nämlich implizit, daß bei einer der Menge nach ausreichenden Nahrungsmittelproduktion in einem Land auch jeder in diesem Land lebende Mensch einen zu seiner Versorgung ausreichenden Anteil an dieser Menge erhält. Diese Unterstellung ist aber - unter privatwirtschaftlichen Bedingungen - eine Ideologie; beispielsweise exportieren ja viele Länder der Dritten Welt Nahrungsmittel, obwohl ein Teil der eigenen Bevölkerung Hunger leidet. - Diese Ideologie der Vernachlässigung von Verteilungsgesichtspunkten wurde schon in Heft 20 (Ideologiekritik 2) ausführlich behandelt. Von daher sei die hier gewählte Formulierung als eine vereinfachende (nicht als eine ideologische) gestattet.

9) So betrug etwa im Jahre 1962 für die BRD die Importquote bei Grundstoffen der Ernährungswirtschaft 27,6 %, d.h. 27,6 % des Inlandverbrauchs an diesen Grundstoffen mußten importiert werden. Seitdem soll diese Importquote noch beträchtlich angestiegen sein. Vgl. H. Kolbe u. W. Jensen, Weltmärkte im Zeichen der Hausse, in: Wirtschaftsdienst 3/1973, S. 146, Tab. 3.

10) Vgl. dazu auch den Artikel über die VR China in diesem Heft der blätter des iz3w.

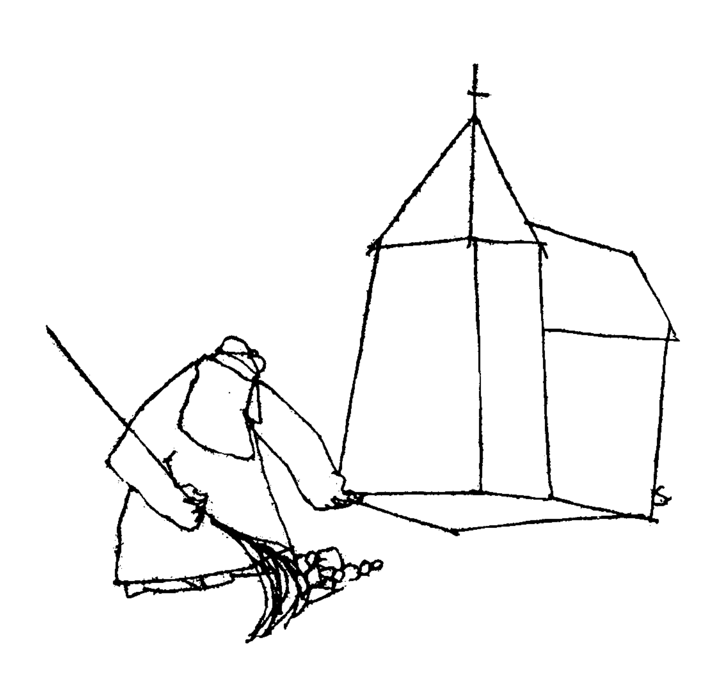
Döpfner: "Caetanos Autonomiebewegung führt zur Unabhängigkeit"

Döpfner: "Caetanos Autonomiebewegung führt zur Unabhängigkeit"

Mit dem folgenden Schreiben antwortete der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Julius Kardinal Döpfner, dem Theologenkreis der Katholischen Studentengemeinde Münster, die sich in einem Brief an Döpfner mit den Resolutionen des Arbeitskreises Kirche und Kolonialismus des Kongresses "Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" solidarisierten.

In den Resolutionen war eine Kündigung des Konkordats zwischen dem Vatikan und Portugal gefordert worden, sowie die Anerkennung der Befreiungsbewegungen als die einzigen legitimen Vertreter der Bevölkerung in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique und eine dem Anti-Rassismus-Programm vergleichbare Unterstützung der Befreiungsbewegungen durch die Katholische Kirche. Mit den Resolutionen haben sich die Vollversammlung der Kath. Studentengemeinde Münster und die Arbeitsgemeinschaft der Theologen an den Hochschulen der BRD (AGT) solidarisiert.

Red.



Der Vorsitzende der
Deutschen Bischofskonferenz

8 München 2, 11.5.1973
Kardinal-Faulhaber-Str. 7

An den
Vertreterkreis des Theologenkreises
der KSG Münster

4400 Münster
Frauenstr. 3-7

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn ich auf Ihren Brief, der am 19. März 1973 hier einging, erst jetzt antworte, dann deswegen, weil ich erst genauere Informationen einziehen wollte.

Die Situation in Afrika ist gewiß nicht erfreulich, davon machen Angola und die übrigen portugiesischen Besitzungen keine Ausnahme. Nicht zu leugnen ist jedoch, daß in Portugal, dem man nie eine rassistische Kolonialpolitik vorwerfen konnte, eine Umbesinnung im Gang ist. Die Autonomiebewegung, von Präsident Gaetano eingeleitet, wird sicher in nicht allzu ferner Zukunft zur Unabhängigkeit dieser Länder führen. Leider ist zu befürchten, daß der Terror, den auch die von amerikanischer, sowjetrussischer und chinesischer Seite unterstützten Befreiungsbewegungen ausüben, diese Entwicklung verzögert.

Sie dürfen versichert sein, daß die Bischofskonferenz eines Landes, dem ebenfalls die Selbstbestimmung verweigert ist, nämlich die Deutsche Bischofskonferenz, alles tun wird, um in geeigneter Weise die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Bevölkerung Afrikas zu fördern.

Mit freundlichen Grüßen

+ Julius Card. Döpfner

(Julius Kardinal Döpfner)

Pädagogik

Walter Schmidt, Stuttgart

Erziehung als Praxis der Freiheit

Paulo Freires pädagogische Methode

Unter den gegenwärtig am meisten diskutierten und praktizierten pädagogischen Methoden hat die des Südamerikaners Paulo Freire besondere Aufmerksamkeit erregt. Im Rahmen dieses Heftes dürfte deshalb eine Skizze seines „sozialrevolutionären" Programms schon um der Dokumentation willen nicht fehlen.

Die Bildungssysteme in Lateinamerika dienen in ihrer gegenwärtigen Form nicht dem Volk, sondern lediglich einer kleinen Elite. So jedenfalls meint es Paulo Freire. Diese Grunderkenntnis sowie das Schlüsselerlebnis des Hungers bilden den Ausgangspunkt für seine praktische Methode. Paulo Freire, neben Ivan Illich wohl bedeutendster Volkspädagoge der Gegenwart. 1921 in Recife/Nordostbrasilien, der Heimat Helder Câmaras, geboren, begann 1947 in seiner Heimat mit der Alphabetisierungsarbeit an erwachsenen Analphabeten. Mit der Zeit entwickelte er daraus eine Methode, die er u. a. in Chile mehrere Jahre als UNESCO-Experte für Bildungsfragen praktisch erprobte. Bis 1964 war er Professor für Geschichte und Philosophie der Pädagogik an der Universität von Recife. In Brasilien wurden seine Alphabetisierungskampagnen 1963/64 in größtem Maßstab verwirklicht. Aber unter der 1964 durch einen Staatsstreich an die Macht gelangten Militärregierung wurde er sofort verhaftet und nach 75 Tagen Gefängnis nach Chile ausgewiesen. Obwohl seine Bücher in seinem Heimatland Brasilien vernichtet wurden und verboten sind, wird seine Methode in der Dritten Welt weiter verwirklicht. Freires großangelegte Alphabetisierungskampagnen begannen dort, wenn auch zaghaft, bei den Massen der Armen und Unterprivilegierten politisches Bewußtsein und revolutionäre Impulse zu wecken, die sich gegen jedes autoritäre Herrschaftssystem richteten. Zugleich hatte der Pädagoge Freire die herrschenden Bildungsprogramme und Schulsysteme des Abendlandes und der Dritten Welt gleichermaßen in ihrer versklavenden Funktion und obrigkeitsstaatlichen Struktur entlarvt.
Nach zweijähriger Gastprofessur an der Harvard University arbeitet der katholische Brasilianer seit 1970 als Sonderberater für Bildungsfragen beim Ökumenischen Rat der protestantischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen in Genf. Seit Ende 1971 leitet Freire darüber hinaus in Genf ein neugebildetes Institut für kulturelle Aktion. Dieses Institut soll dazu dienen, Informationen über Bewegungen zu sammeln und zu koordinieren, die das kulturelle und politische Verantwortungsbewußtsein der Menschen in der Gesellschaft fördern. Die Lehrtätigkeit des Instituts erstreckt sich besonders auf Theorie und Methodologie kultureller Aktion und soll Menschen zugute kommen, die in der Dritten Welt zu arbeiten beabsichtigen.
Der Grundsatz von Freires pädagogischer Theorie ist unzweideutig: „Erziehung kann niemals neutral sein. Entweder ist sie ein Instrument zur Befreiung des Menschen, oder sie ist ein Instrument seiner Domestizierung, seiner Abrichtung für die Unterdrückung." Was Freire nicht nur in Lateinamerika festzustellen scheint, ist eine „depositäre Erziehung" im Sinne eines „Bankier-Modells", die stets in der Weise eines Fütterungsvorgangs verläuft. Letztlich heißt dies aber für Freire: Bildung und Unterwerfung sind identisch. Man ist, im Sinne dieses Bildungssystems, um so erfolgreicher, je bereitwilliger man sich der Fremdbestimmung, der Programmierung mit fremdem Wissen, fremder Sprache, fremden Wertvorstellungen überläßt. Der Gebildete ist der Entfremdete.
Freires pädagogisches Programm vollzieht sich in den folgenden fünf Phasen seiner Alphabetisierungsmethode:
1. Aufstellung von Wörtern, die das Universum der Gruppen erschließen, mit denen man zu arbeiten beabsichtigt. Eine solche Aufstellung wird durch informelle Kontakte mit den Bewohnern der betreffenden Gegend durchgeführt. Es werden die Wörter aufgenommen, die nicht nur am meisten sinngeladen sind, somit auch einen stark emotionellen Inhalt haben, sondern auch die typischen Volksausdrücke. Diese Phase ist sehr aufschlußreich für das Erzieherteam, einmal, weil dadurch Kontakte und Beziehungen zur Bevölkerung geknüpft werden, zum anderen, weil häufig ein ungeahnter Reichtum der Volkssprache sich dabei zeigt.
Die Gespräche zeigen Wünsche, Frustrationen, Mißtrauen und Hoffnungen, Mitteilungsbedürfnis sowie auch stark ins Ästhetische gehende Aspekte der Volkssprache. Aus diesem Wörteruniversum sollten die Schlüsselwörter entstehen, nicht aus einer von den Erziehern getätigten Auswahl, so gut diese auch technisch ausgeführt wäre.
2. Die zweite Phase ist die Auswahl der Wörter aus dem Wörteruniversum. Für diese Auswahl gibt es drei verschiedene Kriterien:
a) Das „phonetische Kriterium": die Wörter sollen durch einfache Umformung der Silben alle möglichen Kombinationen der Sprache enthalten (16 bis 20 Wörter sind für Portugiesisch ausreichend).
b) Das Vokabular muß eine Konfrontation mit den sozialen, politischen und ökonomischen Realitäten ermöglichen, um eine geistige und emotionelle Stimulation zu bewirken.
c) Das Vokabular soll den Schüler befähigen, von einfachen Buchstaben und Silben zu komplexen Wörtern zu kommen.
Einige Schlüsselwörter, wie sie in einem Elendsviertel von Rio de Janeiro zusammengetragen wurden:
Favela — Elendsviertel
Chuva — Regen
Comida — Essen
Poço — Brunnen, Zapfstelle
Trabalho — Arbeit
Salário — Lohn
Enxada — Hacke
Tijolo — Ziegelstein
Riqueza — Reichtum
Diese Schlüsselwörter, in denen sich die Existenzprobleme am klarsten manifestieren, führen am unmittelbarsten zur Konfrontation mit der sozialen, kulturellen und politischen Realität.

3. Die dritte Phase besteht darin, existentielle Situationen zu schaffen, die eine Herausforderung für die Gruppe bedeuten. Sie sind chiffrierte Problemsituationen, d. h. sie enthalten Elemente, die von der Gruppe dechiffriert werden sollen. Die von ihnen und über sie unter Mitwirkung des Koordinators angefachte Debatte wird die Gruppe dazu bringen, sich selber bewußt zu werden und sich gleichzeitig zu alphabetisieren.
4. Die vierte Phase verläuft in der Weise, daß die bisher gefundenen „Wörter" mittels Listen zusammengefaßt und festgehalten werden.
5. In der abschließenden, fünften Phase werden dann die erarbeiteten „Wörter" in Silben zerlegt, damit die zu Alphabetisierenden ihre eigenen „Wörter" finden können. Dabei werden die Anfangssilben mit anderen Vokabeln kombiniert und damit neue, eigene Wörter geformt. Die gemeinsam gefundenen klangähnlichen Silben werden dann weiter kopiert. Auf diese Weise nehmen die Lernwilligen nicht vorgefertigte Leseübungen, sondern Silbenmaterial mit, aus dem sie daheim neue Wörter bilden können, Wörter aus ihrem Alltagsvokabular, die dann wiederum gemeinsam entschlüsselt werden.
Damit lernen die Menschen zum ersten Male: Eine Lebenswirklichkeit kann man im Bild ausdrücken, in kritischer Distanz reflektieren, in Sprache übersetzen und schließlich in Schrift. Dadurch werden sie sich ihrer Lage bewußt und ihrer bislang schweigenden Unterordnung, gewinnen eine kritische Distanz zur herrschenden Gesellschaftsordnung und entwickeln zwangsläufig den Willen, sie zu verändern.
Paulo Freire selbst nennt seine Alphabetisierungsmethode „eine Art kollektiver Psychoanalyse".
Es ist deutlich, wie stark in dieser Analyse des Südamerikaners Freire eine koloniale oder nachkoloniale Situation vorausgesetzt ist. Trotzdem würde Freire bestreiten, daß seine Analyse nur das koloniale oder postkoloniale Bildungswesen trifft. Denn auf jeden Fall ist Bildung im depositären Sinn seiner Meinung nach Fütterung mit status-quo-orientierten Bildungsinhalten. Ihr Ziel ist dann die Anpassung der Lernenden an einen bestehenden gesellschaftlichen Zustand, an bestehende Herrschaftsverhältnisse und deren Stabilisierung. So gesehen, ist dieser Erziehungsvorgang selbst ein Vorgang der Fremdbestimmung, ist er Programmierung in des Wortes heutiger finsterster Doppelbedeutung.
Gibt es nun aber eine Alternative zu dieser „depositären Erziehung"? Freire bejaht diese Frage. Er sieht sie in dem Prozeß der „Konszientisation", der Bewußtwerdung und Bewußtseinsbildung, der der gängigen Vorstellung von Erziehung als reiner Wissensvermittlung und Erziehung zur Anpassung diametral entgegengesetzt ist. Lernen ist für Freire nicht das „Fressen" fremden Wissens, sondern die befreiende Wahrnehmung der eigenen Lebenssituation als Problem und die Lösung dieses Problems in Reflexion und Aktion. Lehren ist dementsprechend nicht Programmieren, sondern „Problematisieren", nicht das Abkündigen von Antworten, sondern das Aufwerfen von Fragen, nicht Einnistung des Erziehers im Zögling, sondern Provokation des Zöglings durch den Erzieher zur Selbstbestimmung.
Paulo Freire will also nicht nur Wissen, sondern Bewußtsein, nicht nur Kenntnis, sondern vor allem Erkenntnis vermitteln. In der domestizierenden Erziehung ist der Lehrende Subjekt, der Lernende Objekt. In der emanzipierenden Erziehung ist jeder Subjekt und Objekt zugleich. In diesem Sinne ist Erziehung stets kulturelles Handeln mit dem Ziel der Befreiung. Dem dient freilich nicht die statisch-lineare „problemlösende", sondern die dialektische „problemformulierende" Erziehungsmethode. Deshalb nannte Freire seine beiden ersten Bücher: „Erziehung als Praxis der Freiheit" und „Pädagogik der Unterdrückten" (deutsch: 1971 im Kreuz-Verlag Stuttgart/Berlin).
Es ist sicherlich nicht leicht, diese Methode in andere Verhältnisse zu übertragen oder für sie auszuwerten. Einen guten Teil ihrer Wirksamkeit bezieht sie aus den Eigenheiten der lateinamerikanischen Situation. Hinzu kommt, daß sich der Alphabetisierungswille und das politische Emanzipationsbedürfnis in Südamerika nicht selten verbünden und so der Freireschen Methode zugute kommen: ich lerne lesen und schreiben, um mich zu befreien. Ich befreie mich im Prozeß des Lesen- und Schreibenlernens und gewinne so die ersten Schritte in die Freiheit.
Wie sieht nun Freires befreiende Methode in der Praxis aus? Er selbst und die von ihm ausgebildeten Lehrer gehen auf die rückständigen Dörfer und beweisen, daß Analphabeten in etwa 40 Stunden lesen können, wenn – und das ist entscheidend – die ersten Wörter, die entziffert werden, eine wichtige (sozial-) politische Bedeutung haben. Diese Schlüsselwörter und „generativen Themen" müssen „revolutionär" sein, wenn sie der tristen Wirklichkeit tatsächlich entsprechen sollen und auf die Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins und der Verhältnisse zielen.
Emanzipatorische Pädagogik und gesellschaftliche Umwälzung gehören in dieser Sicht unlöslich zusammen.
Für Freire ist die Befreiung „ein Geburtsvorgang, und zwar ein schmerzvoller. Der Mensch, der zur Welt kommt, ist ein neuer Mensch, der nur lebensfähig ist, sofern der Widerspruch Unterdrücker – Unterdrückter von der Humanisierung aller Menschen überholt wird ... Dann ist er nicht länger ein Unterdrückter und auch nicht länger ein Unterdrücker, sondern ein Mensch im Vollzug seiner Freiheit." Wer sich gegen diese Humanisierung wehrt, ist gegen ihn – und seine Erfahrungen weisen aus, daß es nahezu überall die staatlichen Institutionen sind. Darum ist Freire — wie auch Illich – gegen die heute institutionalisierte Schule, weil sie in ihr nur die Bestätigung der bestehenden Gesellschaftsordnung erkennen können.
Freires pädagogisches Programm, seine „politische Alphabetisierung", ist somit eine bewußte Herausforderung: für die traditionellen Bildungssysteme Europas ebenso wie für die Erziehungskonzepte, die in der Dritten Welt heute wirksam sind. Freires pädagogisches Programm ist zugleich ein politisches: Er entlarvt die Schule als bevorzugtes Instrument der sozialen Kontrolle im Sinne der Herrschenden. Diese Rolle spielt das Schulsystem sowohl in demokratischen Ländern des Westens wie auch in den sozialistischen Gesellschaften des Ostblocks. Entwicklungspolitik exportiert die versklavenden Bildungskonzepte der reichen Länder in die Entwicklungsländer, um diese weiter in Abhängigkeit und Unmündigkeit zu halten. Erst durch Freire werden die Perspektiven „befreiender Erziehung" und ihre sozial-politische Sprengkraft erkennbar. Die „subversive" Kraft seiner Pädagogik ist gerade auch für die nur scheinbar freiheitliche Bildungspolitik des demokratischen Europas von unabsehbaren Konsequenzen.

aus : Zeitschrift für Kulturaustausch, Stuttgart, 2/1972

Serie: Indonesien (3)

Die Bedeutung des indonesischen Erdöls

1. Das indonesische Erdöl auf dem Weltmarkt

1971 betrugen die geschätzten Erdölvorkommen der Welt 85,2 Mrd. t (1), die Indonesiens etwa 1,46 Mrd. t, das entspricht einem Anteil an den Weltreserven von 1,71 %. Auf den ersten Blick sieht das recht bescheiden aus. Da aber noch zahlreiche Bohrungen laufen und regelmäßig neue in Angriff genommen werden, ist damit zu rechnen, daß dieser Prozentsatz in den nächsten Jahren bedeutend anwachsen wird. (2) Eine systematische Suche nach Ölquellen gibt es erst seit 1967, als sich die staatliche Erdölgesellschaft, die Pertamina, konstituierte. Das indonesische Erdöl zeichnet sich wegen seines extrem niedrigen Schwefelgehaltes durch höchste Qualität aus. (3) Indonesien ist zur Zeit der neuntgrößte Erdölproduzent der Welt und der größte im südostasiatischen Raum. (4) 1970 betrug der tatsächliche Anteil Indonesiens an der Weltförderung etwa 5,56 %. Bis 1975 soll sich die indonesische Fördermenge mehr als verdoppeln, nämlich von 362,0 Mio. Fass (im Jahre 1971) auf etwa 740 Mio. Fass.

1971 gingen 60 % des exportierten Öls nach Japan, das damit 10 % seines Bedarfs deckte, 10 % gingen in die USA, 6 % nach Australien und den Philippinen und 10 % diente der Deckung des indonesischen Eigenbedarfs.

Experten schätzen den Anteil Südostasiens an der Weltförderung im Jahre 1975 auf 33-34 %. (5)

Mit der wachsenden Bedeutung Indonesiens am Welterdölmarkt wird auch das Interesse der Großverbraucher indonesischen Erdöls, vor allem also Japans und der USA, an der "Stabilität" dieses asiatischen Landes zunehmen.

2. Die Bedeutung der Erdölexporte für den indonesischen Staatshaushalt

Der Anteil des Erdöls an den gesamten indonesischen Exporterlösen erhöhte sich zwischen 1966 und 1972 von 30 % auf [illegible] %, in absoluten Werten von 215 Mio. US-Dollar auf 1014 Mio. US-Dollar.

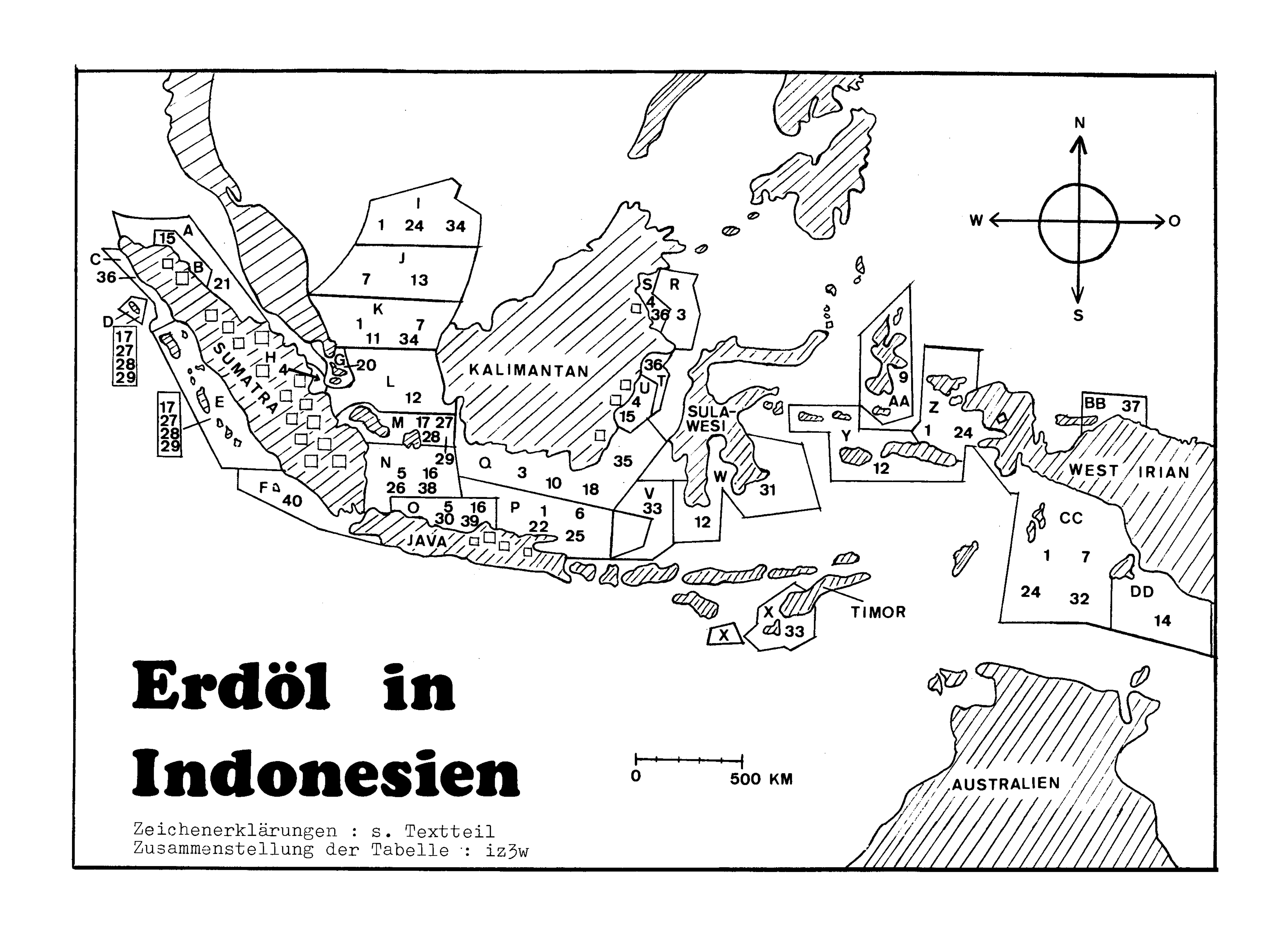
Bis 1975 kann der Anteil der Ölexporte an den Gesamtausfuhren auf etwa 75 % ansteigen. Damit spielen die Einnahmen des indonesischen Staates aus den Erdölexporten eine zunehmend wichtige Rolle zur Finanzierung des Staatsbudgets (das im Rechnungsjahr März 1972 bis März 1973 ein Volumen von 1,38 Mrd. US-Dollar aufwies). Während im Jahre 1966 der ordentliche Haushalt zu 6 % durch die Einnahmen aus Erdölexporten finanziert wurde, beträgt dieser Anteil mittlerweile über 40 % und dürfte schon im laufenden Haushaltsjahr die 50 %-Marke überschreiten (6), wenn man die Prognosen der Ölproduktion (vgl. Tabelle 1) zugrunde legt.

3. Die Erdölunternehmen in Indonesien (7)

In Indonesien haben nahezu alle großen Erdölkonzerne der Welt Konzessionen zur Suche und zur Förderung erhalten. Da die meisten Gebiete sich noch im Stadium der Erschließung befinden, bleibt zur Zeit der Großteil der Förderung auf die beiden US-amerikanischen Konzerne Stanvac (eine Tochtergesellschaft der Standard Oil) und Caltex beschränkt. Caltex hatte im Jahre 1967 72 % der Gesamtproduktion inne, 1970 erhöhte sich ihr Anteil auf 82 %, während in diesem Jahr auf die Stanvac 6 % entfielen. Die restlichen 12 % förderten die Pertamina und die ihr angeschlossenen Konzessionäre, die seit 1967 alle unter ihrer Regie operieren. Stanvac ist der älteste Konzessionär Indonesiens; vor 1965 teilte sie sich die Ausbeute im wesentlichen nur mit der Royal Dutch Shell, deren Anteile aber im Laufe der letzten Jahre von der Pertamina für 100 Mio. US-Dollar erworben wurden. 1967 betrug der Förderanteil von Stanvac, die neben der Caltex als einzige Gesellschaft unabhängig von der Pertamina operiert, noch 12 %. Die Stanvac bemüht sich jetzt um neue Konzessionsgebiete.

Die folgende Karte zeigt die Konzessionsgebiete, in denen die folgenden Gesellschaften Bohrrechte erworben haben. (8)

1 = Ashland-Oil & Refining, USA
2 = AGIP, Italien
3 = British Petrol (BP), Großbritannien
4 = CFP-Total, Frankreich
5 = Carver Dodge International, USA
6 = Cities-Service, USA
7 = Continental-Oil, USA
8 = Carver Dodge Oil, USA



Erdöl in Indonesien

Zeichenerklärungen : s. Textteil
Zusammenstellung der Tabelle : iz3w

9 = Dearborn Computer and Marina, USA
10 = Deminex AG, Bundesrepublik Deutschland
11 = Frontier Petroleum, Frankreich
12 = Gulf-Oil, USA
13 = Getty-Oil, USA
14 = Hartog Oil
15 = Japex-Oil (eine aus Nippon, Yamaha und anderen japanischen Konzernen gebildete Gemeinschaftsgesellschaft für Erdöl)
16 = Iiapco-Oil
17 = Jenny-Manufacturing
18 = Kynshu, Japan
19 = Kenneth-McMahon, USA
20 = Kondur
21 = Mobil-Oil, USA
22 = Monsauto-Chemical
23 = Pan Ocean Oil, USA
24 = Philips-Oil, USA
25 = Robina Oil
26 = Reading and Bates
27 = Santa Fee International, USA
28 = States Marine Lines
29 = Syracus Oil, Italien
30 = Sinclair Exploration
31 = Suth-East-Asia Oil & Gas
32 = Superior Oil
33 = Texaco-Chevron-Caltex, USA
34 = Tenneco, USA
35 = Union Carbide
36 = Union Oil Company of California, USA
37 = Dr. Wendel-Philips, USA
38 = Warrior International
39 = Warrior-Oil
40 = White Shield-Konzern

Erklärungen zur Karte:

- Die Buchstaben (A,B,C ... Z ... DD) geben die Konzessionsblöcke an. Zur Größe der einzelnen Blocks zwei Beispiele: Block N hat 21.000, Block P 52.000 Quadratmeilen.
- Die Ziffern in den Konzessionsgebieten bezeichnen die dort tätigen Firmen. Die Bezifferung der Firmen ist in der Karte dieselbe wie in der Aufstellung.
- Die schräg gestrichelten Flächen stellen Landfläche (Inseln) dar.
- Die eingezeichneten ☐ (vor allem auf Sumatra) kennzeichnen Ölfelder, die auf dem Land liegen.

Aus Karte und Aufstellung ist ein deutliches Übergewicht von US-Firmen im indonesischen Erdölsektor ersichtlich.

Wie aus der Karte ersichtlich, handelt es sich bei den indonesischen Ölvorkommen ganz überwiegend um sog. off-shore oil, d.h. die Vorkommen befinden sich nicht auf der Landfläche, sondern in den küstennahen Gewässern.

In letzter Zeit versucht der Shell-Konzern wieder verstärkt, ins Indonesien-Geschäft zu kommen, ist bisher allerdings noch nicht über das Stadium der Versuchsbohrungen hinausgekommen. Das Engagement der BRD-Firma Deminex AG ist nur von marginaler Bedeutung.

Im Sonderbericht der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) über Indonesien aus dem Jahre 1971 heißt es über die indonesische Zahlungsbilanz: "Die Zahlungsbilanz ist in ihren Relationen seit einigen Jahren unverändert. Der 1970 erzielte Handelsbilanzüberschuß in Höhe von 42 Mio. US-Dollar nimmt sich recht bescheiden aus verglichen mit dem traditionell hohen Defizit der Dienstleistungsbilanz, das sich auf 478 Mio. US-Dollar belief. Großes Gewicht kommt in dieser Teilbilanz den Frachten und den Gewinntransfers der ausländischen Ölgesellschaften zu: Die letztgenannte Position machte 1970 rund 29 % der Erdölexporte aus." (9) In absoluten Zahlen betrugen die offiziell (!) aus Indonesien transferierten Gewinne des Ölsektors 1970/71 129 Mio. US-Dollar, 1971/72 182 Mio. US-Dollar und sollen, aufgrund von Schätzungen der künftigen Preis- und Produktionssteigerungen, 1972/73 auf etwa 320 Mio. US-Dollar anwachsen. (10)



Off-shore Ölproduktion in Indonesien

Wenn allein die Gewinntransfers der Erdölkonzerne einen so bedeutenden Anteil der gesamten Exporterlöse des Ölsektors ausmachen, kann man sich die Gewinnhöhe der Konzerne in etwa ausmalen; zumal wenn man einerseits bedenkt, daß ja gewöhnlich nicht alle Gewinne transferiert (sondern z.T. für weitere Versuchsbohrungen verwendet) werden und daß andererseits mit dem indonesischen Öl auch außerhalb des Landes, durch Raffinement und Handel, noch weitere Gewinne erzielt werden.

Ausländische Ölkonzessionäre haben seit 1968 in die Entdeckung und Erschließung indonesischer Ölfelder 700 Mio. US-Dollar investiert, im Jahre 1972 allein 237 Mio. US-Dollar. (11) Der Anteil der ausländischen Investi-

tionen im Ölsektor an den gesamten Auslandsinvestitionen in Indonesien betrug in den letzten Jahren etwa 40 %. (12)

Der Ölsektor als derjenige indonesische Wirtschaftszweig, in den in den letzten Jahren bei weitem am meisten Kapital geflossen ist, bietet fast keine Arbeitsplätze: Die Pertamina, darin eingeschlossen alle unter ihrer Regie arbeitenden ausländischen Konzessionäre, beschäftigt 36 000 Personen, die Caltex lediglich 4 000 (einschließlich der etwa 100 Ausländer) und Stanvac nur einige hundert. Schätzungen zufolge gibt es im indonesischen Ölsektor insgesamt nur 42 000 Beschäftigte, was gemessen an der Gesamtbeschäftigtenzahl Indonesiens einem Anteil von 0,2 % entspricht. (13)

4. Die Rolle der Pertamina im indonesischen Staatsapparat

Die staatliche Erdölgesellschaft Pertamina ging 1967 aus dem Zusammenschluß aller inländischen Erdölgesellschaften hervor. Sie allein vergibt in Indonesien Erdöllizenzen und ihre Aufgabe ist es auch, die Bedingungen für solche Lizenzen festzulegen bzw. auszuhandeln. Unter der Regie der Pertamina findet die Ausbeutung der Ölfelder sowie die Suche nach neuen Feldern und deren Erschließung statt. (Nur Caltex und Stanvac dürfen selbständig operieren; s.o.)

Die Konzessionsbedingungen sehen in der Regel vor, daß 40 % der durch den Verkauf des Öls erzielten Gewinne für die laufenden Investitionen, für die Erforschung weiterer Ölfelder und deren Erschließung zu reinvestieren sind. Von den verbleibenden 60 % der Gewinne sind bei einer täglichen Fördermenge bis zu 50 000 Fass 60 % an die Pertamina abzuführen. Bei über 50 000 Fass pro Tag beträgt dieser Anteil 65 % und kann mit steigender Fördermenge bis auf 70 % anwachsen.

Die Kosten für Erforschung und Erschließung von Ölquellen können allerdings nach einem festgelegten System von den abzuführenden Gewinnen abgezogen werden.

Bei einer Tagesproduktion von über 100 000 Fass wird vom ausländischen Investor die Errichtung einer petrochemischen Anlage oder einer Raffinerie erwartet. Für 500 bis 600 Quadratmeilen Konzessionsgebiet muß eine ausländische Ölgesellschaft 50 000 US-Dollar Konzessionsgebühren an Pertamina zahlen.

Die Pertamina hat außer ihren Einnahmen aus Verträgen mit den ausländischen Konzernen (die 60 % ihrer Gesamteinnahmen ausmachen) noch beträchtliche sonstige Mittel zur Verfügung. Sie verfügt über eigene Förderfelder und -einrichtungen, zwei eigene Tankerflotten (The Tugu-Tanker, registriert in Hongkong, und The Indonesien Tanker, die gut 100 Schiffe mit einer Gesamttonnage von über 1 Million Bruttoregistertonnen umfassen; 14), eine Versicherungsgesellschaft in Hongkong, ein Hotel in Djakarta, ein Reisebüro und ein indonesisches Spezialitätenrestaurant in New York u.a. (15). Offiziell hat die Pertamina 60 % ihrer Einnahmen aus dem Ölgeschäft an das Finanzministerium abzuführen. Der Chef der Pertamina, General Sutowo, bestimmt dabei faktisch aber selbst, wieviel diese 60 % sind, denn seine Buchführung legt er nicht einmal gegenüber der Regierung in Djakarta offen, weil, so Sutowo, "diese Bürokraten in Djakarta doch nur alles verpulvern würden" (16). Statt dessen verwendet die Pertamina den Großteil ihrer Einnahmen nach Gutdünken ihres Chefs, der z.B. mehrere luxuriöse Häuser, eine Flotte teuerster Limousinen und Privatflugzeuge sein eigen nennt und der für das Hochzeitsfest seiner Tochter DM 240.000 auszugeben beliebte. (17) Wichtiger als solche privaten "Belustigungen" des Ölgenerals sind aber die gesellschaftspolitischen Funktionen, die die Pertamina wahrnimmt, deren wichtigste darin



Öl-General Sutowo

besteht, daß die indonesische Armee ganz wesentlich über "unsichtbare Konten" der Pertamina finanziert wird. (18) In Indonesien ist das ein offenes Geheimnis: man weiß, daß die im ordentlichen Haushalt angegebenen Mittel zur Unterhaltung der Armee niemals ausreichen würden, man weiß, daß für die indonesischen Kommandeure schon lange eine "Selbstfinanzierung" von mindestens 40 % ihrer Ausgaben eine Existenznotwendigkeit ist. Hier springt die Pertamina ein, und diese ihre Politik hat sie zum "Staat im Staat" werden lassen. Für die Regierung in Djakarta ist es nicht sicher, ob sich nicht einzelne Armeeteile dem großzügigen Ölgeneral loyaler verbunden fühlen als dem Präsidentengeneral Suharto. Allerdings hat diese "gefährliche" Konstellation bisher zu keinen größeren Konflikten geführt, es handelt sich mehr um Meinungsverschiedenheiten innerhalb der relativ homogenen, weil westlich orientierten, tech-

nokratischen Führungsgruppe Indonesiens.

Zusammenfassend läßt sich sagen: die staatliche indonesische Erdölgesellschaft Pertamina verfolgt gegenüber den internationalen Ölkonzernen eine recht harte Linie, sie versucht, einen möglichst großen Anteil an den Einnahmen aus dem Ölgeschäft in die eigenen Kassen zu bekommen. Der Beitrag der Pertamina zum indonesischen Staatshaushalt beträgt mittlerweile ca. 50 %; dieser Anteil könnte aber bedeutend höher sein, wenn der Pertamina-Chef nicht eine selbständige Politik zu betreiben versuchte. Diese Politik besteht ganz wesentlich darin, die indonesische Armee zu finanzieren und damit jene Kraft zu stärken (19), die die Unterdrückung des indonesischen Volkes aufrechterhält. Auf diese Weise bringt der Reichtum Indonesiens, in diesem Falle das Erdöl, dem indonesischen Volk keinen Vorteil. Im Gegenteil: indirekt, nämlich über die Pertamina, hilft es, seine Knechtschaft zu verlängern.

hf

---

1) Öldorado 1972, hrsg. von der ESSO AG, Hamburg, April 1972

2) Indonesisches Generalkonsulat (Hrsg.), Indonesien. Geographie und Wirtschaft, Hamburg, März 1973, S. 26

3) Vgl. etwa Neue Zürcher Zeitung vom 22.7.71

4) ebd.; vgl. auch Anhang Tabelle 1

5) Vgl. Le Monde vom 14.11.72; zu diesem hohen Prozentsatz werden aber vor allem auch solche Vorkommen beitragen, die zwar schon einige Zeit entdeckt sind, deren Förderung aber erst noch anläuft. Nach Untersuchungsberichten von Geologen und Ozeanographen liegen unter dem Meeresboden von Singapur bis Kiuschu (der südlichsten der vier großen japanischen Inseln) Ölvorkommen, deren Ergiebigkeit der des Nahen Ostens nicht nachsteht. (Vgl. etwa: P. Crome, Südostasien fiebert im Ölrausch, in: Frankfurter Rundschau v. 24.9.70.) In vietnamesischen Küstengewässern geht die nähere Erforschung dieser Vorkommen nach dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens zügig voran. Allein in jüngster Zeit haben in Saigon 25 Ölkonzerne (darunter 18 US-amerikanische) um Explorationsrechte nachgesucht. (Vgl. Blick durch die Wirtschaft v. 6.6.73.)

6) Vgl. M. Semay, Oil and Mineral Developments, in: Bulletin of Indonesian Economic Studies, Nov. 1972, S. 133

7) Petroleum Press Service, London, Sept. 1970

8) Vgl. A. Hunter, Oil Developments, in: Bulletin of Indonesien Economic Studies, März 1971, S. 97 ff

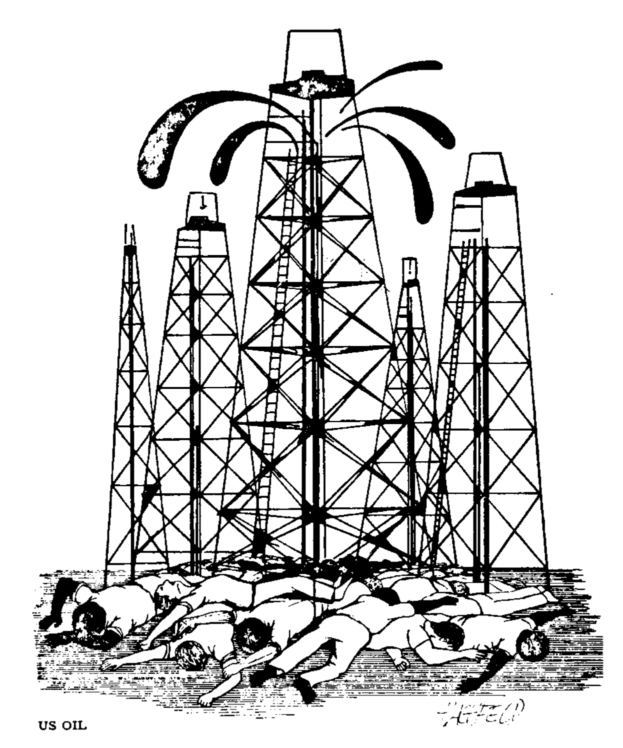
9) Die Zahlungsbilanz ist bekanntlich eine Zusammenfassung verschiedener Teilbilanzen. Eine solche Teilbilanz ist die sog. Handelsbilanz, in der der Export um Import von (sichtbaren) Produkten verbucht wird. In der Dienstleistungsbilanz wird der (als "unsichtbarer" Export und Import bezeichnete) Dienstleistungsverkehr festgehalten. Zu diesen Dienstleistungen werden u.a. Einnahmen aus dem internationalen Tourismus, Frachtkosten, die durch den Export und Import von Gütern entstehen, und Zinsen, Gewinne und Dividenden aus Kapitalanlagen im Ausland gerechnet; diese letzteren Posten werden dabei als "Entgelt für geleistete Kapitaldienste" gedeutet.

10) Vgl. Bulletin of Indonesien Economic Studies, Nov. 1972, S. 131

11) ebd.

12) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.9.73; die gesamten ausländischen Direktinvestitionen betrugen zwischen 1967 und 1971 1,73 Mrd. US-Dollar.

13) Vgl. Bulletin of Indonesien Economic Studies, Nov. 1972, S. 135



14) M. Semay, Oil and Mineral Developments, a.a.O., S. 134; im Dez. 1972 beispielsweise kaufte die Pertamina 2 Tanker bei der Rheinstahl-Nordseewerke GmbH. (Vgl. Blick durch die Wirtschaft v. 15.12.72)

15) Vgl. U. Grudinski, Der Ölgeneral und die Studenten, in: FAZ v. 27.1.70

16) Vgl. Marion Gräfin Dönhoff, Generäle ohne Uniform, in: Die Zeit v. 29.1.71

17) Vgl. U. Grudinski, a.a.O.
18) Vgl. etwa O. Rösner, Jagd nach neuen Ölquellen, in: Deutsche Zeitung/Christ und Welt v. 19.2.71 sowie U. Grudinski, a.a.O.

19) Neben der Finanzierung der Armee wird die Pertamina auch noch zum industriellen Unternehmer, sie baut die Straßennetze aus, bildet eigene Tankstellennetze, kauft Düngemittelfabriken und Hotels.

Tabelle 1: Erdölproduktion in Indonesien
in Mio. Fass

Jahr:	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Produktion	169,8	177,0	170,5	168,1	219,9	270,9
Jahr:	1970	1971	1972[x)]	1973	1974	1975
Produktion	310,9	362,0	420,0	580,0	650,0	740,0

x) ab 1972 Schätzungen, zum Teil errechnet aus projektierten Tagesmengen.

Quellen:

1) H.H. Taake, Makro- und Sektoranalyse im Auftrag des BMZ, Bonn Nov. 1972, Anhang: Tabelle VIII b.
2) Indonesien: Geographie und Wirtschaft, hrsg. v. Indonesischem Generalkonsulat, Hamburg März 1973, S. 27/28.
3) Bulletin of Indonesian Economic Studies, Nov. 1972, S. 133.

Tabelle 2: Anteil des Ölexports am Gesamtexport Indonesiens

	1966		1970		1971 (a)		1972 (b)	
	Exportrate in Mio. US-Dollar	Anteil	Exportrate in Mio. US-Dollar	Anteil	Exportrate in Mio. US-Dollar	Anteil	Exportrate in Mio. US-Dollar	Anteil
Öl	215	30 %	434	37 %	515	39 %	1014	55 %
Rest (sonstiges)	499	70 %	739	63 %	792	61 %	821	45 %
Gesamt	714	100 %	1173	100 %	1307	100 %	1835	100 %

a) Vorläufiger Jahresabschluß.
b) Statistischer Mittelwert aus vier ermittelten Monaten des Jahres.

Quellen:

1) Bulletin of Indonesian Economic Studies, Nov. 1972, S. 131.
2) Economic Data of Investors, Bank Indonesia 1972.

(Fortsetzung auf S.29)

Nordkorea
Nationalismus und Entwicklung

NATIONALISMUS UND ENTWICKLUNG IN NORDKOREA

von Gerhard Breidenstein

Der Verfasser war durch Vermittlung von "Dienste in Übersee" von 1968 bis 1971 als Dozent in Seoul tätig

Die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK), wie der offizielle Name für die nördliche Hälfte des geteilten Koreas lautet, ist im "Westen" so gut wie völlig unbekannt. Dies trifft jedoch nicht zu für die sogenannte "Dritte Welt". In afrikanischen Zeitschriften findet man doppelseitige Anzeigen mit dem Bild Kim Il-Sungs, des Präsidenten der DVR Korea und Vorsitzenden der dortigen kommunistischen "Partei der Arbeit", Artikel erläutern seine Idee des Chuch'e und Zeitungen bringen immer wieder Nachrichten aus Pyongyang, der Hauptstadt Nordkoreas. Nordkoreanische Zeitungen ihrerseits berichten fast jede Woche von Besuchen afrikanischer, arabischer oder lateinamerikanischer Delegationen, die gekommen sind, um die enormen Leistungen dieses kleinen Volkes (15 Millionen Einwohner) auf dem Gebiet der Industrialisierung, der Modernisierung der Landwirtschaft und der umfassenden sozialen Entwicklung zu bewundern. Es sieht so aus, als ob die Demokratische Volksrepublik Korea - ähnlich wie China - zu einem ernst zu nehmenden Entwicklungsmodell für die "Dritte Welt" geworden sei.

Entwicklungserfolge

Bevor ich die Rolle der in Nordkorea sehr stark betonten nationalen Ideologie im Entwicklungsprozeß darstelle und diskutiere, soll kurz skizziert werden, was die bisherigen Entwicklungsleistungen der Demokratischen Volksrepublik Korea sind.

Als 1945 Korea von 35 Jahren japanischer Kolonialherrschaft befreit wurde, hinterließen die Japaner zwar ein relativ weit entwickeltes Infrastruktursystem und im Norden der Halbinsel Ansätze zu einer Industrialisierung, aber die koreanische Wirtschaft war so einseitig auf die Bedürfnisse der japanischen Wirtschaft ausgerichtet (Export von Reis und Rohstoffen), daß die Basis für eine selbständige wirtschaftliche Entwicklung erst geschaffen werden mußte. Höhere Verwaltungs- und Leitungsfunktionen waren den Japanern vorbehalten gewesen, und nur etwa 20 % der Bevölkerung hatten eine (japanische!) Schulbildung erhalten. So war Korea 1945 zweifellos ein nichtentwickeltes, bis zur nackten Armut ausgebeutetes Land, das zudem mit Bodenschätzen und klimatischen Bedingungen nicht gerade günstig ausgestattet war. 1953, am Ende des Koreakrieges, war Korea darüber hinaus ein verwüstetes Land, dessen Städte und Industrieanlagen im Norden von der amerikanischen Luftwaffe völlig zerbombt worden waren.

Heute hat die DVR Korea eine voll ausgebaute Schwerindustrie, mit einer Maschinenbauindustrie, die fast den gesamten eigenen Investitionsgüterbedarf deckt und sogar nach Osteuropa Werkzeugmaschinen exportiert; eine leistungsfähige Leicht- und Bauindustrie, die die elementaren Grundbedürfnisse der Bevölkerung deckt; eine modern durchorganisierte und sehr weit mechanisierte und elektrifizierte Landwirtschaft, die das Volk befriedigend ernährt; eine 90- bis 100 %ige Alphabetisierung, eine 9- bis 10jährige allgemeine Schulpflicht und kostenlose Erziehung von der Kinderkrippe bis zur Universität; staatlichen Wohnungsbau in den Slum-freien Städten und auf den Dörfern; ein gut ausgebautes Gesundheitswesen in Stadt und Land; und eine alle Bevölkerungsschichten erfassende kulturelle Aktivität.

Die DVR Korea bezeichnet sich seit 1970 als sozialistischen Industriestaat. Das mag etwas übertrieben sein. Aber westliche Berechnungen des nordkoreanischen pro-Kopf-Einkommens geben diesem schon für 1964 einen Wert von etwa 2/5 des sowjetischen und 1/3 dessen der DDR, und schätzen es für 1966 auf etwa 300 US-Dollar. Es dürfte 1972 nach vorsichtiger Schätzung bei 450 US-Dollar gelegen haben, aber eher höher. Nach diesem groben Maßstab, aber eher noch nach den oben skizzierten Entwicklungserfolgen, gehört die DVR Korea zweifellos zu den am weitesten fortgeschrittenen "Entwicklungsländern". Das sozialistische Nordkorea ist außerdem deutlich weiter und besser entwickelt als das kapitalistische Südkorea.

Die Ideologie der nationalen Eigenständigkeit

Man kann sich vorstellen, wie die Delegationen aus Afrika und Lateinamerika die Nordkoreaner immer wieder fragen: "Wie habt Ihr das gemacht?" Die typische nordkoreanische Antwort darauf lautet: "Wir haben alles aus eigener Kraft geschaffen unter der weisen Führung unseres verehrten Führers Genosse Kim Il-Sung." Und es würde sich ein längerer Vortrag über den Gehalt der Chuch'e-Idee anschließen, die Kim Il-Sung seit den frühen sechziger Jahren in das Zentrum der nordkoreanischen Ideologie gerückt hat, die im übrigen aber marxistisch-leninistisch ausgerichtet ist.

Der zentrale Begriff Chuch'e (auch Juche geschrieben, sprich "dschutsche") ist schwer zu übersetzen. Es wird englisch mit self-reliance oder self-respect wiedergegeben und ist am besten mit Eigenständigkeit zu verdeutschen. Er wird entfaltet als ideologische Selbständigkeit, außenpolitische Unabhängigkeit, wirtschaftliche Autarkie und militärische Selbstverteidigung. Seine Bedeutung für Korea kann man nur verstehen, wenn man den historischen Hintergrund und die geographische Lage des Landes bedenkt.

Die kleine, an die ostasiatische Landmasse angehängte koreanische Halbinsel stand jahrhundertelang unter der politischen und kulturellen Vorherrschaft Chinas. Die Oberschicht hielt stets die Kultur des großen Nachbarn für überlegen und übernahm mit ihrer Schrift auch ihre Philosophie, Kunst und Sitte. Seit Beginn unseres Jahrhunderts nötigten die Japaner Korea unter ihre Herrschaft, die sie in demütigender Weise ausübten. Erst die Niederlage Japans brachte Korea Freiheit - und zugleich neue Fremdherrschaft. Im Süden errichteten die Amerikaner eine Militärregierung, verboten alle Eigeninitiativen der Koreaner, etablierten "ihren Mann", Syngman Rhee, griffen 1950 in den koreanischen Bürgerkrieg ein und prägten durch dauernde massenhafte Präsenz wie durch Rat und "Vorbild" dem Leben im Süden den Stempel des American way of life auf.

Nördlich der künstlichen Verwaltungsgrenze des 38. Breitengrades dominierten die Sowjets, die freilich den Koreanern mehr Spielraum ließen und sich eher aus dem Lande zurückzogen (1948). Aber auch im Norden hieß es zunächst und entsprechend: "Lernt von der großen Sowjetunion!", dem geographischen Nachbarn im Nordosten und nun ideologischen Vorbild für die koreanischen Kommunisten. Nachdem die Chinesen Nordkorea vor der totalen Niederlage durch die Amerikaner gerettet hatten, gewannen dann sie bis Ende der fünfziger Jahre großen Einfluß.

Diesen geschichtlichen Hintergrund muß man berücksichtigen, wenn man verstehen will, was es heißt, daß von 1955 an und verstärkt seit der Mitte der sechziger Jahre die Idee des Chuch'e, das Prinzip der nationalen Eigenständigkeit, in den Mittelpunkt der Ideologie und Politik der DVR Korea gerückt wurde. "Die Errichtung des Chuch'e heißt an dem Prinzip festhalten, alle Probleme der Revolution und des Aufbaus selbst zu lösen in Übereinstimmung mit den tatsächlichen Bedingungen zu Hause und hauptsächlich durch eigene Anstrengungen. Das ist eine realistische und schöpferische Position, die sich gegen den Dogmatismus stellt und die universelle Wahrheit des Marxismus-Leninismus und die Erfahrungen der internationalen revolutionären Bewegung auf das eigene Land im Einklang mit seinen geschichtlichen Bedingungen und nationalen Besonderheiten anwendet. Es ist ein unabhängiger Standpunkt, der die Abhängigkeit von anderen verwirft, den Geist der Selbständigkeit entfaltet und unter allen Umständen eigene Probleme in eigener Verantwortung löst." So erläuterte Kim Il-Sung die Idee des Chuch'e 1965 in einem Vortrag in Indonesien.

Der Gedanke selbst ist sicher nicht unbedingt originell. Aber es blieb nicht nur bei der Idee. In der Außenpolitik ist es den Nordkoreanern - entgegen "westlichen" Klischees - tatsächlich gelungen, im sowjetisch-chinesischen Konflikt einen unabhängigen Kurs zu steuern. Obgleich sie ideologisch China nähersteht, ist die DVR Korea heute niemandes Satellit. In der Verteidigungspolitik ist Nordkorea sicher noch auf sowjetische, vielleicht auch chinesische Lieferungen komplizierter Waffen angewiesen; fremde Truppen aber stehen seit 1958 nicht mehr auf nordkoreanischem Boden, obgleich es in den sechziger Jahren eine ernsthafte Bedrohung aus dem Süden gab. Wirtschaftspolitisch führte Chuch'e - gegen sowjetischen Widerstand! - zu einer forcierten Entwicklung einer eigenen Maschinenbauindustrie. Bereits 1965 behauptete Kim Il-Sung, daß die Selbstversorgung mit Investitionsgütern 94 % erreicht habe. Andererseits blieb Nordkorea mangels eigener Bodenschätze hinsichtlich der Rohstoffe sehr abhängig, und eine 60- bis 70 %ige Selbstversorgung mit Rohstoffen wurde 1970 als Ziel für die Zukunft gesetzt. Jedoch legen die Nordkoreaner großen Wert darauf, ihren Importbedarf mit entsprechendem Export zu decken. Tatsächlich bekommen sie heute wohl keine Kredite oder sonstige Entwicklungshilfe mehr. Die Aufbauhilfe, die Nordkorea nach dem Koreakrieg aus Osteuropa, von der Sowjetunion und China erhielt, dauerte nur wenige Jahre. Kreditäre Hilfe endete, soweit wir wissen, Mitte der sechziger Jahre.

Von dem Geist selbständiger wirtschaftlicher Entwicklung werden heute in der DVR Korea zahlreiche Geschichten, geradezu Legenden, erzählt. So von dem Bau des ersten Traktors, der dadurch zustande kam, daß man einen in der Sowjetunion gekauften Traktor auseinandernahm, Stück für Stück kopierte, und dann zusammenbastelte. Daß er zunächst nur rückwärts fuhr, ist die ironische Pointe dieser selbstbewußten Episode. Die Konsequenz dieser Einstellung ist, daß die Nordkoreaner heute Traktoren, Bagger, Räumer, Kräne, Turbinen, Transformatoren, Lastwagen, Lokomotiven, Schiffe, Pressen, Drehbänke usw. selbst herstellen und sie nicht - wie fast alle Entwicklungsländer - mit teuren und dazu geliehenen Devisen einkaufen muß. Darüber kam die Landwirtschaft nicht zu kurz. Während das landwirtschaftliche Südkorea alljährlich über 20 % seines Getreidebedarfs importieren muß, kann Nordkorea sich vollständig selbst ernähren.

Zweifellos wird im Interesse der Chuch'e-Ideologie vieles übertrieben oder verschleiert. Besonders kraß geschieht dies in der Geschichtsschreibung, wo zum Beispiel die Rolle der sowjetischen Armee bei der Niederwerfung der Japaner oder die der chinesischen Truppen beim Zurücktreiben der Amerikaner bis zum 38. Breitengrad mit keinem Wort erwähnt werden, damit der Ruhm der eigenen Partisanen bzw. der der eigenen Soldaten - und d.h. vor allem die Glorie des "genialen und unbesiegbaren Führers Kim Il-Sung" - nicht geschmälert wird. Aber, so argumentiert einmal Kim Il-Sung indirekt, wie sollte ein Volk sich selbst finden können, wenn es seine entscheidenden Erfolge anderen verdanken soll?

Eine der positiven Seiten dieses Kultes des nationalen Bewußtseins ist im nordkoreanischen Kulturleben erkennbar. Das Studium, die Pflege und Modernisierung der eigenen, spezifisch koreanischen Tradition führte zur Entfaltung einer wirklich koreanischen Kultur-Identität, die wohl einmalig in der Geschichte dieses Volkes ist.

Von bedeutsamer Konsequenz war die Chuch'e-Idee schließlich in der Wiedervereinigungspolitik. Während Südkorea immer die Verantwortung der Großmächte und der Vereinten Nationen für die Wiedervereinigung des Landes beschworen hatte, erklärte Kim Il-Sung schon seit vielen Jahren, diese könne nur Sache der Koreaner selbst sein. Dieser Gedanke und daraus resultierende innerkoreanische Verhandlungen wurden 1972 erstmals von Südkorea akzeptiert und in dem aufsehenerregenden Nord-Süd-Abkommen vom 4. Juli 1972 als Prinzip der Wiedervereinigungspolitik verankert. Seit 1971 spricht nun auch Park Chung-Hee, der Präsident der Republik Korea, zunehmend von Chuch'e und Unabhängigkeit. Anscheinend hat er in seiner völlig von den USA und Japan abhängigen Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik so viele demütigende Erfahrungen gemacht und offenbar hat die Abhängigkeit der südkoreanischen Wirtschaft von ausländischen Krediten, Investitionen und Importen derart beängstigend zugenommen, daß nun auch Park Chung-Hee sich stärker auf die nationalen Eigeninteressen Koreas besinnt und deshalb Kontakte mit den nach wie vor gehaßten Kommunisten im Norden sucht.



Nationalismus - eine Notwendigkeit

Das Streben der Nordkoreaner nach Unabhängigkeit und eigener Identität, das in der Dritten Welt zunehmend Parallelen und Nachahmung findet, wird mit dem Begriff "Nationalismus" sicher unzureichend bezeichnet, jedenfalls dann, wenn wir sofort unsere europäischen und speziell deutschen Erfahrungen damit verknüpfen. Es wird ja in der Entwicklungsdiskussion seit einiger Zeit eingeräumt, daß Nationalismus zum Nation-Building, d.h. zur Überwindung eines entwicklungshemmenden ethnischen und regionalen Partikularismus oder - im chinesischen Kulturraum - zur Überbietung der engen Familienloyalität, unumgänglich sei. Aber m.E. müssen noch drei weitere Aspekte, die am Beispiel Nordkoreas abzulesen sind, berücksichtigt werden.

Die erst kürzlich in den Modernisierungsprozeß eingetretenen Nationen stehen alle in der Versuchung, in den Sog der europäisch-amerikanischen Kultur gezogen zu werden, weil diese zur Zeit in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft beeindruckend führt. Eine technologisch geprägte, uniforme Welteinheitskultur, die dabei zu entstehen im Begriffe ist, kann aber nicht in unserem Interesse sein. Die befruchtende Vielfalt der Kulturen wird nur erhalten bleiben, wenn einzelne, auch kleine Nationen ihre eigene Identität zu bewahren bzw. wiederherzustellen versuchen. Das wird nicht ohne "Nationalismus" möglich sein.

Des weiteren scheint eine "nationalistische" Besinnung auf die eigenen Kräfte das vielleicht wichtigste Hilfsmittel, bisher ungenutzte Entwicklungspotenzen in den Armutsländern zu mobilisieren. Nur eine Ideologie des "Wir-können's-selber", wie sie Nordkorea eindrucksvoll demonstriert, wäre noch in der Lage, jene fatale Lähmung zu überwinden, die in vielen Entwicklungsländern durch unsere "Entwicklungshilfe" erzeugt wurde.

Außerdem müßte bedacht werden, daß die größte Bedrohung von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt vom Kolonialismus und vor allem vom Imperialismus ausgeht. Ein weiterer Grund für die Chuch'e-Ideologie ist schließlich, daß auch die Sowjetunion Großmachtpolitik betreibt - wenn auch weniger massiv, denn sie stationiert nicht Truppen und Fabriken in aller Welt. Beides, Befreiung vom traditionellen Kolonialismus und Abwehr des modernen Imperialismus sind nicht denkbar ohne Einsatz nationalistischer Ideologien. Naives Gerede von internationaler Kooperation jedenfalls verschleiert eher den "internationalen" Imperialismus, als daß es ihn bekämpft.

aus : Der Überblick 1/73

Nachbemerkung der Redaktion :

Zwei Artikel im Kursbuch 30 ("Sozialismus als Staatsmacht") beschäftigen sich ebenfalls mit Nordkorea. Sie bestätigen die hier aufgezeigten Erfolge bei der Industrialisierung. Der Aufsatz von Kurnitzky charakterisiert jedoch die nordkoreanische Gesellschaft als hierarchisch strukturiert und weist gerade dem hier ausführlich gewürdigten Begriff des Chuche die Rolle eines "antianalytischen heiligen Wortes" zu, mit dem alle Beschlüsse der Leitung begründet werden.

Umfassendes Material zum Korea-Krieg findet sich in der Zeitschrift "Vereinte Nationen", Heft 2/1972. Hier wird anhand ausschließlich westlicher Quellen belegt, daß die USA durch einen Angriff auf Nordkorea den Krieg ausgelöst haben.

(Fortsetzung von S.25)

Tabelle 3: Der Anteil des Erdöls an den Einnahmen des ordentlichen Staatshaushaltes in Indonesien

	1966		1968		1969/70 x)	
	Betrag in Mio. US-Dollar	Anteil	Betrag in Mio. US-Dollar	Anteil	Betrag in Mio. US-Dollar	Anteil
Öleinnahmen	2	6 %	88	22 %	175	27 %
sonstige Einnahmen	34	94 %	308	78 %	468	73 %
Gesamt	36	100 %	396	100 %	643	100 %

	1971/72 x)		1972/73 x)	
	Betrag in Mio. US-Dollar	Anteil	Betrag in Mio. US-Dollar	Anteil
Öleinnahmen	341	33 %	581	42 %
sonstige Einnahmen	692	67 %	800	58 %
Gesamt	1033	100 %	1381	100 %

x) Das Haushaltsjahr beginnt in Indonesien am 1. März und endet am 28. bzw. 29. Februar des folgenden Jahres.

Quelle: Bulletin of Indonesian Economic Studies, Nov. 1972, S. 132.

VR China

Chinas Weg ist eine reale Alternative

Eine Studie von Heiner Schweizer

Vorbemerkung der Redaktion der blätter des iz3w:

Der folgende Aufsatz zum Entwicklungsmodell der VR China ist ein stark gekürzter, als Zeitungsartikel umgearbeiteter Auszug aus der Dissertation von Heiner Schweizer: "Sozialistische Agrartheorie und Landwirtschaftspolitik in China und der Sowjetunion: ein Modell für Entwicklungsländer?", die als Buch 1972 im Verlag Herbert Lang, Bern und Frankfurt, erschienen ist.
Die chinesische Entwicklungsstrategie im Bereich der Landwirtschaft, die hier sehr plastisch und mit überlegener Sachkenntnis dargestellt wird, dürfte eine Herausforderung vor allem jener westlicher Entwicklungstechnokraten sein, die nur in Tonnen Stahl und Beton denken können und die unter Entwicklung insbesondere die weitere Industrialisierung der großen Städte in den Ländern der Dritten Welt verstehen.

Spätestens seit Richard Nixon dem kommunistischen China einen Besuch abstattete, ist das «Reich der Mitte», für das zwanzig Jahre lang nur die negativsten Adjektive in Frage kamen, salonfähig geworden. Politiker und Journalisten aller politischen Schattierungen reissen sich darum, zu den Auserwählten zu gehören, welche das geheimnisumwobene Land Mao Tse Tungs besuchen dürfen. Die Berichte der Heimkehrer lauten meist positiv bis enthusiastisch. Die Frage drängt sich auf: Ist im Laufe der letzten ein bis zwei Jahren in diesem volkreichsten Land der Erde wirklich alles so viel besser geworden? Oder wurden wir zwanzig Jahre lang von unserer freien Presse falsch informiert?
Eine Durchsicht der wissenschaftlichen (*westlichen!*) China-Literatur der letzten Jahre lässt nur einen Schluss zu: Die Massenmedien — insbesondere die grossen amerikanischen Presseagenturen — haben aus der umfassenden und relativ guten China-Literatur *systematisch die negativsten Meldungen ausgewählt* und in der ganzen Welt verbreitet. So wurden seinerzeit etwa die *Getreide-Importe Chinas* als Scheitern der Wirtschaftspolitik dargestellt, obwohl Zahlen vorlagen, dass diese Einfuhren auch in den schwierigen Jahren nach dem «Grossen Sprung» (1958/61) nie mehr als 2,5 Prozent der inländischen Getreideproduktion ausmachten. Ausserdem wurden diese Importe jederzeit zum grössten Teil mit Export-Erlösen anderer Nahrungsmittel gedeckt. Des weitern verschwieg man schamvoll, dass früher in China in ähnlichen Katastrophenjahren die Leute einfach verhungerten, wodurch in der Tat keine Importe notwendig gewesen wären...

Greuelmärchen

Ein anderes Beispiel: Bei der Einführung der *Kommunen* im Jahre 1958 erschienen in unserer Presse wahre Greuelmärchen, zum Beispiel über das Separieren von Männlein und Weiblein in gesonderten Baracken, Paarung lediglich einmal pro Woche... Nun ist es durchaus möglich, dass in einigen der 74 000 Kommunen solches vorkam, was aber bestimmt sehr bald korrigiert wurde. Nicht korrigiert wurde aber dieses falsche und untypische Kommune-Bild durch unsere Massenmedien.
Ein letztes Beispiel: *«Kulturrevolution»* setzte man bei uns mit «Chaos» gleich. Die wichtigen Aspekte dieser Bewegung — die Anstrengungen zur Veränderung des chinesischen Menschen — wurden weitgehend unterschlagen: Offenbar liess sich ein allchinesischer Bildersturm mit Zerstörung aller alten Kulturgüter durch die Horden Roter Garden besser verkaufen. Sicher sind solche Ausschreitungen in Einzelfällen vorgekommen. Sie waren aber weder typisch noch wichtig. Grosses Erstaunen bei den China-Besuchern unserer Tage: Die alten Kulturgüter erstrahlen in altem Glanze...
Diese Beispiele mögen genügen. Bei uns wurden zwanzig Jahre lang über das kommunistische China systematisch die negativen Informationen ausgewählt, welche die «gelbe Gefahr» plastisch und real erscheinen liessen. Etwa so, wie wenn im Ausland von der Schweiz nur über die Fluchtkapitalien, die Exzesse gegen Ausländer oder illegale Waffenexporte berichtet würde... Heute ist die Verwirrung gross. Was und wem soll man nun noch glauben? Und was bedeuten Aussagen von Politikern und Journalisten, dass sie in China eine bemerkenswerte Sauberkeit, Freundlichkeit, einen grossen Arbeitseifer und eine unglaubliche Gastfreundschaft angetroffen hätten? Ist damit wirklich das Entscheidende über dieses Land ausgesagt? Wir glauben nicht. Wirklich interessant an diesem Land ist, *wie es versucht, seine grossen Entwicklungsprobleme zu lösen*, wie es verstanden hat, chinesische Tradition und sozialistisches Gedankengut miteinander zu verbinden.
Diesen Aspekten gelten die folgenden Ausführungen.

Basis: Landwirtschaft

Zwei der wesentlichsten *Unterschiede* zwischen der sozialistischen Revolution in China und jener drei Jahrzehnte vorher in Russland: Einerseits verstand es Mao Tse Tung — geschult durch seine über zwanzigjährige Teilnahme an dem von der Landbevölkerung getragenen Befreiungskrieg — wohl besser als Lenin, die *Traditionen* und Verhaltensweisen der chinesischen Dorfbevölkerung bei seiner Revolutionstheorie und -praxis zu berücksichtigen: «Für die chinesischen Kommunisten, die ein Teil der grossen chinesischen Nation, deren eigenes Fleisch und Blut sind, ist jedes von den Besonderheiten Chinas losgelöste Gerede über Marxismus bloss ein abstrakter, hohler Marxismus...»
(Alle Anmerkungen findet der Leser am Schluss dieser Beilage

Andererseits war für Mao Tse Tung die *Bauernschaft* die Basis seiner Revolution. Das mag einleuchtend erscheinen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass in China rund 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung in und von der Landwirtschaft leben. Dieselbe Situation bestand aber auch im Russland von 1917. Lenin war vielleicht zu sehr Gefangener der Gedanken Marxens, welcher ja die sozialistische Revolution in

einem der damaligen Industrieländer erwartete und deshalb die Bauern als *quantité négligeable* betrachtete. Auch gehörte Lenin zur Gruppe der städtischen Intelligentsia und kannte jedenfalls die Bauern nicht wie Mao aufgrund eines zwanzigjährigen Krieges auf dem Lande.

Während also Lenin die Bauernschaft in der Revolution zu neutralisieren trachtete und sich im übrigen auf das städtische Industrieproletariat verliess, äusserte sich Mao mehrmals geradezu enthusiastisch über die Bauern als Revolutionspotential: «Die Bauern — sie sind es, von denen die chinesischen Arbeiter abstammen ... Die Bauern — sie sind die Quelle der chinesischen Armee ... Die Bauern — sie sind die Hauptkraft im Kampf für die Demokratie im gegenwärtigen Stadium ...»[2]

Bauernrevolution

Die Revolution von 1949 in China kann als *Bauernrevolution* bezeichnet werden, was bis heute die Landwirtschaftspolitik (vergleicht man sie etwa mit der sowjetischen) stark geprägt hat. Bei dieser Politik gegenüber der Landbevölkerung ging Mao sehr behutsam vor und erwies sich als grosser Taktiker. Oder wer würde hinter folgendem Zitat über Massnahmen in einem von den Kommunisten kontrollierten Gebiet Mao Tse Tung vermuten?: «Auf dem Gebiet der Agrarverhältnisse setzen wir einerseits die Pacht- und Darlehenszinsen herab, damit sich die Bauern ernähren können, und sorgen andererseits für die Bezahlung der reduzierten Pacht- und Darlehenszinsen, damit auch die Grundherren leben können ...»[3]

Auch als Mao dann weniger Rücksichten nehmen musste, als sein Sieg praktisch feststand, bewies er, dass er seine Bauern gut kannte und forcierte darum keineswegs extreme Neuordnungen in der Landwirtschaft. So schloss er sich mit seinem Slogan «Jedem Pflüger sein Feld» einer alten Forderung Sun Yat Sens an, auf welche die Bauern schon in den zwanziger Jahren positiv reagiert hatten. Mao propagierte auch eine alte bäuerliche Praxis, indem er zur *«Organisierung der gegenseitigen Arbeitshilfe»* aufrief — eine Praxis, bei der sich die Bauern in der Arbeit und im Einsatz von Zugtieren aushelfen.

Diese gegenseitige Arbeitshilfe kann auch als erste Stufe bei der Kollektivierung der Landwirtschaft betrachtet werden. Weitere Stufen bis zur Gründung der *Volkskommunen* im Jahre 1958: Aus den gelegentlichen Teams der gegenseitigen Arbeitshilfe (zum Beispiel während der Ernte) wurden Ganzjahresteams, dann entstanden Anfang der fünfziger Jahre die «Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften» (LPG) niederer Ordnung, in denen das Land und die Produktionsmittel noch *nicht* vergesellschaftet waren (halbsozialistische Genossenschaften). Diese wurden allmählich durch «vollsozialistische Genossenschaften», durch die «LPG höherer Ordnung», abgelöst, in denen die Entlohnung nur noch nach der Arbeitsleistung vorgenommen wurde. Dieser Genossenschaftstyp glich sehr stark der sowjetischen Kolchose. 1958 dann wurde als letzte Stufe die Kommune eingeführt.

Schon diese vielen Stufen zeigen, dass die Landbevölkerung sukzessive auf das sozialistische Leben vorbereitet wurde. Dabei kam es bei weitem nicht zu so vielen Schwierigkeiten und menschlichen Opfern wie in der Sowjetunion. Dafür gibt es aber noch einen zweiten wichtigen Grund: Die Landwirtschaft wurde und wird in China immer als *Basis der Volkswirtschaft* angesehen und entsprechend in der Tagespolitik relativ grosszügig behandelt, während in der UdSSR unseres Erachtens die Landwirtschaft in erster Linie als Ausbeutungsobjekt angesehen wurde — vor allem während der Stalin-Zeit.

Die Volkskommunen

Was ist eigentlich eine Volkskommune? Darüber geistern bei uns phantastische und grösstenteils falsche Vorstellungen herum. In erster Linie sollte die ländliche Volkskommune als praktisches Instrument angesehen werden, um das Riesenland China vernünftig zu verwalten. So ist sie nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die lokale Industrie, den Handel, die Ausbildung und Justiz verantwortlich. Die wirtschaftliche Funktion dieser Gebilde hat vielleicht die berühmte englische Oekonomin Joan Robinson am treffendsten beschrieben. Sie bezeichnet die Kommunen als *«mikrokosmische Volkswirtschaften»*[4], welche eine relativ weitgehende Selbstversorgung betreiben — und dies nicht nur in bezug auf Nahrungsmittel, sondern auch auf Baumaterialien, diverse Geräte, manche Konsumgüter, usw.

Was sehr wichtig ist: Es kann keine Rede davon sein, dass die 100 bis 10 000 oder mehr Haushalte und mehrere Dörfer umfassende Volkskommune direkt für die landwirtschaftliche Produktion verantwortlich ist. Die 74 000 Volkskommunen sind in erster Linie die wichtigen *Verbindungsglieder* zu den staatlichen zentralen Planungsstellen. Ausserdem betreibt die Kommune wichtige und grössere industrielle Unternehmungen, ist für die militärische Ausbildung verantwortlich und unterhält die höheren Schulen (zum Teil auch Universitäten). Sie trägt auch die Verantwortung für grössere Infrastrukturarbeiten. Die Volkskommune nimmt alle wichtigen Verwaltungsfunktionen wahr: So werden auf Kommune-Ebene zivile Streitigkeiten geschlichtet, Geburt, Tod und Ehe registriert, Krankenhäuser betrieben... Alle andern Funktionen sind auf untere Stufen delegiert, auf Brigaden, Equipen und Teams.

Brigaden: Diese umfassen im Durchschnitt rund 200 Haushalte. Oft besteht die Brigade aus einem Dorf oder aus einer geographischen natürlichen Region (massgebend kann auch das Bewässerungssystem sein). Die *Grundschulen* werden von dieser Einheit betrieben. Dasselbe gilt für kleine *Unternehmungen*, zum Beispiel für Betriebe, die sich mit der Verarbeitung lokaler Produkte befassen oder Baumaterialien bereitstellen.

Equipen: Diese sind die eigentlichen *Produktionsbasen* der heutigen chinesischen Landwirtschaft. Die Equipe umfasst 20 bis 40 Haushalte und ist — sehr wichtig! — die *Entlohnungseinheit*. Der Einzelne kommt also innerhalb eines relativ kleinen und überschaubaren Kollektivs in den Genuss seiner Mehranstrengungen. Oft werden die Equipen — je nach Art der landwirtschaftlichen Arbeit — in noch kleinere *Teams* von drei bis zehn Haushalten aufgespalten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Volkskommune-System *ausserordentlich flexibel* ist und den örtlichen Gegebenheiten leicht angepasst werden kann. Das System hat einige ganz offensichtliche Vorteile bei der Verwirklichung einer rationalen Entwicklungspolitik in einem stark bevölkerten und armen Entwicklungsland.

Im folgenden sollen einige dieser Vorteile umrissen werden.

Im Laufe unseres Jahrzehnts wird die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung wahrscheinlich zum dringlichsten Problem aller Entwicklungsländer werden. Bis 1980 müssten 200 bis 300 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das einzige, was heute sicher feststeht, ist, dass dieses Ziel mit den heutigen Methoden unmöglich erreicht werden kann.

Dazu eine Präzisierung: Bei dieser Arbeitslosigkeit handelt es sich heute zum kleineren Teil um *«offene Arbeitslosigkeit»* (etwa in den Städten), wenn auch die ganz Arbeitslosen im Zuge der rapiden Verstädterung der letzten Jahre stark zugenommen haben. Was heute aber noch wichtiger ist: Die sogenannte *«versteckte Arbeitslosigkeit»* auf dem Lande, das heisst das Phänomen, dass die männlichen Arbeitskräfte auf dem Lande nur während 100 bis 150 Tagen pro Jahr beschäftigt sind (die Frauen noch weniger). Während der Hauptarbeitszyklen (vor allem Ernte) ist dann die ganze Landbevölkerung inklusive Kinder voll ausgelastet.

Keine Arbeitslosen

In China bestand vor der Revolution von 1949 die genau gleiche Situation.[5] Durch die Reorganisation der Landwirtschaft gelang es, die Beschäftigung ganz wesentlich zu steigern (auf 250 bis 320 Tage pro Jahr) — gelegentlich wird sogar von Arbeitskräftemangel berichtet! Dafür ist u. E. in erster Linie die *ganz andere Logik der kollektiven Landwirtschaft* massgebend: Innerhalb einer Kommune beziehungsweise Brigade oder Equipe können die Menschen auch in landwirtschaftlich nicht direkt produktiven Sektoren eingesetzt und dabei genau gleich wie fürs Säen oder Ernten entlohnt werden (zum Beispiel während des Winters).

Am bekanntesten unter diesen für die Landwirtschaft entscheidend wichtigen Nebenarbeiten sind zweifellos die *Bauten für Be- und Entwässerungssysteme*. Die irrigierte Fläche Chinas konnte seit 1950 mindestens verfünffacht werden (konservative Schätzung). Als eindrückliche Zahl sei nur erwähnt, dass von 1950 bis 1960 mit primitivsten Methoden für solche Projekte 70 Milliarden m^3 Erde bewegt wurden, was dem Volumen von 1000 Suez-Kanälen entspricht! — Daneben hat man vor allem im Oberlauf der Flüsse grosse Gebiete aufgeforstet, um die Erosion zu bekämpfen. Als letztes Beispiel solcher Arbeiten seien Bodenverbesserungsaktionen genannt, bei welchen zum Beispiel alkalische Böden weggeschafft und durch Schlamm und Humus fruchtbarer gemacht werden.

Man kann natürlich sagen, dass solche Aktionen in Indien ebenso gut erfolgen könnten, wenn man ebenso viel «Zwang» wie in China anwenden würde. Dagegen muss eingewandt werden, dass die wirtschaftliche Logik eines Kollektivs solchen Arbeiten weit besser entspricht als jene isolierter Bauernhaushalte. Letztere würden sich vor der Inangriffnahme solcher Arbeiten zuerst lange streiten, wer wieviel zu arbeiten hat und wem dann später die Erträge zukommen. Ganz anders in der Kommune beziehungsweise Brigade, wo Kosten und Erträge völlig internalisiert werden. Der Einzelne ist nur daran interessiert, für seine Arbeit ein Tagwerk gutgeschrieben zu erhalten, was sich positiv auf seinen Lohn (Anteil am Reinertrag des Kollektivs) auswirkt.



Professoren, Studenten beim Deichbau: Selbstmord bei Note 3

Lokale Industrie

Auch ein gegenüber allen andern Staaten dieser Erde (inklusive der UdSSR) *unterschiedliches Industrialisierungskonzept* hilft in China mit, das Beschäftigungsproblem auf dem Lande zu lösen. Statt in Ballungszentren zu industrialisieren, propagiert man in China das Konzept des «auf beiden Beinen Gehen». Darnach besteht einerseits für gewisse Industrien (zum Beispiel Flugzeuge, Computer) ein moderner Sektor, anderswo aber — und das ist viel wichtiger, versucht man, die wichtigsten Konsumgüter, landwirtschaftliche Geräte usw., in *Kommune-eigenen Werkstätten* zu fabrizieren.

Damit erreicht man zwei Ziele zugleich: Der traditionsgebundene Bauer wird erstmals mit (wenn auch einfachen) industriellen Fertigungstechniken vertraut gemacht, was seine Verhaltensweisen grundlegend verändern kann. Zusätzlich eröffnet sich dadurch eine weitere Möglichkeit, die Bauern während der arbeitsarmen Perioden in der Landwirtschaft in solchen Werkstätten zu beschäftigen. So sind die Kommunen weitgehend zu *Selbstversorgungsgemeinschaften* geworden. In den Kommunen werden beispielsweise hergestellt: Elektrizität, Dünger, Zement, landwirtschaftliche Geräte, Ziegel, Bausteine, Schuhe, Kleider, Papier, verarbeitete Nahrungsmittel...

Dieses Konzept scheint uns vor allem deshalb von grösstem Interesse zu sein, weil das traditionelle Industrialisierungskonzept mit grossen Ballungszentren irreversibel ist und ausserdem — wie wir heute in zunehmendem Masse erkennen müssen — eine hohe Umweltbelastung mit sich bringt. Entwicklungsländer von heute haben noch die *Wahlmöglichkeit* bezüglich ihrer Industrie- und Siedlungspolitik. Werden sie diese Möglichkeit weise nutzen?

Angepasste Technik

Ein wesentlicher Faktor, der heute zum Arbeitslosenproblem in Entwicklungsländern führt, liegt in der unkritischen Uebernahme unserer modernsten Techniken zur Erhöhung der Produktivität. Dass diese Techniken gemäss der aktuellen Situation in Industrieländern arbeitssparend sind, wird in den Entwicklungsländern viel zu wenig beachtet.

So arbeitet etwa eine Autofabrik in Südamerika mit ähnlichen Methoden wie die Mutterfirma in den USA. Demgegenüber sind zum Beispiel in einer Jeep-Fabrik in China mit einer Jahresproduktion von 10 000 Jeeps 8000 Personen beschäftigt (in einem andern Entwicklungsland wären es wohl mit «westlichen» Methoden 500 bis 1000)! Man geht in China stufenweise von den alten, sehr arbeitsintensiven (und oft unproduktiven) Techniken zu den modernsten unserer Tage über — auch bei uns dauerte ja dieser Prozess ungefähr 200 Jahre!

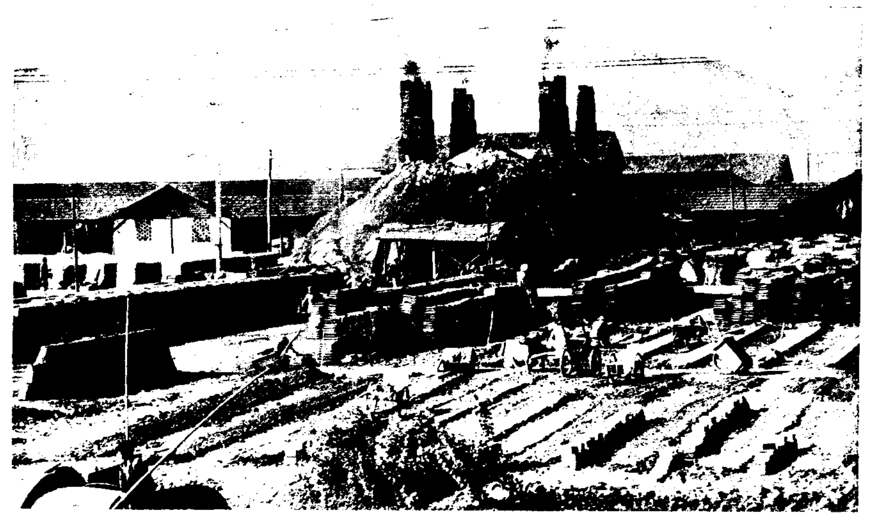
So ersetzte man beispielsweise vorerst die Tragstange als Transportmittel durch primitive Handkarren, wodurch sich die Produktivität verdoppelte. Werden diese Karren mit Pneus und Kugellagern ausgerüstet, kann die Transportleistung gegenüber dem Tragstock vervier- bis verfünffacht werden. Damit ist eine Zwischenstufe zwischen ganz primitiver (Tragstange) und modernster Technik (Traktor) erreicht, wobei diese Karren wiederum in Kommune-Werkstätten und ohne ein Heer von Ingenieuren hergestellt werden können.

Weitere Beispiele für solche, der jetzigen ökonomischen Situation Chinas angepasste Techniken seien hier nur aufgezählt: kleinste Wasserpumpen, Mini-Wasserkraftanlagen, Reispflanzgeräte für den Handbetrieb, Fusspedal-Dreschmaschinen, handbetriebene Körnerschälmaschinen, usw. Für die meisten dieser einfachen Geräte können die lokalen Rohstoffe (zum Beispiel Bambus, Holz) verwendet werden. Bestimmt ist der *Ausbildungseffekt* bei solchen von den Bauern selbstentwickelten Techniken ungleich grösser als bei der einfachen Kopierung modernster Geräte. Ein Vorteil bei der *Verbreitung* solch neuer Technologien (wozu auch bessere Düngeranwendung, tieferes Pflügen, anderer Fruchtwechsel usw. gehören), liegt wiederum in der kollektiven Organisation der Landwirtschaft. Es fällt auf, wie oft und nachdrücklich in chinesischen Publikationen über erfolgreiche *Experimente* in gewissen Kommunen und Brigaden berichtet wird. Dorthin werden dann Mitglieder anderer Kommunen zum Studium des erfolgreichen Experiments gesandt.

Ein solches Vorgehen ist wiederum in einem System von Kleinbauernhaushalten schwer möglich, da ja der Kleinbauer wegen der täglichen Arbeit in seinem Betrieb gebunden ist. Ausserdem kann ein Kleinbauer — selbst wenn er sehr aufgeschlossen ist — das Risiko eines Experiments (zum Beispiel eines Wechsels der Fruchtfolge) nur schwer auf sich nehmen: Das Ueberleben seiner Familie bei einem Misserfolg steht auf dem Spiel. Anders in der Kommune: Dort wird das Risiko vom Kollektiv getragen. Und drei Misserfolge auf zehn Erfolge kann eine Kommune im allgemeinen leicht verkraften.

Eines der tragenden Elemente in der Philosophie Maos ist der Gedanke von der *Aufhebung des Unterschieds zwischen geistiger und körperlicher Arbeit*, ein Gedanke, der ja schon von Marx postuliert wurde. Auch hier lässt sich für China wieder feststellen, dass aus der Tradition heraus eine Veränderung der Einstellung gegenüber der manuellen Arbeit im Interesse einer Entwicklung absolut notwendig war. Es gibt chinesische Sprichwörter und Lebensweisheiten in grosser Zahl, welche die traditionelle Geringschätzung der körperlichen Arbeit belegen. So sagte Men Tsu, der bedeutendste Schüler von Kon Fu Tse: «Geistig Arbeitende sind die Regierenden, körperlich Tätige dagegen die Regierten...»

Diese tief verankerte Einstellung wurde in China mit einem radikalen Rezept korrigiert, indem alle Parteifunktionäre, Direktoren, Professoren, Studenten, Büroangestellte usw. von Zeit zu Zeit auch praktisch arbeiten müssen. Damit soll insbesondere *das Aufkommen einer neuen bürokratischen intellektuellen Elite verhindert werden* — ein Merkmal fast aller Entwicklungsländer von heute.[6]



Chinesische Kleinindustrie (Ziegelei)

Arbeit ist Arbeit

Deswegen auch trifft man heute in manchen Ländern der Dritten Welt ein gut ausgebildetes intellektuelles Proletariat, das keine Arbeit findet. Genauer gesagt: Diese Leute finden keine Arbeit, die ihrem Status und den mit der Ausbildung vermittelten Erwartungen entsprechen würde. Solchen Tendenzen versucht man in China mit der systematischen Gleichstellung und Verbindung von geistiger und körperlicher Arbeit entgegenzuwirken.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu den *allgegenwärtigen Artikeln und Worten von Mao Tse Tung*. Das ständige Studium und Zitieren des Vorsitzenden mag uns seltsam berühren. Gerade dieser Tätigkeit kann aber beim Kulturwandel des traditionellen Chinesen eine entscheidende Bedeutung zukommen. Nicht in erster Linie, weil diese Gedanken von Mao stammen, sondern weil damit die grosse Masse der Menschen erstmals lernt, auf bestimmte konkrete Situationen und Probleme rationale Kriterien anzuwenden. Man lernt, die Probleme zu analysieren. Das kann für einen traditionellen Bauern eine ganz neuartige Erfahrung sein.

Als ein Beispiel der Problemanalyse und des Einbezugs fast der ganzen Bevölkerung zur Lösung eines praktischen Problems sei hier nur die auch bei uns bekannte *Kampagne der Kleinschmelzöfen* genannt. Bei diesem Versuch, auf breiter Basis Eisen zu produzieren, handelt es sich sowohl um «angepasste Technik» als auch um «lokale Industrialisierung». Wirtschaftlich endete diese neue Eisengewinnungstechnik mit einem Misserfolg. Heute sind aber viele (westliche) Autoren der Meinung, dass gerade diese ökonomisch negative Kampagne auf psychologischer Ebene bedeutende positive Effekte gehabt habe. Damit wurden nämlich viele Bauern erstmals mit (wenn auch einfacher) industrieller Fertigungstechnik konfrontiert, wodurch sie in Wirkungszusammenhängen denken lernten, was sich auch auf ihr übriges Verhalten sehr positiv ausgewirkt habe.

Modell für die Armen?

Zum Abschluss die Frage, ob China sozusagen als *Modell und Vorbild für die Entwicklungsländer* angesehen werden kann. Eine zu enthusiastische Antwort relativieren wir im vorneherein mit einem Zitat von Mao Tse Tung: «Es gibt zwei verschiedene Einstellungen zum Lernen. Die eine ist dogmatisch. Sie besteht darin, alles zu übernehmen, sei es für die Verhältnisse unseres Landes geeignet oder nicht. Das ist keine gute Einstellung. Die andere besteht darin, beim Studium den Geist anzustrengen und alles zu erlernen, was den Bedingungen unseres Landes entspricht, das heisst, alle für uns nützlichen Erfahrungen auszuwerten.»[7]

Dieses auf China gemünzte Prinzip gilt selbstverständlich auch für andere Entwicklungsländer. Diese tun wohl gut daran, die chinesische Entwicklungspolitik genau zu studieren und auf ihre Anwendbarkeit im eigenen Land zu überprüfen, dabei aber auch die eigene Phantasie zu bemühen. Besonders vielversprechende Elemente, die in China zu finden sind: die radikale Landreform, die Organisation der Landwirtschaft, die Dezentralisierung der Industrie, das originelle Erziehungssystem, die stufenweise Weiterentwicklung der Technik und die Methoden zur Mobilisierung der Bevölkerung.

Die vielleicht positivste Schlussfolgerung, die sich aus Chinas Entwicklungspolitik ziehen lässt: Es existieren *reale Alternativen* zur wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas, Nordamerikas, Russlands und Japans. Ob solche für jedes Land angepasste Alternativen von aussen wesentlich mitgestaltet werden können, bleibe dahingestellt. Was vom Ausland aber erwartet werden könnte: dass neuen Entwicklungswegen eine *Chance* gegeben wird, dass man sie nicht einfach verteufelt und stur an unsern Masstäben misst, wie dies mit der chinesischen Entwicklungspolitik zwanzig Jahre lang geschehen ist.

Heiner Schweizer

Anmerkungen

1. *Mao Tse Tung, Der Platz der Kommunistischen Partei Chinas im nationalen Krieg (1938), Ausgewählte Werke, Peking 1968, Bd. II, S. 246. — Weitere ähnliche Stellen lassen sich auch andernorts in Maos Werk finden.*
2. *Mao Tse Tung, Ueber die Koalitionsregierung (1945), in: Ausgewählte Werke, Bd. III, S. 294 f.*
3. *Mao Tse Tung, Rede vor der Volksversammlung des Grenzgebiets Schensi-Kansu-Ningsia (1941), Ausgewählte Werke, Bd. III, S. 31.*
4. *Joan Robinson, Kleine Schriften zur Oekonomie, Ed. Suhrkamp 1968, S. 117.*
5. *Die umfassendste Untersuchung dazu: J. L. Buck, Land Utilization in China, Chicago 1937.*
6. *Vergleiche dazu vor allem: Gunnar Myrdal, Politisches Manifest über die Armut in der Welt, Frankfurt 1970, S. 163 ff.*
7. *Mao Tse Tung, zitiert nach: Der Weg der sozialistischen Industrialisierung Chinas, «Peking Rundschau», Nr. 43/1969, S. 10.*

Weitere Literatur

Neben der zitierten Literatur (wobei sich Myrdal nicht mit China befasst, sondern eine allgemeine Analyse der Entwicklungsprobleme gibt, anhand deren die chinesische Politik beurteilt werden kann) sind folgende Bücher über China empfehlenswert:

C. P. Fitzgerald, Revolution in China, Frankfurt 1968.

Han Suyin, Das China Mao Tse Tungs, München 1968.

William Hinton, Fanshen, Dokumentation über die Revolution in einem chinesischen Dorf, 2 Bde., Ed. Suhrkamp 1972.

Jan Myrdal, Bericht aus einem chinesischen Dorf, München 1969.

Thérèse Pang, Les communes populaires rurales en Chine, Fribourg 1967.

Edgar Snow, Gast am andern Ufer, München 1964. (Auf Deutsch vergriffen. Neuauflage englisch [1971] mit Vorwort über Kulturrevolution: Red China today, New York 1971.)



Schrott-Schmelze einer Landkommune

Indien

Indien zwischen „grüner" und „roter" Revolution

von Barbara Skriver

Der folgende Artikel setzt sich mit der Politik der Naxaliten auseinander. Er ist Teil eines Aufsatzes in der Zeitschrift "Merkur", Februar 72. Anfangs- und Schlußteil, die sich mit dem Konflikt Indien-Pakistan sowie einzelnen Vorfällen bei der Liquidierung der Naxaliten beschäftigen, setzten zuviel Detailwissen voraus, um für Nicht-Indienkenner verständlich zu sein und waren zum Verständnis der hier wiedergegebenen Teile nicht notwendig. Deshalb schien uns eine Streichung dieser Teile gerechtfertigt.

Red.

Wer sind diese Naxaliten eigentlich?

In Birbhum waren es, wie in jeder revolutionären Bewegung, nicht die Ärmsten der Armen, vielmehr zu 90 % Angehörige der unteren Mittelklasse im Alter von 15 bis 25 Jahren: Söhne von kleinen oder mittleren Bauern, die durch neu geschaffene Bewässerung zum ersten Mal soviel verdient hatten, um ein College in der nächsten Kleinstadt zu besuchen; dazu Söhne niederer Beamter, Angestellter und kleiner Ladenbesitzer. Sie alle wissen, daß sie keine Chancen haben, in Stellungen zu kommen, die den Söhnen der Oberklassen vorbehalten sind; gleichzeitig hat jedoch ihre verwestlichte Schulbildung sie ihrer dörflichen Umgebung so entfremdet, daß sie nicht zurück wollten. So besteht auch hier, wie heute überall in der Dritten Welt, die Avantgarde der "Revolution" aus politisierenden Studenten und arbeitslosen Intellektuellen. Und wie in Brasilien oder Mocambique oder Ceylon liegt ihre Schwäche darin, daß es ihnen so schwer fällt, sich mit den Bauern und Arbeitern zu verständigen oder sie gar zu organisieren.

Die Selbstkritik der Naxaliten von Birbhum, soweit sie nachdenken, zielte genau auf diese Erkenntnis. "Wir haben keine Bauernkomitees und keine revolutionäre Verwaltung aufgebaut, und wir haben in unseren Dörfern keine parallele Ökonomie geschaffen, wie Mao Tse-tung es getan hat" - dies konnte ich während meines Besuches mehrfach hören. Freilich braucht man dazu eine andere Taktik als die rein terroristische "annihilation-line" der jetzigen Führung. Deren kleinbürgerlich-elitärer Radikalismus hat sicher viel zu dem Rückschlag der Naxaliten-Bewegung in den letzten 4 Jahren beigetragen. Andererseits ist dieses Phänomen auch in Inkubationsphasen anderer revolutionärer Bewegungen aufgetreten (man denke an die Narodniki in Rußland oder den chinesischen Kommunismus um 1926). Die in Indien häufig zu hörende Ansicht, die gesamte Naxaliten-Bewegung sei gescheitert, schließt meines Erachtens genau den Fehler ein, den Mao einst seinen "Linksopportunisten" vorwarf: sie verkennten das Element der Dauer in der Natur des Bürgerkrieges und glaubten nicht an das Gesetz der Wiederholung (das Mao später in seiner Theorie des Guerillakrieges formuliert hat).

Nach einer anderen Version wird das Handeln der Naxaliten mit dem bengalischen Nationalcharakter erklärt, der schon immer zum explosiven Terrorismus geneigt habe. Ignoriert wird dabei jedoch das riesige Ausmaß an Gewalt, das die Dorfarmen hier seit Jahrhunderten erdulden mußten. Noch heute gibt es Fälle, in denen den "Unberührbaren" die Ernten verbrannt und sogar Hände abgeschnitten werden, wenn sie eine andere Partei wählen, als die Dorfoberen es wünschen. In der relativ reichen Provinz Panjab sind solche Unberührbaren - und das ist ein großer Teil der Dorfbevölkerung - durch einen sozialen Boykott der Kastenhindus gezwungen worden, trotz steigender Preise niedrigere Löhne zu akzeptieren. In einer Atmosphäre derart permanenter und zugleich legalisierter Gewalt ist die Ermordung allzu grausamer Wucherer und Grundbesitzer, vom Volk her gesehen, kaum anderes als eine gerechte Rache; und wenn sie von den Dörflern selbst vollzogen wird, kann sie wie ein Akt der Befreiung wirken. Daher wohl die ungeheure Schnelligkeit, mit der sich die Naxaliten-Bewegung sporadisch über ganz Indien ausbreitete, sowie die Vehemenz, mit der sie den Parlamentarismus in Frage gestellt hat.

Die Spirale der Armut

Die entscheidenden Gründe sind natürlich in der objektiven Situation Indiens zu suchen. Der Ökonom Tarlok Singh, der 17 Jahre lang führend an der Wirtschaftsplanung des Landes beteiligt war, formulierte das schon vor drei Jahren so:

"Nach knapp 20 Jahren Freiheit stehen wir am Anfang einer Periode nicht der Wandlung zu einer neuen Ordnung, sondern der kleinen Ziele, des Verlustes sozialer Vorstellungen, vielleicht des Auseinanderbrechens. Die Hauptelemente einer klassischen Revolution beginnen sich zu entwickeln" (in "Toward an integrated society", Bombay 1969).

Tarlok Singh erklärt dies damit, daß Indiens ökonomische Entwicklung aus strukturellen Gründen dahin tendiere, die sozialen Ungleichheiten zu vergrößern, statt sie zu verkleinern. Wirtschaftlich-technischer Fortschritt sei hier praktisch gleichzusetzen mit einer immer explosiveren sozialen Situation. Das ist eine unter indischen Ökonomen mittlerweise von rechts bis links akzeptierte Meinung. Nur wir Europäer trösten uns immer wieder mit eindrucksvollen Wachstumsraten der landwirtschaftlichen Produktion oder des Exports über die reichlich unbequeme Erkenntnis hinweg, daß es in dem gegebenen System der Besitz- und Verteilungsverhältnisse nur schlimmer werden kann.

In dieser Lage gipfelt die Politik Indira Gandhis in dem ständigen Versuch, aus der Not eine Tugend zu machen. Deshalb spricht sie so gern wie im Bewußtsein höherer Weisheit gegenüber den Niederungen vulgär-marxistischer Theoreme davon, daß "weder Kommunismus noch Kapitalismus eine Antwort auf die Probleme der Gegenwart liefern können". So in einer Rede vor dem Kongreß im November 1970, in der sie sich auch über die "hochintelligenten Jugendlichen" äußerte, "die unzufrieden sind mit unerfüllten Resolutionen und Versprechungen": "Ich sage ihnen immer wieder, daß ihr Weg falsch ist, aber das wird erst dann irgend eine Wirkung auf sie haben, wenn wir etwas Positives erreichen und ihnen zeigen, daß man auch gewaltlos vorwärtskommen kann." Ein gutes Jahr später wirkt solch ein Zitat beinahe zynisch. Hat doch die Gewalt nach innen (Niederschlagung der Opposition mit Hilfe eines neuen Vorbeugehaftgesetzes) und nach außen (militärische Hilfe für Ceylon und Bangla Desh) im Jahr 1971 wie nie zuvor zugenommen. Während für die "Beseitigung der Armut", wie sie in hunderten von Wahlversammlungen versprochen wurde, im Haushalt des letzten Jahres keine auch nur in Ansätzen sozialisierenden Maßnahmen auftauchten. Statt den Preisen Einhalt zu gebieten, wurden indirekte Steuern erhöht; statt endlich eine wirksame Steuer für die Einkommen der reichen Bauern festzusetzen, um größere Entwicklungsvorhaben zu finanzieren, wurden Verstaatlichungen angekündigt. Nationalisierungen aber haben bisher in keinem Entwicklungsland irgendwelche Vorteile gebracht. Im Fall Indiens kommt hinzu, daß auch nicht genügend neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, weil die permanenten Verluste im öffentlichen Sektor vom einzelnen Steuerzahler getragen werden müssen.

In einer Meldung in Le Monde vom 15. Mai 1973 schreibt Gerard Virabelle:

"Im Parlament (Rajya Sabha in Delhi) hat M. Bupesh Gupta versichert, daß es in Indien 32.000 politische Gefangene gibt - und nicht 12.000 wie offiziell verlautet -, die einen sitzen eine Strafe ab, die anderen sind in Vorbeugehaft, andere im "Verfahrensverlauf". Die Mehrheit sind Naxaliten oder als Naxaliten verdächtigte, sie sind manchmal 2, 3 oder mehr Jahre in Haft. Ein Drittel sind junge Leute; Schüler und Studenten."

Im Auftrag der Fordstiftung haben die beiden Ökonomen V.M. Dandekar und Nilakantha Rath aus Poona in ihrem Buch "Poverty in India" (Bombay 1971) versucht, Licht in das indische Dilemma zu bringen. Die Arbeit ist bewußt in der Absicht verfaßt, Möglichkeiten zu untersuchen, wie man eine kommunistische Revolution verhindern könne. Um so aufschlußreicher, wie die beiden Autoren die wirtschaftliche Entwicklung Indiens im letzten Jahrzehnt, in dem das Nationaleinkommen um 3 %, die Bevölkerung aber um 2,5 % anwuchs, kommentieren:

"Die Früchte der Entwicklung sind hauptsächlich der oberen Mittelklasse und den reicheren Schichten, die zusammen 40 % der Bevölkerung ausmachen, zugefallen. Die Bedingungen der unteren 20 % auf dem Dorf sind mehr oder weniger gleichgeblieben. Die Bedingungen der unteren 20 % in der Stadt haben sich eindeutig verschlimmert und für die weiteren 20 % der Stadtbevölkerung sind sie gleichgeblieben."

Gleich heißt hier: unter dem Minimum an notwendigen Kalorien. In Zahlen ausgedrückt: 223 Millionen Inder lebten 1969 unter dem Existenzminimum. Heute sind es bereits ein paar Millionen mehr. Dandekar und Rath haben ausgerechnet, wie die realistischen Perspektiven für die Armen Indiens im Jahre 1980/81 aussehen, wenn man den bisherigen Trend der Wirtschaftsentwicklung sowie die heute gegebenen Verteilungsverhältnisse, an denen die Kongreßregierung nicht rüttelt, zugrunde legt:

"Sieht man einmal von den ärmsten 60 bis 70 Millionen ab, weil sie, wie es im Fünf-Jahresplan heißt, 'außerhalb

des Stromes ökonomischer Aktivität stehen', und überläßt sie der Fürsorge ihrer Familien oder der Caritas von Hilfsorganisationen, werden sich in 10 Jahren noch immer 35 % der Landbevölkerung und 50 % der Stadtbevölkerung unter dem Existenzminimum befinden. Daher wird die Armut nicht nur in absoluten Zahlen gestiegen, sondern in städtischen Gebieten wird sie schlimmer geworden sein. Diese Trends können nicht durch eine höhere Wachstumsrate korrigiert werden, auch wenn sie erreichbar wäre."

Mit anderen Worten: die Armut Indiens kann auch durch ein schnelleres Entwicklungstempo nicht beseitigt werden, denn die Überschüsse kommen diesen Armen einfach nicht zugute. In Zahlen sieht das so aus:

"Berechnet man, wie reich die Reichen sein müssen, damit die Armen zumindest das Minimum an notwendigen Kalorien erreichen können, kommt man zu dem Ergebnis: Das Einkommen der oberen 40 % der Bevölkerung muß sich um das 2,5- bis 2,7-fache vermehrt haben, und dies kann erst im Jahre 2015 der Fall sein. Verteilt man nun aber das wichtigste Produktionsmittel in Indien - den Boden - gleichmäßig an alle, die von der Landwirtschaft leben, kommt man auf eine Landgröße, welche die Bebauer nicht mehr ernähren kann. Es gibt also heute bereits nicht genug urbar gemachten Boden, um eine Landreform sinnvoll durchzuführen. Gleichzeitig gibt es noch immer keine konkurrenzfähige, arbeitsintensive Technologie. Überschüssige Arbeitskräfte auf dem Lande können nicht wie zur Zeit unserer industriellen Revolution von neu gegründeten Industrien aufgenommen werden, da heute auch in Indien, als Folge westlichen Einflusses, mehr und mehr automatische Betriebe eingerichtet werden."

Die beiden Ökonomen sehen keinen anderen Ausweg aus der Misere als ein in seinen Ausmaßen phantastisches Arbeitsbeschaffungsprogramm auf dem Lande, das jährlich 8 bis 10 Milliarden Rupien kosten würde - eine Summe, die Kritiker mit Recht verdoppeln oder verdreifachen wollen. Da die Regierung damit total überfordert wäre, müsse das notwendige Geld als Nettotransfer von den oberen 12 % der Reichen freiwillig abgegeben werden. Dieser Vorschlag erscheint mir allerdings noch phantastischer - gibt es irgendein Beispiel in der Geschichte, daß die Reichen den Armen größere Summen freiwillig abgegeben haben? - Ich habe eher den Verdacht, daß sich die Autoren darüber klar waren. Die Konsequenz ihrer ausgezeichnet belegten Untersuchung: Bereits heute ist es unmöglich, Indiens Entwicklung mit Hilfe privaten Eigentums an Produktionsmitteln entscheidend voranzubringen.

Modernisierung gleich Verelendung?

Fragt man nun, wie die indische Politik auf diese elementaren (hier sehr vereinfacht dargestellten) Probleme reagiert, bleibt eher ein Achselzucken die Antwort. Die Politiker starren so gebannt auf ihr geplagtes Land wie das Huhn auf die Schlange. Sie sehen die Gefahr, aber sie wissen ihr nicht zu entgehen. Der Verteidigungsminister Jagjivan Ram erklärte, als er noch Landwirtschaftsminister war: "Modernisierung auf den Feldern bedeutet Verelendung in den Hütten" - und empfahl eben diese Modernisierung. Jeder der 75.000 jährlich hergestellten Traktoren ersetzt mehrere Landarbeiter. Das Jahr 1971 mit seiner neuerkämpften Zweidrittelmehrheit für die regierende Kongreßpartei stellt sich mit jedoch als ein Einschnitt in der gewohnten Politik des passiven Zusehens dar. Indira Gandhi scheint entschlossen, dem Volk ein paar Brocken hinzuwerfen und gleichzeitig alle Aufstands- oder auch nur gefährlichen Oppositionsversuche rücksichtslos niederzuschlagen. (1)

Die Lady Macchiavelli, wie Indira Gandhi von einem indischen Journalisten einmal genannt wurde, hat offenbar noch etwas anderes verstanden: Indien befindet sich heute mit der allmählich immer weitere Gebiete einschließenden "Grünen Revolution" inmitten eines Prozesses, der die gesamte soziale Schichtung auf dem Lande in ihren Grundfesten erschüttert. Das Gleichgewicht der traditionellen dörflichen Dreiklassengesellschaft (Grundbesitzer, Bauern und abhängige Landarbeiter), deren Kräfte sich wie in einem Molekül immer wieder gegenseitig ausglichen und damit die Grundlage für die relative Stabilität Indiens bildeten, wird durch die Kapitalisierung der Landwirtschaft zerstört. Nur die großen Grundbesitzer oder reicheren Bauern, das obere Fünftel, können wirklich - vorausgesetzt, sie besitzen bewässerten Boden! - unternehmerisch handeln (Düngemittel, hochertragreiches Saatgut und Maschinen kaufen), Risiko eingehen und schließlich Gewinn abschöpfen. Das nächste Fünftel: Bauern, die gerade soviel erzeugen können, wie sie selbst verbrauchen, bleibt relativ unberührt davon. Die übrigen 60 %, die zusammen genausoviel Land besitzen wie die obersten 2 % der ländlichen Pyramide, sind teilweise oder ganz auf zusätzliche Arbeit bei den Reichen angewiesen. Wie sie bei schlechtem Monsun, geerbten Schulden, chronischer Arbeitslosigkeit in den Monaten vor der

> „Entwicklungshilfe ist, wenn die armen Leute eines reichen Landes für die reichen Leute eines armen Landes Geld spenden." *Denis Healey*

Ernte überhaupt überleben können, ist schwer verständlich genug. Noch schwerer, daß ihre Zahl ständig wächst, während die Bodenerosion in den trockenen Gebieten fortschreitet. In den bereits "grünen" Provinzen (wie dem Panjab) sind die Folgen des Einbruchs der Technologie auf dem Lande bereits schmerzhaft zu spüren: Da es sich nunmehr lohnt, größere Flächen intensiv zu bebauen, wird den verschuldeten Kleinbauern ihr Land abgekauft, den Pächtern kurzerhand gekündigt und die Zahl der durch Maschinen ersetzten Landarbeiter reduziert. Eine Auswanderung in die Städte ist die einzige Lösung, und sie bietet keine.

Dieser Prozeß wird allmählich, in regional verschiedenem Tempo, zu einer noch nie dagewesenen Polarisierung zwischen Landbesitzern und abhängigen Landarbeitern führen, die ungeheuren sozialen Sprengstoff in sich birgt. Allerdings geht diese Entwicklung sehr langsam vor sich, so daß für die meisten ländlichen Gebiete noch zutrifft, was der Entwicklungsforscher Dietmar Rothermund als Hinderungsgrund einer indischen Revolution beschreibt:

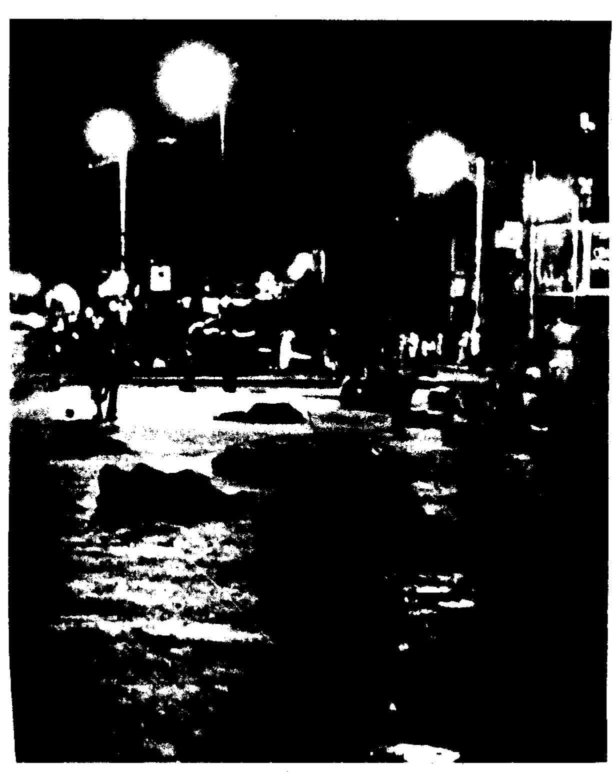
"Dieses starke Gefälle (in der Erzeugung des Sozialprodukts. B.S.) müßte eigentlich zu einem fürchterlichen Klassenkampf führen. Aber gerade weil das Gefälle so stark ist, ergibt sich kaum eine Möglichkeit einer wirkungsvollen Kombination verschiedener Schichten der Bevölkerung. Selbst der kleinste Bauer unter der Subsistenzschwelle ist bei aller Armut noch immer ein Landbesitzer, der nicht mit dem Landarbeiter gemeinsame Sache machen wird. Ebensowenig wird der gegenüber den Dorfarmen relativ privilegierte Industriearbeiter sich mit jenem solidarisch fühlen, er hat ja immerhin seinen Job zu verlieren." (2)

Kommunismus im Plural

Die politischen Parteien haben mit Hilfe der ländlichen Oberschicht und dank des Fortbestehens traditioneller Loyalitäten die Stimmen der Massen auf dem Lande gewonnen. Aber keine Partei war bisher willens oder in der Lage, sie zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten. Selbst die Kommunistische Partei Indiens - KPI - und ihre linke Abspaltung, die KPI(M) (Marxisten) sind auf dem Lande zumeist identisch mit den herrschenden Klassen und Kasten. "90 % der führenden Kader kommen aus den Schichten der mittleren und reichen Bauern" stellte die KPI(M) 1968 in ihrer Auseinandersetzung mit den Naxaliten selbstkritisch fest. (3) Die Naxaliten hatten also als erste Gruppe in Indien die Chance, die Bauern wirkungsvoll zu organisieren, da sie nichts mit dem kräfteverschleißenden Spiel um Wahlstimmen und Ministersessel zu tun hatten. Für sie sind die sogenannten "größten demokratischen Wahlen der Welt" nichts als eine Verführung der Massen.

Den ersten und bisher auch erfolgreichsten Bauernaufstand gab es 1946-48 in der Provinz Telengana; er erfaßte ungefähr 10 Millionen Bauern und wurde schließlich durch eine große Polizeiaktion niedergeschlagen. Von 1951 an verfochten dann die indischen Kommunisten in Übereinstimmung mit der sowjetischen KP-Führung eine Linie, die zwar verbal auf den Sturz der Feudalherren ausgerichtet war und als Ziel die "nationale Demokratie" (KPI) oder die "Volksdemokratie" (KPI/M) anstrebte, tatsächlich jedoch mehr auf Streiks, Demonstrationen und Parlamentssitze abzielte. Und obwohl der Kommunismus aus der Spaltung der Partei in einen rechten und einen linken Flügel quantitativ gestärkt hervorging (4), konnten ihre mehrfachen "Vereinigte-Front-Regierungen" in den Ländern Kerala und Westbengalen letztendlich keine wirklichen Verbesserungen der Lage unter den Bauern erkämpfen. Sofern sie nicht an der eigenen Uneinigkeit innerhalb der Koalition scheiterten, wurden sie immer dann, wenn es der Zentralregierung in Delhi zu gefährlich wurde, durch Einführung einer "Präsidialherrschaft" abgesetzt.

Nachts auf den Straßen Kalkuttas



Dieses Versagen parlamentarischer Politik angesichts untragbarer wirtschaftlicher Not führte schließlich zu

dem 2. großen Bauernaufstand Indiens: In Nacalbari im Bezirk Darjeeling, an der Grenze von Nepal, Ostpakistan und China, übernahmen die Bauern gemeinsam mit den Arbeitern der Teeplantagen im Sommer 1967 die Macht. Da die Aufständischen 90 % aller Bewohner dieser Region erfaßten und nicht nur eine gerechtere Verteilung des Bodens er-



Naxaliten in Westbengalen

strebten, sondern ausdrücklich durch bewaffneten Kampf die Staatsmacht an sich reißen wollten, mußte die Revolte schnell und endgültig erstickt werden. Die KPI(M), die wichtigstes Mitglied der westbengalischen "Vereinigten-Front" war, stand vor der schwierigen Alternative: entweder Verteidigung der Bauern um den Preis, sich damit aus dem parlamentarischen System hinauszukatapultieren - oder Beteiligung am Niederschlagen des Aufstands, um zu beweisen, daß sie auch an "law and order" interessiert sei. Die städtische Führung der Marxisten (Rechtsanwälte und Grundbesitzer) konnte ihrer Natur nach nur den zweiten Weg wählen. Sie legte damit den Grundstein für eine weitere Spaltung ihrer Partei und zugleich für blutige Bruderkämpfe zwischen den "Revisionisten" und den "wirklichen Revolutionären".

Naxalbari - das Hunan Indiens

Kanu Sanyal, der Führer des Aufstands von Naxalbari (heute im Gefängnis), veröffentlichte 1969 einen "Bericht über die Bauernbewegung in der Terai-Region", der ganz deutlich eine indische Parallele des "Berichts über eine Untersuchung der Bauernbewegung in Hunan" von Mao Tse-tung darstellen soll. Er gibt einigen Aufschluß über die ungeprüfte Übernahme des chinesischen Vorbilds, Immer mit dick hervorgehobenen Mao-Zitaten untermalt, wird berichtet, wie die örtliche Bauernvereinigung beschloß:

"1. die Autorität der Bauernkomitees in allen Angelegenheiten des Dorfes herzustellen; 2. sich zu organisieren und zu bewaffnen, um den Widerstand der jotedars (bengalische Grundbesitzer) und dörflicher Reaktionäre zu brechen; 3. das Monopol der jotedars auf das Eigentum des Bodens aufzuheben und das Land neu durch die Bauernkomitees zu verteilen."

Maos Wort "Politische Macht kommt aus den Gewehrläufen" "wirkte wie Magie bei der Organisation der Bauern", und im Laufe eines Monats war die Mitgliedschaft der bäuerlichen Kader von 5000 auf 40 000 angewachsen. "Mit der Geschwindigkeit eines Sturms" bildeten die Bauern Komitees und verwandelten sie in bewaffnete Verteidigungsgruppen. Das Wort Lenins "Die Revolution ist ein Fest der Massen" wurde hier, schreibt Kanu Sanyal, in die Tat umgesetzt. Es wurden: das Land markiert, das nicht denen gehörte, die es bebauten; alle Dokumente über Pachtschulden, Zinsen usw. verbrannt; alle Pfandgüter zurückgeholt; gehortete Nahrungsmittel aufgegessen oder verteilt. Jotedars, die als Unterdrücker besonders bekannt waren, sowie diejenigen, die mit politischen, ökonomischen und sozialen Autoritäten zusammengearbeitet hatten, wurden je nach Maß ihrer Schuld hingerichtet oder anderweitig bestraft. Geschützt durch Gruppen, die mit Pfeil und Bogen, Speeren und einigen konfiszierten Gewehren ausgerüstet waren, übernahmen diese Komitees politische Macht und erklärten die bestehenden Gesetze für null und nichtig.

Der zweite Teil des Berichts enthält eine ausführliche Selbstkritik. Die Bauern hätten nicht genügend über das Problem der politischen Verbündeten nachgedacht (kleine jotedars, denen man vertraut hätte, seien schließlich zu Verrätern geworden), auch zu wenig militärische Erfahrung gehabt und Maos militärische Schriften nur ungenügend studiert. Die Führer ihrerseits hätten nicht genug auf die Stärke des Volkes vertraut und den Satz Maos "Alle Reak-

tionäre sind Papiertiger" nicht voll verstanden: anfänglich hätten sie den Feind unterschätzt; als er zuschlug, aber überschätzt. So sei die Bildung der Bauernkomitees schließlich eine "höchst formale Angelegenheit" geblieben und die Landverteilung nicht wirklich durchgeführt worden. Das hätten die Bauern nach der Niederschlagung des Aufstandes auch niemals vergessen.

Revolution gleich Annihilation?

All diese Schwächen sind jedoch nicht nur für Naxalbari, sondern auch für die anderen Aufstände typisch. Der jahrelange Kampf der Stammesbewohner in Srikakulam (Andhra Pradesh), die Aufstände in Mushahari (Bihar) und Debra-Gopivallabpur (Westbengalen) - sie alle waren zwar mehr als die seit Jahrhunderten in Indien aufflackernden Bauernrevolten, weil sie in die Strategie einer zukünftigen volksdemokratischen Revolution eingebettet waren. Den entscheidenden Grund für das Scheitern dieser "Embryos der Revolution" hat Kanu Sanyal selbst genannt: daß die Naxaliten nicht, ihrem Vorbild Mao entsprechend, einerseits bewaffnete Partisanengruppen bildeten, andererseits in Massenorganisationen die Bewußtseinsbildung der Bauern vorantrieben. Sie hatten nicht genug Geduld dazu.

Dies ist freilich ein altes Problem in Indien. Der bisher einzige Theoretiker einer indischen sozialen Revolution, Jotirao Phule, dessen Bewegung bereits um die Jahrhundertwende eine wichtige Rolle für die politische Emanzipation der "Unberührbaren" spielte (was gar nicht in Phules Absicht lag), sah schon damals keine Möglichkeit, wie man die analphabetische und geistig versklavte Bauernschaft mobilisieren könnte, ohne daß die Bewegung über kurz oder lang unter die Kontrolle der brahmanischen Elite kommen würde.

Nach dem gescheiterten Aufstand von Naxalbari gab Kanu Sanyal 1969 auf einer Maikundgebung in Calcutta die "höchst formale Angelegenheit" der Gründung einer antiparlamentarischen Untergrundpartei bekannt: der "dritten" Kommunistischen Partei Indiens, der sogenannten KPI(M-L) (Marxisten-Leninisten). Ihr Führer, Charu Majumdar, ist heute der meistgesuchte Mann Indiens. Er hat als einziger wichtiger Führer die Strapazen des Untergrundkampfes überstanden. Als erfahrener Kommunist spricht er zwar von den vier Waffen des erfolgreichen bäuerlichen Guerillakrieges ("der Klassenanalyse, der Untersuchung, dem Studium und dem Klassenkampf"); aber in der Praxis hat er genau das Gegenteil getan. Maos These, daß man Guerillakampf nur durch Guerillakampf lernen könne, degenerierte bei ihm zu der berüchtigten "annihilation line", die nach drei Jahren erbitterter Kämpfe zum Niedergang der anfänglich wie ein Trompetenschlag wirkenden Naxalitenbewegung geführt hat. Seit der Verkündung dieser Ideologie haben sich zwar kleine Gruppen in verschiedenen Teilen Indiens heftig dagegen gewehrt. Doch die weit stärkere und durch spektakuläre Aktionen im Vordergrund stehende KPI(M-L) hat die Arbeit dieser Gruppen heute so gut wie neutralisiert.

Unbewältigter Hinduismus

Besonders typisch für die Parteilinie ist es, daß etwa in dem erwähnten Bericht von Kanu Sanyal immer nur von kleinen, mittleren und reichen Bauern gesprochen, aber niemals auch nur erwähnt wird, wie viele Kämpfer dieser Bewegung Stammesangehörige waren, die in der indischen sozialen Stufenleiter noch unter den "Unberührbaren" rangierten, also wirklich die unterste Schicht bilden. Ebensowenig kommen die Kategorien der Kaste und Großfamilie oder der Begriff des "dharma" vor. Das heißt: Der gesamte sozio-kulturelle Hintergrund der Hindukultur ist von den indischen Marxisten-Leninisten überhaupt noch nicht analysiert worden. Schlimmer noch, sie haben das nicht einmal als Problem angesehen. Was zur Folge hat, daß sie selbst diese von ihnen über Generationen internalisierte Kulturtradition völlig unreflektiert auf neue ökonomische Grundlagen übertragen

---

1) Dazu der Fraktionsvorsitzende der stärksten Oppositionspartei, der KPI(M), Jotirmoy Bosu, in einem Interview mit mir im November 1971: "Die gesamte Unterwelt hier wird bezahlt für ihre Dienste, die Sache der herrschenden Partei zu erledigen; sie bestehen darin, politische Opponenten gnadenlos zu töten. Ich weiß nicht, was Hitler tat, aber ich bin sicher, daß unser Land niemals solche Grausamkeiten und so umfangreiche Vorkehrungen zur Massenvernichtung gesehen hat. Wir haben in diesem Jahr nicht weniger als 550 Genossen unserer Partei durch Erschießen oder Erstechen verloren, und ich habe Gründe zu sagen, daß ein großer Teil von ihnen durch Polizisten in Uniform oder in Zivil umgebracht worden ist."

2) Aus einer Vorlesung am Südasieninstitut Heidelberg 1971.

3) In "Why the ultra-Left-deviation?", herausgegeben vom Zentralkomitee der Partei.

4) Vgl. Indira Rothermund: Die Spaltung der kommunistischen Partei Indiens. Wiesbaden 1969.

Südafrika

Dr. Lothar Möckel, Darmstadt:

Investitionsmöglichkeiten für den ausländischen Investor in Südafrika

Afrika-Post Januar 1973

Die Infrastruktur Südafrikas gibt jedem Investor die Voraussetzungen, um sich wirtschaftlich erfolgreich betätigen zu können. Der Besucher Südafrikas ist immer wieder von dem bereits hochindustrialisierten Land beeindruckt. Ein sehr gut ausgebautes Straßennetz, gute Zugverbindungen, schnelle Flüge verbinden die Städte des ganzen Landes. Telefon- und Fernschreibleitungen dienen der raschen Kommunikation. Staudämme großen Ausmaßes, wie z. B. der Hendrik-Verwoerd-Damm sorgen für eine gleichmäßige Verteilung des wertvollen Naß. Großunternehmen wie Iscor (Stahl), Escom (Elektrizität), Sasol (größtes wirtschaftlich arbeitendes Kohlehydrierwerk der Welt) schaffen Voraussetzungen für die verarbeitende Industrie. Atomforschungszentrum Pelindaba, Universität von Südafrika (weltweite Korrespondenzuniversität), Weltraumforschung (im Rahmen der NASA), Onderstepoort (tiermedizinisches Forschungszentrum) sind einige Stichworte, die verdeutlichen sollen, daß Löwen und Elefanten nicht mehr in Johannesburgs Straßen zu sehen sind, wie so mancher mitteleuropäische Zeitgenosse immer noch glaubt, meinen zu müssen. Die Kontraste in diesem Land sind stark und reichhaltig. Hier hochentwickelte Industrien, großzügig angelegte Verkehrswege, Autobahnkreuzungen, mehrstöckige Tiefgaragen, Wolkenkratzer, Supermärkte, gut ausgebaute Häfen und dort abseits von Lärm, Luftverschmutzung und Menschenmassen noch die einsame, urwüchsige Natur mit ausgezeichnetem Wildbestand. Krüger-Nationalpark, Addo-Elefanten-Nationalpark, Kalahari-Gemsbock-Nationalpark, Hluhluwe-Wildschutzgebiet sind nur einige Plätze, die den Besucher immer wieder faszinieren. Kilometerlanger einsamer und nicht verschmutzter Strand am Indischen Ozean lockt Wassersportler an und ist ein Paradies für Angler. Bergsteiger kommen in den Drakensbergen auf ihre Rechnung. Im ganzen Land wird dank des ausgezeichneten Klimas „outside life“ groß geschrieben.

Das Sozialprodukt Südafrikas hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Den größten Beitrag leistet nicht wie früher der Bergbau, sondern die verarbeitende Industrie mit rund einem Viertel. In der verarbeitenden Industrie sind etwa doppelt soviele Menschen beschäftigt wie im Bergbau, was die starke Industrialisierung Südafrikas nach dem zweiten Weltkrieg aufzeigt. Von den gesamten ausländischen Investitionen in Südafrika von über 25 Milliarden DM entfallen allein auf das Sterling-Währungsgebiet rund die Hälfte. Mit dem Eintritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt (Südafrika hat Antrag auf Assoziierung gestellt) ist zu erwarten, daß die bisher vergleichsweise niedrigen deutschen Direktinvestitionen in Südafrika nicht unerheblich zunehmen werden, zumal die durchschnittliche Verzinsung ausländischer Investitionen mit 14 % ansehnlich hoch ist und gelegentlich auch die 20 %-Grenze überschreitet. Ein reger Außenhandel – insgesamt (ohne Gold) rund 20 Milliarden DM, wovon auf Exporte unter 10 Milliarden DM und auf Importe über 10 Milliarden DM entfallen – mit der Bundesrepublik von etwa einer halben Milliarde DM in Richtung Südafrika/Deutschland und von etwa fast zwei Milliarden DM in Richtung Deutschland/Südafrika verdeutlichen am besten die weithin noch nicht bekannte wirtschaftliche Verflechtung beider Länder. Unter den Ländern Europas steht Deutschland als Außenhandelspartner Südafrikas an zweiter Stelle nach Großbritannien. Es ist durchaus denkbar, daß künftig in verstärktem Maße das, was bisher von Deutschland nach Südafrika exportiert wurde, in Südafrika von einem selbständigen deutsch-südafrikanischen Produktionsunternehmen gefertigt wird, den dortigen Markt versorgt und z. B. Zulieferteile nach Deutschland exportiert werden (soweit es sich um frachtkostengünstige Artikel handelt). Die Automobilindustrie Südafrikas exportiert beispielsweise Zulieferteile bereits in mehr als 60 Länder.

Ein ausgebautes Bank- und Finanzwesen, wobei Großbritannien Pate stand, gibt dem ausländischen Investor die vielfältigsten Möglichkeiten, Kapitalien gewinnbringend anzulegen, zumal die steuerliche Belastung im großen und ganzen vergleichsweise gering ist. Notenbank ist die Reserve Bank in Pretoria, die zugleich für die Durchführung der Devisenbewirtschaftung verantwortlich ist, Auslandsüberweisungen genehmigt, Kredite billigt und die üblichen Funktionen einer Währungbank wahrnimmt. Deutsche Geschäftsbanken sind in der Finanzmetropole Johannesburg durch gemeinschaftliche Repräsentanzen mit anderen europäischen Banken vertreten.

Für den ausländischen Investor ergeben sich folgende Investitionsmöglichkeiten

- Anlage bei Banken und ähnlichen Institutionen
- Erwerb von Wertpapieren
- Erwerb von Immobilien
- Beteiligung an neuen oder bestehenden Unternehmen.

Gelder können auch von Ausländern (Non-Residents) bei Banken in Form von Guthaben (Sparguthaben, Festgelder etc.) angelegt werden. Während Spargelder eine vergleichsweise niedrige Verzinsung bringen, werden Kündigungsgelder (7 Tage, 31 Tage, 60 Tage, 88 Tage Kündigungsfrist) und Festgelder (6 Monate, 9 Monate, 12 Monate, 12–18 Monate, 19–36 Monate) wesentlich höher verzinst, wobei diese Anlageformen mit Beträgen ab bestimmter Höhe (Rand 1000,–, Rand 5000,–) und in Mehrfachen davon möglich sind. Neben Geschäftsbanken (Commercial Banks) nehmen auch Merchant Banks (entsprechen in etwa den deutschen Privatbanken), Building Societies (Kombination von Bausparkasse und Baugenossenschaft), Kapitalanlagegesellschaften (Investment Trusts), Investment Fonds (Mutual Trusts), Sparbanken (Savings Banks) und auch die Postsparkasse (Post Office Savings Bank) Einlagen entgegen. Auf Zinsen wird für Ausländer eine 10 %ige Non-Resident's Tax on Interest im Abzugsverfahren erhoben. Diese Steuer wird vom deutschen Finanzamt auf die deutsche Steuerschuld angerechnet.

An der Johannesburger Börse, der einzigen des Landes, werden rund 1300 Wertpapiere notiert: 650 Aktienwerte, Staatsanleihen, Schuldverschreibungen. Diese Papiere können zur Anlage ebenfalls erworben werden. Non-Residents können ihre Guthaben nicht frei ins Ausland transferieren, sondern prinzipiell nur wieder im Lande anlegen. Solche „blockierte“ Gelder können jedoch zum Erwerb bestimmter Wertpapiere an der Johannesburger Börse verwendet werden (staatliche Schuldscheine für Non-Residents), die dann nach fünf Jahren in Fremdwährungen eingelöst werden können. Hierzu zählen auch Aktien, die in Johannesburg und an ausländischen Börsen (z. B. London) gehandelt werden, in Johannesburg zum Zwecke des Exports gekauft und an der ausländischen Börse verkauft werden können. Die Börsenumsatzsteuer beträgt 1 %. Es sei noch erwähnt, daß die in den letzten Jahren in Deutschland aufgelegten Anleihen von Iscor, Escom und der City of Johannesburg guten Absatz fanden.

Gelder können auch in südafrikanischen Immobilien angelegt werden. Unbebaute Grundstücke (Geschäftsgrundstücke, Wohngrundstücke), bebaute Industriegrundstücke, bebaute Wohngrundstücke, Hotels, Miethäuser, Bürohochhäuser, Ferienorte (Holiday Ressorts), auch Farmen in Südwestafrika (Rinderfarmen, Karakulfarmen, Mischfarmen, Kleinfarmen) bieten sich hierfür an. Die Grunderwerbsteuer, die im allgemeinen vom Käufer getragen wird, beträgt 3 % auf die ersten Rand 10 000,–, 4 % auf den Rest des Kaufpreises. Für Wohn-

grundstücke gibt es gewisse Nachlässe. Je nach Lage kostet der Quadratmeter Grund und Boden noch nicht baureifen Geländes etwa DM 10,– bis DM 15,– und zieht nach dem Baureifwerden um 50 % und mehr an. Der Quadratmeter Farmland kostet im allgemeinen noch unter einen Pfennig. Geschäftsgrundstücke in City-Lagen erreichen auch „europäische Vorstellungen".

Außerdem gibt es die Möglichkeit einer Beteiligung an neuen oder bestehenden Unternehmen. Südafrika kann als kapitalimportfreundlich bezeichnet werden. Ausländische Investitionen sind in Südafrika grundsätzlich willkommen, vor allem in der verarbeitenden Industrie, um einesteils durch Reduzierung von Importen Devisen zu schonen, und um andererseits die abnehmende Bedeutung der Goldproduktion zu kompensieren. Der Zufluß von langfristigem direkten Investitionskapital wird besonders dann begrüßt, wenn es zusammen mit „technical know how" und qualifizierten Immigranten investiert wird und/oder wenn es gemeinsam mit südafrikanischem Kapital und know how investiert wird („joint venture") und/oder wenn es sich um arbeitsintensive Industriezweige handelt, die viele Arbeitsplätze schaffen und diese Industrien in den sog. Border Areas (Grenzgebiete in der Nähe der Bantu-Heimatländer) angesiedelt werden. Südafrikanische Mindestkapitalbeteiligungen sind hierbei nicht vorgeschrieben, werden aber begrüßt und man begnügt sich auch gern mit beispielsweise einer Beteiligung von 49 %. Die Aufnahme heimischen Kapitals empfiehlt sich für den ausländischen Investor sehr. Er tut sich dadurch in manchem leichter, bessere Kontakte und Verbindungen lassen ihn so manchen Fehlschlag vermeiden, wie z. B. bei der Aufnahme von Geschäftskrediten im In- oder auch im Ausland. Die inländische Kreditverschuldung darf bei einer 100 %igen ausländischen Tochtergesellschaft oder einer 100 %ig im Auslandsbesitz befindlichen Gesellschaft nur 25 % von dem investierten Kapital betragen, wobei zu letzterem zählen Aktienkapital, Stammkapital, Rücklagen, Gewinnvortrag, auch langfristige Darlehen verbundener Gesellschaften im Ausland etc. Ist heimisches Kapital beteiligt, so bemißt sich die Kreditaufnahmefähigkeit nach einer gleitenden Skala, die auf folgender Formel beruht

$$25\,\% + 25\,\% \text{ vom inv. Kapital} \times \frac{\text{S. A. Kapitalanteil in } \%}{\text{ausl. Kapitalanteil in } \%}$$

Besteht beispielsweise eine 25 %ige südafrikanische Beteiligung an einer ausländischen Gesellschaft, so erhöht sich das mögliche Kreditvolumen, das eingeräumt werden darf, auf 33⅓ %

$$25\,\% + 25\,\% \times \frac{25\,\%}{75\,\%} = 33^1/_3\,\%$$

Die Aufnahme südafrikanischer Management-Partner empfiehlt sich vor allem für die Vertriebsseite, weil Verbindungen, Marktkenntnisse und Markterfahrungen sowie sprachliche Kenntnisse von großem Vorteil sein können. Gewinne, Dividenden, Ertragszinsen können in der Regel ohne weiteres ins Ausland transferiert werden. Das gleiche gilt für Zinsen auf langfristige Darlehen, allerdings muß der Darlehensvertrag von der Reservebank genehmigt sein und der Zinssatz darf nicht übermäßig hoch sein. Ähnliches gilt für Lizenzverträge und Lizenzzahlungen.

Der Körperschaftssteuersatz liegt für Unternehmen der Industrie etwas über 40 %. Dividendenzahlungen an Ausländer werden mit einer Non-Resident Shareholder's Tax von 15 % belegt, Zinszahlungen an Ausländer mit einer Non-Resident's Tax on Interest von 10 %. In Deutschland sind diese Dividenden und Zinsen mit dem Bruttobetrag steuerpflichtig, die erwähnten südafrikanischen Steuern von 10 % und 15 % werden auf die deutsche Einkommensteuer bzw. Körperschaftssteuer angerechnet. Ein Entwurf eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und Vermögen ist am 23. November 1965 paraphiert worden. Ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Einkünften aus dem Betrieb der Seeschiffahrt und der Luftfahrt datiert vom 9. Mai/ 26. September 1955. Lohn- und Einkommensteuern sind zumindest im unteren Bereich vergleichsweise niedrig. Vermögensteuer und Gewerbesteuer gibt es nicht. Die Umsatzsteuer beträgt je nach Warenart 5 % (z. B. Kraftfahrzeuge) bis 30 % (Luxusgegenstände). Auf weitere steuerliche Einzelfragen kann im Rahmen dieser Darstellung nicht eingegangen werden. Ebenso soll auf die Darstellung gesellschaftsrechtlicher Vorgänge, wie z. B. der Gründung einer Gesellschaft, an dieser Stelle verzichtet werden.

Verhandelt Möller in Südafrika über zwei Industrieprojekte?

München (SZ)
Der ehemalige Bundesfinanzminister und jetzige SPD-Bundestagsabgeordnete Alex Möller, trifft am Sonntag zu einem einwöchigen Aufenthalt in der südafrikanischen Hauptstadt Johannesburg ein. Wie aus Möller nahestehenden Kreisen verlautet, wird der Abgeordnete dabei auch „wichtige politische und wirtschaftliche Gespräche" mit der südafrikanischen Regierung führen. Nach anderen Berichten soll Möller in seinem Gepäck einen Brief des Bundeskanzlers an Premierminister Vorster haben. Außerdem soll der ehemalige Minister mit südafrikanischen Stellen über zwei Projekte eines großen westdeutschen Unternehmens — eine Werft und eine Munitionsfabrik — verhandeln.

SZ 26/27 Mai 73

Interessant dürften für den ausländischen Investor Industrien der Verarbeitung und Hotels sein, da hierfür eine Reihe von staatlichen Vergünstigungen gewährt werden. Unabhängig vom Standort werden industriellen Unternehmen Exportvergünstigungen in steuerlicher Hinsicht gewährt, indem Aufwendungen in Verbindung mit der Förderung des Exports nicht nur bei der bilanziellen Gewinnermittlung berücksichtigungsfähig sind, sondern außerhalb der Bilanz den steuerpflichtigen Gewinn nochmals mindern. Außerdem werden auf Auslandsforderungen Zinszuschüsse gewährt. Für die Ausfuhr von Kapitalgütern stehen Exportfinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung. Der Abschluß einer Exportkreditversicherung ist ebenfalls möglich. Für Industrie-Unternehmen und Hotels werden einzeln oder zusammen folgende Vergünstigungen eingeräumt, wenn als Standort eine sog. Border Area (Grenzgebiete entlang der Bantu-Heimatländer) gewählt wird:

- Günstige Gebäudevermietungsmöglichkeiten
- Großzügige Finanzhilfen in Form von zinsgünstigen oder gar zinslosen Krediten
- Reduzierte Eisenbahnfrachten
- Ermäßigungen bei Hafengebühren
- Preispräferenzen bei Staatsausschreibungen
- Sondertarif für Wasser, Strom
- Abschreibungserleichterungen
- Steuererleichterungen verschiedenster Art (bis zur völligen Steuerfreiheit auf einige Jahre)
- Hilfestellung bei Unterbringung von Personal

Diese staatlichen Vergünstigungen werden jedoch nicht automatisch, sondern nur auf Antrag gewährt, wobei die eine oder andere Unterstützung nur teilweise oder in voller Höhe genehmigt werden kann. Jeder Antrag wird auf seinen gesamtwirtschaftlichen Nutzen hin untersucht und geprüft (each and every case on its own merits).

Welche Branchen, Fertigungszweige, Produkte können nun damit rechnen, Marktlücken in Südafrika zu entdecken? So leicht diese Frage gestellt sein mag, so leicht ist sie nicht zu beantworten. Ohne eine sorgfältige Marktstudie, wofür Institutionen, die nach internationalem Standard arbeiten, zur Verfügung stehen, wird man wohl nicht auskommen. Grob wird gesagt werden können, daß sich Tourismus und Hotels Zukunftschancen ausrechnen können, auch arbeitsintensive Industriezweige, wenn Bantus aus Border Areas eingesetzt werden können, aber auch Konsumgüter aller Art, da die Kaufkraft der Bevölkerung überproportional ansteigen wird. Deutsche Qualitätsarbeit ist gelegentlich nicht wettbewerbsfähig, da oft zu teuer und zu hohe Qualitätsansprüche auch nicht immer gestellt werden, was aus deutscher Sicht leicht übersehen wird.

Südafrika ist und bleibt für den deutschen Investor und Unternehmer nicht nur ein herrliches Urlaubsziel, sondern auch ein gewinnbringendes Investitionsland. Gewisse Spielregeln müssen beachtet werden, will man Erfolg haben. Auf einige wurde hingewiesen.

RUTH FIRST
Portugals Krieg in Afrika

Ruth First:
Portugals Krieg in Afrika
Übersetzung der englischen Broschüre "Portugals War in Africa"
Veröffentlichung des Informationszentrum Dritte Welt

Leicht verständliche Einführungsbroschüre zur Geschichte des portugiesischen Kolonialismus und zum Stand der Befreiungskriege.

Inhalt:
Kolonialisierung durch Portugal: Eroberung, Sklaverei und Zwangsarbeit
Kolonialverwaltung: Assimilierung - Untertanen für Portugal
Salazars korporativer Staat
Beginn des Widerstands, Stand der Befreiungskriege, Zum Aufbau in den befreiten Gebieten
Die Rolle der westlichen Verbündeten
Die Allianz Südafrika - Portugal - Rhodesien
Anhang des Herausgebers: Die Rolle der BRD und die Politik der SPD/FDP-Regierung
Eine Liste ausgewählter Bücher, Broschüren und Periodika ermöglicht die weiterführende Informationsarbeit

Die Broschüre ist geeignet, im Rahmen der Kampagne zum Portugaltribunal verwendet zu werden.

Bestellungen an:
Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Lorettostr. 20a
Preis DM 2,--

Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika

Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika

Übersetzung einer Veröffentlichung der Vereinten Nationen (Unit on Apartheid, Department of Political and Security Council Affairs)
Herausgeber: Aktion Dritte Welt, Freiburg und Sozialistisches Büro Offenbach

Inhalt:
Industrialisierung und Armut
Das Ausmaß des Zwangsarbeitssystems in Südafrika
Südafrikas Außenhandel
Auslandsinvestitionen in Südafrika
Das Auftauchen eines Südafrikanischen Blocks

mit ca. 50 Tabellen und einem Anhang der Herausgeber der Deutschen Übersetzung: Die hundert wichtigsten westdeutschen Firmen und ihre Tochtergesellschaften in Südafrika

Vertrieb:
Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Lorettostr. 20a
Tel. (0761) 71028, App. 29

Preis:
Einzelexemplar DM 4,--; Gruppen bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren 10 % Rabatt; Buchhandel 40 % Rabatt; - jeweils zuzüglich Versandkosten.

basis - Dritte Welt

In Zusammenarbeit mit der Aktion Dritte Welt hat die Redaktion der Freiburger Studentenzeitung "basis" ihre Nr. 1/72 über Dritte Welt herausgebracht. Die Nummer umfaßt folgende Aufsätze: Georg Herbert: Prolegomena zu einer Strategie friedlichen Wandels unter besonderer Berücksichtigung der Ausbeutung der Dritten Welt; Friedhelm Hemmerich: Entwicklungsschwindel oder Wem nützen Privatinvestitionen?, eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Papiers bei der Aktion Dritte Welt; C.S. Küster/ S.M. Rao: Militärische Dynamik als Ausweg aus der ökonomischen Stagnation? Eine historisch-politische Analyse des Pakistankonflikts; Georg Stingl: Studentenbewegung und Imperialismus im südlichen Afrika; Arabische Studentenvereinigung über die Befreiungsbewegungen im Südosten der arabischen Halbinsel; Michael Jung: Kritik der Lehrinhalte: Ökonomie, Der Beitrag einer Wachstumstheorie zu einer Theorie der Entwicklung ("Das eklatante Versagen der ökonomischen Theorie wird von ihren professionellen Vertretern offenbar kaum zur Kenntnis genommen") und außerhalb des Themas der Nummer der Versuch einer Einschätzung des Hochschulgesamtplans durch Karl Ebert, im WS 71/72, AStA-Vorsitzender in Freiburg.

Die Nummer kann beim iz3w Freiburg zum Preis von DM 1,50 bestellt werden. Nr. in unserer Versandliste: C-12.